



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Die Rolle organisierter Kriminalität im Kosovo-Konflikt

Verfasserin

Birgit Rauch

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, im Oktober 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt:
Studienrichtung lt. Studienblatt
Betreuerin/ Betreuer

A 300 301
Politikwissenschaft
Univ.-Prof. Dr. Eva Kreisky

1. Einleitung	1
2. Theoretische Grundlagen.....	6
2.1. Organisierte Kriminalität	6
2.1.1. Begriffsbestimmung	6
2.1.2. Die Mafia	8
2.1.3. Traditionelle Deliktfelder organisierter Kriminalität.....	11
2.1.4. Definitionen organisierter Kriminalität.....	12
2.2. Organisierte Kriminalität und kriegerische Konflikte	14
2.2.1. Sicherheit.....	14
2.2.2. Neue Kriege.....	16
2.2.3. Ökonomie der „neuen“ Kriege	20
2.2.4. Kriegsursachenforschung	25
2.2.4.1. Historisches Narrativ der Kriegsgründe nach Suganami	27
2.3. Konstellationsanalyse.....	31
3. Fallstudie Kosovo-Konflikt	34
3.1. Allgemeines.....	34
3.1.1. Kurze Darstellung des kriegerischen Konfliktes	34
3.1.2. Opfer- und Flüchtlingszahlen	35
3.1.3. Klassifizierung des kriegerischen Konfliktes im Kosovo	36
3.2. Offenes historisches Narrativ des Kosovo-Konfliktes.....	37
3.2.1. Geographische und demographische Daten	37
3.2.2. Geschichte der Missstände und Rivalitäten	38
3.2.2.1. Entwicklung der historischen Erbfeindschaft	39
3.2.2.2. Der Kosovo-Mythos.....	40
3.2.2.3. Spirale der Gewalt – Politische Entwicklungen bis zum Autonomiestatus.....	42
3.2.2.4. Kurzfristige Beruhigung – Autonomie der Provinz	43
3.2.2.5. Die Spirale der Gewalt dreht sich erneut – Unruhen 1981	44
3.2.3. Handlungen der Hauptakteure	45
3.2.3.1. Der Weg in den Bürgerkrieg.....	45
3.2.3.2. Der Weg in den NATO-Krieg.....	48

3.2.4.	Sozio-Ökonomische Bedingungen.....	51
3.2.5.	Die Rolle der (organisierten) Kriminalität	52
3.2.5.1.	Aufstieg der albanischen Mafia	52
3.2.5.2.	Organisierte kriminelle Strukturen im Kosovo	55
3.2.5.3.	Clangesellschaft: Aufbau, Kanun, Codes	56
	Exkurs: UÇK und Terrorismus	58
3.2.5.4.	Zwischenbeurteilung der kosovo-albanischen „Mafia“	60
3.2.5.5.	Finanzierung des UÇK.....	61
3.2.5.6.	Beziehungsgeflecht zwischen organisierter Kriminalität und UÇK.....	65
3.2.5.7.	Zwischenbeurteilung der Finanzierung des bewaffneten Kampfes	66
3.3.	Interpretation nach Suganami	67
3.3.1.	Ideologische Motive	67
3.3.2.	Zufällige Ereignisse	67
3.3.3.	Kriegsfördernde Mechanismen	68
3.3.4.	Handlungen der Akteure.....	69
3.4.	Analyse der Kriegsursachen	70
3.4.1.	Endogene und exogene Konfliktursachen	70
3.4.2.	Gewichtung der Ursachen	71
3.4.3.	Organisierte Kriminalität als Konfliktursache.....	71
3.4.4.	Strukturähnlichkeiten von Konfliktursachen	73
4.	Der Wandel der Phänomene „organisierte Kriminalität“ und „Konflikt“ ..	76
4.1.	Kurze Darstellung der Nachkriegsgeschichte bis zur Unabhängigkeit .	76
4.2.	Politische Akteure und organisierte Kriminalität nach dem NATO-Krieg ⁸¹	
4.2.1.	Lagebild organisierter Kriminalität im Kosovo	87
4.2.2.	Verflechtung zwischen organisierter Kriminalität und Politik	89
4.3.	Ausblick	94
5.	Conclusio.....	97
	Abkürzungsverzeichnis	100
	Literaturverzeichnis	101
	Anhang.....	108

Danksagung

Ich möchte diese Stelle nutzen, um mich bei all jenen zu bedanken, die mich bei der Erstellung der Diplomarbeit unterstützt haben.

Dank geht an:

Meine Betreuerin Prof. Eva Kreisky für die gute Betreuung, die Hilfestellung bei Problemfällen und für die angenehme unkomplizierte Betreuungssituation.

Prof. Helmut Kramer für seine inhaltliche Unterstützung, die vielen konstruktiven Gespräche und die hilfreichen Anregungen.

Meine Gesprächspartner, Norbert Mappes-Niediek und Mag. Pedrag Jureković, für die informativen Gespräche und die damit gewonnen Einblicke in die Lage im Kosovo.

Meine Mutter, Berta Hilber, die mir eine große Stütze – moralisch und finanziell – im Hintergrund war.

Meine Schwester, Irene Rauch, für die guten Gespräche und das Aufzeigen von Wegen aus diversen Sackgassen.

Meine Freundinnen und Freunde für die Ablenkungen und den Kaffeeklatsch.

und an Hannes.

„Vorurteile und vorgefasste Ideen sind sogar unter jenen fast unvermeidlich, die sie abzustreifen trachten, und das bezieht sich auf Außenseiter ebenso wie auf Insider. Tatsächlich ist die Ansicht eines Außenseiters nicht derjenigen des Insiders untergeordnet, und der Insider hat nicht schon wegen existenzieller Nähe zum Objekt seiner Studien die Wahrheit gepachtet. Was in letzter Instanz zählt, ist der eigentliche Prozess einer kontinuierlichen Anstrengung.“ (Todorova 1999, 12)

1. Einleitung

Organisierte Kriminalität ist gegenwärtig in der internationalen Medienberichterstattung außerordentlich präsent, seien es die Mafiamorde in Deutschland, der Müll und die Mafia in Neapel, der Opiumanbau in Afghanistan und der internationale Drogenhandel oder der Menschenhandel (vgl. z. B. FAZ.NET 2007, 2008; Süddeutsche 2007 und Fokus 2007). Organisierte Kriminalität wird zunehmend als globale Sicherheitsbedrohung wahrgenommen, in einigen Staaten durchdringt organisierte Kriminalität viele Felder des gesellschaftlichen Lebens, politisch, wirtschaftlich und rechtlich. „In the last decade, organized crime groups have expanded their dimension and activities worldwide and are currently a global threat posing a concrete danger to the international community. Criminal groups have established international networks to better carry out their activities both in licit and illicit markets by employing sophisticated strategies and diverse modi operandi. As a result, they are able to infiltrate the financial, economic and political systems of countries all over the world.“ (Office for Drug Control and Crime Prevention 1999, 4)

Ist das Phänomen organisierter Kriminalität neu? Im Grunde gesehen nicht. (Organisierte) Kriminalität ist die Kehrseite jeder geregelten wirtschaftlichen Ordnung. Allerdings haben sich in den letzten 20 Jahren der Umfang, der Wirkungskreis und der Einfluss verändert. „(...) since the liberalization of international financial and commodity markets on the one hand and the fall of Communism on the other, the shadow economy has shot up as a percentage of global GDP.“ (Glenny 2008, XV) So schätzen IMF und Weltbank, dass der Anteil des internationalen Schwarzmarktes (der zwar nicht nur, aber doch zu einem Großteil von organisierten kriminellen Strukturen finanziert wird) immerhin 15 bis 20 Prozent der Weltwirtschaft ausmacht. Diese Entwicklung ist durch verschiedene Faktoren begründet. Zum einen sind die Globalisierung und der Neoliberalismus nicht nur Motor für die uneingeschränkte Liberalisierung der offiziellen Märkte,

sondern sie begünstigen auch die Ausbreitung illegaler wirtschaftlicher Sphären. Zum anderen sind mit dem Zusammenbruch des Kommunismus und der schockartigen Überstülpung des kapitalistischen Modells in Ost- und Südosteuropa Staaten entstanden, deren Strukturen zu schwach sind, um organisierter Kriminalität Einhalt zu gebieten: Die Grenze zwischen legal und illegal scheint zunehmend zu verschwinden und in diesen neuen Staaten entwickelt sich organisierte Kriminalität fast zu einem integralen Bestandteil des Wirtschaftsystems und des politischen Lebens (vgl. Glenny 2008, XV und 346). „Increasingly in weak or ‘failed’ states, criminal gangs are taking over the functions of the state.“ (Lupsha zit. nach Lange 1997, 9)

Auch in den kriegerischen Konflikten ändern sich nach dem Kollaps der Sowjetunion, dem damit einhergehenden Ende des Ost-West-Konfliktes und dem Wegfallen der bisher kriegsbestimmenden Weltordnung der Bipolarität die Voraussetzungen und Ausformungen der kriegerischen Auseinandersetzungen und die Rolle organisierter Kriminalität scheint auch hier zuzunehmen. In den Arbeiten zu den „neuen“ Kriegen sowie in einigen Studien zu kriegerischen Konflikten wird diesem Umstand Rechnung getragen (vgl. Ballentine/Sherman 2003; Jean/Rufin 1999; Kaldor 1999 und Münkler 2004 und 2006).

Aufgrund dieser Voraussetzungen – dem allgemeinen Anstieg organisierter Kriminalität und der zunehmende Einfluss auf kriegerische Konflikte – ist eine nähere Auseinandersetzung mit dieser Thematik relevant. Die vorliegende Arbeit untersucht den Zusammenhang von organisierter Kriminalität und kriegerischen Konflikten, konkret werden die Zusammenhänge zwischen der albanischen und kosovo-albanischen organisierten Kriminalität mit dem kriegerischen Konflikt (einerseits Bürgerkrieg 1998 und NATO-Krieg 1999) und der Nachkriegssituation im Kosovo analysiert.¹

Die Wahl auf den Kosovo als Untersuchungsgegenstand fiel deshalb, weil die Situation im Kosovo auch 9 Jahre nach Ende des Krieges, nach Ausrufung der Unabhängigkeit und nach einem enormen Mitteleinsatz durch die Internationale Gemeinschaft von politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Stabilität noch weit entfernt ist. Die Politik im Kosovo scheint in hohem Ausmaß von kriminellen Strukturen unterwandert zu sein und diese Entwicklung (die auch in den anderen

¹ In der Arbeit wird für „den“ Kosovo die männliche Form verwendet, wie es im Deutschen üblich ist. Damit wird eine neutrale Stellung zwischen dem im Neutrum im serbischen und der femininen Zuordnung im albanischen Sprachgebrauch einzunehmen versucht. Die verwendeten Ortsnamen werden in der Doppelform albanisch/serbisch angeführt.

Ländern des Westbalkans beobachtbar ist) ist für die Stabilität der gesamten Region hinderlich. Diese kriminelle Strukturen sind jedoch nicht aus dem Nichts entstanden, sondern sind in vielfacher Hinsicht eine Entwicklung, die sich direkt auf die Kriege im ehemaligen Jugoslawien zurückführen lässt. Diese Kriege bildeten – neben dem Zusammenbruch der bisherigen staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung – den Beginn für das Herausbilden starker krimineller Strukturen. Waren diese Kriege aber auch gleichzeitig geplante Aktionen krimineller Strukturen, um die eigenen Machtbereiche ausweiten zu können?

Dieser Zusammenhang organisierter Kriminalität und kriegerischer Konflikt im Kosovo steht deshalb im Zentrum dieser Arbeit, die versucht Antworten auf folgende zentrale Fragen zu finden: Welchen Anteil haben organisierte Kriminalität bzw. mit der organisierten Kriminalität verbundene Akteure am Ausbruch des Krieges? Welche Gründe gibt es für den Aufbau von und den Rückgriff auf kriminelle Strukturen? Welche Auswirkungen hatten der Konflikt sowie dessen Beendigung auf die kriminellen Strukturen im Kosovo? Welche Rolle spielt hier das Vorgehen der internationalen Gemeinschaft? Welche Einflussbereiche bestehen im Kosovo zwischen Politik und organisierter Kriminalität?

Mein persönliches Interesse an diesem Thema – Konfliktforschung einerseits und organisierte Kriminalität andererseits - entstand im Zuge einer Seminararbeit über den Mazedonienkonflikt (Innere Aspekte und Akteure im Mazedonien-Konflikt) wo von Beginn der Recherche an klar wurde, dass organisierte Kriminalität einen bedeutenden Beitrag zum Ausbruch, Verlauf und der Beilegung des Konfliktes leistete. Wenn auch organisierte Kriminalität nie allein als Hauptursache und Hauptgrund für Konflikte gelten kann, wurde doch offensichtlich, dass sie bei der Untersuchung nicht außer Acht gelassen werden darf. Im Zuge weiterer Recherche zeigte sich, dass organisierte Kriminalität in Arbeiten über Konflikte zumeist nicht als bestimmendes Element sondern nur als bestehendes Faktum in die Untersuchungen mit einfließt. Dem möchte diese Arbeit entgegenwirken

Zum Aufbau der Arbeit: Im theoretischen Einführungskapitel (Kap 2.1) werden die Begrifflichkeiten geklärt. Das Phänomen der organisierten Kriminalität wird durch eine Auseinandersetzung mit der Entstehungsgeschichte, der Struktur und der Funktion der italienischen Mafia geklärt, was Aufschluss über Entwicklungskriterien organisierter Kriminalität gibt. Danach folgen eine Definition organisierter Kriminalität und die zentralen Deliktfelder.

Da organisierte Kriminalität und kriegerische Konflikte als globale Sicherheitsbedrohungen gelten, folgt in Kap. 2.2.1 eine Beschäftigung mit dem für die Disziplin der Internationalen Beziehungen zentralen Begriff der Sicherheit.

Im Anschluss (Kap. 2.2.2. und 2.2.3.) folgt eine kritische Auseinandersetzung mit den Theorien der „neuen“ Kriege und die Erörterung theoretischer Arbeiten zur Kriegsökonomie. Nach einer allgemeinen Betrachtung der theoretischen Kriegsursachenforschung wird der Vorschlag zum Ansatz einer Kriegsursachenforschung von Hidemi Suganami (1996) aufgegriffen (Kap. 2.4.1.1). Er schlägt für die Analyse ein offenes historisches Narrativ von Konflikten zur Ergründung der vielfältigen komplexen Ursachen eines Konfliktes vor. Die mit dem Narrativ erarbeiteten Ursachen werden anhand einer Konstellationsanalyse, die in Kap. 2.4. vorgestellt wird, untersucht, eingeordnet und gewertet.

In die Fallstudie zum Kosovo-Konflikt (Kap. 3) wird durch eine allgemeinen Teil eingeführt (Kap. 3.1), der eine kurze Skizzierung des kriegerischen Konfliktes selbst, die Darstellung der durch den Konflikt geforderten Opfer und Flüchtlingszahlen sowie eine kurze Typologisierung des kriegerischen Konfliktes am Kosovo umfasst. Anschließend folgt, angelehnt an Suganamis Modell des historischen Narrativs, ein „story telling“ der Vorgeschichte des Kosovo-Konfliktes (Kap. 3.2). Im Mittelpunkt stehen dabei neben den allgemeinen geographischen, demographischen und sozioökonomische Bedingungen, die chronologische Nacherzzählung der Vorkriegsgeschichte, die die Handlungen der politisch-militärischen Hauptakteure auf den Weg in den Bürgerkrieg einerseits und den NATO-Krieg andererseits mit einschließt. Besondere Aufmerksamkeit wird im Narrativ den kriminellen und informellen Bedingungen (Kap. 3.2.5.) gewidmet, das den Aufstieg der albanischen Mafia, die organisierte Kriminalität im Kosovo selbst, die Finanzierung der kosovarischen Befreiungsarmee, UÇK (Ushtria Çlirimtare e Kosovës) sowie die Beziehungen der UÇK zur organisierten Kriminalität darlegt und Zwischenbeurteilungen der theoretischen Grundlagen beinhaltet. Eine Interpretation der von Suganami vorgestellten kriegsauslösenden Motive, der zufälligen Ereignisse, der Mechanismen und der Handlungen der Akteure schließt das historische Narrativ ab.

In Kap 3.4. wird die Analyse und Wertung anhand der vorgestellten Konstellationsanalyse der verschiedenen aus dem Narrativ hervortretenden

komplexen Konfliktursachen vorgenommen. Im Kap. 3.4.1 wird versucht, Strukturähnlichkeiten im Zusammenhang organisierter Kriminalität und kriegerischer Konflikte zu finden. Dafür wird ein Rückbezug und eine Überprüfung der theoretischen Grundlagen der Theorie der „neuen“ Kriege und zur Ökonomie von Bürgerkriegen vorgenommen. Das ermöglicht eine Verallgemeinerung, die für die Betrachtung und Bewertung der Situation in anderen konfliktgefährdeten Staaten sinnvoll sein kann.

Kap. 4. beschäftigt sich mit dem Post-Kriegs-Kosovo. Es geht hierbei um eine Auseinandersetzung mit den beiden Phänomenen Konflikt und organisierte Kriminalität und die Veränderungen, die sich durch den vorangegangenen Krieg ergeben haben. Zu diesem Zweck wird einleitend kurz die Zeit nach Kriegsende bis zur Unabhängigkeit des Kosovos skizziert (Kap. 4.1). Anschließend folgt die Beschäftigung mit den Auswirkungen, die der Krieg selbst sowie die unmittelbare Zeit nach dem Krieg auf die ethnischen Beziehungen und auf die kriminellen Strukturen im Kosovo hatte sowie mit der Rolle, die die Internationale Gemeinschaft dabei spielt (Kap. 4.1.). Darauf aufbauend werden ein Lagebild der organisierten Kriminalität im Kosovo erstellt sowie die Verflechtung der kriminellen mit der politischen Sphäre dargelegt (Kap 4.1.1 und 4.1.2). Somit treten die verschiedenen Wechselbeziehungen der Post-Kriegsgeschichte mit der Veränderung des Phänomens organisierter Kriminalität und der Verformung des Konflikts hervor. Im anschließenden Ausblick (4.1.3) wird auf mögliche Zukunftsperspektiven für den Kosovo eingegangen.

Organisierte Kriminalität ist dadurch gekennzeichnet, dass sie im Verborgenen operiert. Deshalb ist es meist schwierig, aussagekräftige und stichhaltige Daten zum Thema zu erhalten. In erster Linie stützt sich die vorliegende Arbeit auf vorhandene wissenschaftliche Fachliteratur zum Thema. Durch Dokumentation der verschiedenen Texte zum Kosovo-Konflikt und zur organisierten Kriminalität im Kosovo sowie einer Analyse von Forschungsberichten und Berichten Internationaler Think-Tanks sollen die Zusammenhänge sichtbar gemacht werden. Artikel und Beiträge, offizielle, aber auch inoffizielle Meldungen – soweit wissenschaftlich haltbar – und statistische Daten erweitern diesen Lagebericht. Gespräche mit zwei Experten, die mit einem offenen Leitfaden geführt wurden, vervollständigen das Bild.

2. Theoretische Grundlagen

2.1. Organisierte Kriminalität

2.1.1. Begriffsbestimmung

Der Begriff der organisierten Kriminalität wird zwar im allgemeinen Sprachgebrauch häufig verwendet, doch welche Aktionen, Organisationen oder Tatbestände dieser Begriff umfasst, ist bisher nicht einheitlich geklärt. Keine Definition ist wirklich übergreifend konsensfähig. Unterschiedliche Länder, Behörden und Organisationen gebrauchen unterschiedliche Definitionen, die wiederum – und dies darf nie außer Acht gelassen werden – immer auch einem bestimmten Zweck, einer Intention oder einem Ziel (z. B. Bekämpfungsstrategien, Strafrecht etc.) dienen sollen; d. h. mit einer bestimmten Definition werden bestimmte Maßnahmen, Mittelverwendungen und Ansätze auch gesellschaftspolitisch gerechtfertigt (vgl. Marcuse 2003, 90).

Die Schwierigkeit der Definition von organisierter Kriminalität ist der Thematik von vornherein inhärent, denn organisierte Kriminalität ist komplex, hat dementsprechend viele Ausformungen und Gesichter und kann deshalb auch von unterschiedlichsten Definitionsebenen untersucht werden.

Je nach dem, ob nach:

- den Organisationen (Mafia, Drogenkartelle etc.)
- der Struktur (lose bandenähnliche Gruppen oder straff organisierte homogene Gruppen)
- einzelnen Deliktbereichen (Schmuggel, Geldwäsche etc.)
- der Größe (regional, transnational)
- der Motivation (gewinnorientiert, politische oder religiöse Hintergründe)
- der Methode (Gewaltanwendung, Einflussnahme, hochkonspirativ)
- der Qualität (begrenzter Wirkungskreis oder gut organisiert, strategisch, hochprofessionell, Verwobenheit mit der legalen Sphäre etc.)
- der Kultur (Geheimgesellschaft mit festen Riten oder wie ein kapitalistisches Unternehmen agierend)

- der Rolle der organisierten Kriminalität (als Institution neben dem Staat oder Antistaat)

oder

- der geographischen Lage (Transitroute)

gefragt wird, ergeben sich unterschiedliche Bedeutungen. Welcher Blick auf organisierte Kriminalität auch gerichtet wird, sich dem zu nähern, was organisierte Kriminalität wirklich ist, ist schwierig (vgl. Oberloher 2000, 8-37). „Wie jedes Mal bei der Erfassung von Kategorien und Definitionen betreffend Phänomenen der Gesellschaft, steht man vor der Unzulänglichkeit der juristischen und kriminologischen Kriterien, sodass auch jeder Versuch zur Schematisierung und Definition der organisierten Kriminalität zu unbefriedigenden Ergebnissen führt.“ (Bernasconi zit. nach Oberloher 2000, 38)

Organisierte Kriminalität wird in Analysen sehr oft auch in emotionaler und übertriebener Art und Weise dargestellt. So schreibt Claudio Besozzi: „Sie (Forscher der Thematik organisierter Kriminalität B.R.²) orientieren sich am Bild der siebenköpfigen Hydra oder des Kraken, der seine Fangarme ausstreckt und die ganze Welt zu umschlingen droht.“ (Besozzi 1997, 11).

Ein solcher Ausgangspunkt verschärft und verfälscht somit auch die Bedeutung. Beachtet werden muss immer, dass organisierte Kriminalität und organisiertes Verbrechen keine besondere Art der Kriminalität sein müssen, sondern „(...) in unserem Rechts- und Staatsystem eine ganz ‚normale‘ Kriminalität (sind). Genauer gesagt: Organisierte Kriminalität entspricht unserer Wirtschaftsordnung, sie ist Funktion einer freien Marktwirtschaft.“ (Kraus 1993 zitiert nach Besozzi 1997,11). Allerdings wird in einer solchen Perspektive dem Umstand der Transnationalität organisierter Kriminalität sowie der zur „normalen“ Kriminalität doch größeren möglichen Auswirkung im Kontext von Staat und Gesellschaft zu wenig Beachtung geschenkt.

² In dieser Arbeit wurde in Bezug auf geschlechtsneutrale Sprache die Entscheidung getroffen, das generische Maskulin - das beide Geschlechter gleichermaßen miteinbezieht – zu verwenden (Bsp. Klient, Kosovo-Albaner, Kosovo-Serben, Akteure). Diese Entscheidung ist dadurch begründet, dass eine geschlechtsspezifische Differenzierung von AkteurInnen im Falle der Mafia, der Internationalen Beziehungen und des Krieges im Kosovos das Bild verfälscht, da sich alle drei Themenbereiche als Arenen der Männlichkeit darstellen. Der Blick in dieser Arbeit wurde nicht explizit auf Frauen als Akteurinnen gerichtet, somit lässt sich ihre Rolle (Opfer, Täterinnen, etc) bzw. ihren Anteil am Geschehen nicht ergründen (vgl. Kreisky, ohne Datum und Harders 2004, 229-251).

2.1.2. Die Mafia

Der Begriff Mafia ist in den letzten Jahrzehnten zum Inbegriff organisierter Kriminalität und Verbrechersyndikate geworden. Damit werden nicht nur italienische mafiöse Gruppierungen sondern auch zunehmend andere kriminelle Organisationen bezeichnet, wie die Begriffe Russenmafia, Balkanmafia, albanische Mafia, aber auch weitere, auf bestimmte Kartelle, Clans, Strukturen und Tatbestände begrenzte Bezeichnungen wie Narcomafia (für die kolumbianischen Kartelle Cali und Medellin), Ökomafia, Cybermafia oder Pornomafia bezeugen. All dies führt zu einer immer größeren Verwässerung und Unschärfe der ursprünglichen Bedeutung der Bezeichnung. Die Mafia ist keine einheitliche Organisation an sich, der Begriff Mafia trifft im Grunde nur auf die italienische Mafia zu und auch hier im eigentlichen Sinne nur auf die sizilianische Cosa Nostra. Sie unterscheidet sich somit wiederum von der amerikanischen La Cosa Nostra sowie von der kampanischen Camorra oder der mit der Cosa Nostra zwar kooperierenden, aber trotzdem davon zu unterscheidenden kalabresischen 'Ndrangheta. Auch die weiteren „mafiösen“ Gruppierungen wie die sizilianischen Stidde-Gruppen oder die pugliesische Sacra Corona Unita zeichnen sich durch andere Charakteristika als die italienische Mafia aus (vgl. Oberloher 2000, 10-11).

Dem Kern des Begriffs der Mafia werden – je nach etymologischer Herleitung – unterschiedlichste Bedeutungen zugeschrieben. Diese reichen von Höhle, Stätte der Begegnung, Zerstörung, Dieb, Ehre, Perfektion, Beschütztheit und Schutz bis zu geheim, arrogant, eingebildet, aber auch selbstsicher, mutig und schön (vgl. Hess 1986, 1-5). Augenscheinlich wird hier, dass dem Begriff sowohl negative als auch positive Eigenschaften zugeschrieben werden, und dieser Widerspruch besteht bis heute. Die Mafia an sich ist natürlich eine verbrecherische Organisation, aber gleichzeitig bot und bietet sie oft für viele Menschen die einzige Möglichkeit der Einnahmequelle, des Schutzes und Überlebens (vgl. Lupo 2002, 20).

Aufgrund der auf den ersten Blick sehr ähnlichen Genese der italienischen Mafia mit der in Albanien und im Kosovo werden kurz ihre Entwicklungsgeschichte sowie die fördernden Faktoren und Rahmenbedingungen geschildert.³ Im historischen Kontext entsteht die Mafia im 19. Jahrhundert in einer politisch, sozial sowie auch gesellschaftlich zutiefst unruhigen Phase in Süditalien. Bedingt durch den häufigen Wechsel bzw. auch der Abwesenheit der verschiedenen Herrscher, die Abschaffung des Feudalismus, die geschichtlichen Wirren (napoleonische Kriege, Revolutionen, Einigung Italiens), wurde der Staat – soweit vorhanden – von der Bevölkerung schon immer als fremd, wenn nicht gar als Feind empfunden. „Im Süd- und Inselitalien der vergangenen Jahrhunderte schickte der Staat nur sporadisch seine Vertreter aus, und nur, um Steuern oder Rekruten einzukassieren. Die Staatsvertreter verursachten den einfachen Leuten nur Kosten und Lasten, halfen dem einzelnen aber nicht in Zeiten der Not.“ (Müller 1990, 16)

Die einzige Möglichkeit, in diesem Umfeld Sicherheit und Schutz zu erhalten war der Rückgriff auf eine Selbstorganisation, die jedoch im süditalienischen Fall nicht über politische Verbände oder Organisationen lief, sondern über die dort am vertrauensvollsten empfundene Institution die Familie. Die Familie ist dabei nicht nur auf Blutsverwandte eingeschränkt, sondern sie schließt Freunde und Nachbarn und zusätzlich einen durch ein „klientelistisches System“ von Tauschbeziehungen verbundenen Personenkreis mit ein (vgl. Müller 1990, 11)⁴.

Im Entstehungskontext der sizilianischen Mafia sind neben der Schutzfunktion der Familie und der klientelistischen Beziehungen noch zwei weitere Merkmale relevant: die Rolle und das Verständnis von Gewalt und der Begriff und das Verständnis der Ehre. Gewalt war in Sizilien in diesen Zeiten der Unsicherheit von besonderer Bedeutung, sie wurde in sozialen Beziehungen als normal akzeptiert und sie war vor allem auch positiv besetzt. „Die Fähigkeit, sich mittels Gewalt durchsetzen zu können, wurde als Wert an sich geschätzt. Diejenigen, die sich in dieser Hinsicht

³ Die Entstehungsgeschichte und Merkmale der Mafia werden in dieser Arbeit für ein besseres Verständnis verkürzter Form gestreift. Es spielen noch viele andere und spezifische Faktoren eine Rolle, allerdings würde eine ausführliche Behandlung der Mafia den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Für eine tiefergehende Auseinandersetzung mit dem Thema sind Lupo (2002), Müller (1990) sowie Fijnaut/Pauli (2004) empfehlenswert.

⁴ Bei der klientelistischen Beziehung stehen sich meist zwei Personen in unterschiedlicher sozialer Stellung gegenüber, die eine Tauschbeziehung eingehen (Patron und Klient). Der Stärkere, der Patron übernimmt die Rolle des Beschützers, Vorbilds oder Führers. Er vermittelt zwischen dem Klienten und anderen Instanzen, im Gegenzug ist der Klient zur Gefolgschaft verpflichtet. Je mehr solcher Beziehungen bestehen, desto größer wird das Ansehen des Patrons und vor allem die Einflussmöglichkeiten. Somit wächst auch wiederum die Gefolgschaft. Diese Beziehungen sind in vielen Fällen halblegal, meist jedoch auch illegal (vgl. Müller 1990, 18 und Nohlen/Schultze 2002a, 416-417).

hervortaten, ernteten Respekt; die Fähigkeit zur Gewalt fungierte als Maßstab für die Zumessung von Ansehen und Ehre.“ (Müller 1990, 14).

Zusätzlich zur Bedeutung der Gewalt spielte der Ehrbegriff eine besondere Rolle. So sind Verschwiegenheit (*omertà*), Demut (*umiltà*) und Treue (*fedeltà*) unverzichtbare Eigenschaften des *uomo d'onore*, des Ehrenmannes. Dieser Ehrbegriff wurde durch spezielle Riten (Einführungsriten, Blutbildnisse etc.) verstärkt und abgesichert. Wird gegen den Ehrenkodex verstoßen, droht Rache, die – wenn erfolgreich durchgeführt – gleichzeitig die eigene Ehre wieder erhöhen kann (vgl. Hess 1986, 110-119).

Dieser Ehrbegriff mit dem zentralen Element der Verschwiegenheit dient zugleich dem Schutz der Organisation oder der Familie selbst sowie als Garantie für den eigenen Machterhalt (vgl. Sterling 1990, 31). „(...) *omertà* originally was a cultural code indispensable for the survival of criminal groups, in as much as it is synonymous with silence and obedience to superior.“ (Fulvetti 2004, 54)

In diesem historischen und kulturellen Kontext ist die süditalienische Mafia zu sehen. Der Mafioso bietet das Gut Schutz an. Um diesen Schutz zu gewährleisten und um sich gleichzeitig gegen die Außenwelt, den Staat und andere Organisationen durchzusetzen, zu schützen und die eigene Machtposition zu erhalten, bedient er sich physischer und psychischer Gewalt unter Einhaltung eines strikten Ehrekodex und Regeln. Diese Schutz- und Ordnungsfunktion wird aber meist erst durch eine, teils von der Mafia selbst hergestellten Unordnung und Unsicherheit notwendig, sodass wie Salvatore Lupo formuliert hat: „ihre einzige Funktion (...) diejenige (ist), die sie selbst produziert.“ (Lupo 2002, 21) Diese Schutzfunktion ist jedoch in weiterer Folge nur als Brücke zu den zentralen kommerziellen legalen wie illegalen Aktivitäten zu verstehen (vgl. Lupo 2002, 25). “Mafia Organisations aim to exercise a long-term territorial control so that they can present themselves as social relatives of stable power, capable not only of creating collaborative networks with legitimate authorities and official institutions, but also of exerting increasing pressure on them.” (Fulvetti 2004, 49)

Das Weiterbestehen der Mafia - auch auf ein verstärktes Eingreifen des Staates hin - ergibt sich aus den noch teilweise gleich wirkenden Bedingungen. Süditalien und Sizilien weisen einen schwachen Entwicklungsgrad, mit einer hohen Arbeitslosenrate und hohem Bevölkerungswachstum auf.

Auf diese genannten Faktoren

- Soziale, gesellschaftliche sowie politische instabile Zeit
- Staatsabwesenheit und empfundene Staatsfeindlichkeit
- enger Bezug zur Familie und klientelistisches Beziehungsgeflecht
- Gewalt
- Ehrenkodex mit speziellen Riten

wird bei der näheren Auseinandersetzung mit organisierter Kriminalität im Kosovo und Albanien nochmals Bezug zu nehmen sein.

2.1.3. Traditionelle Deliktfelder organisierter Kriminalität

Welche Deliktbereiche umfasst organisierte Kriminalität? Es sind in erster Linie klassische Verbrechen, die normalerweise auch von Einzeltätern und unorganisiert begangen werden können, wie Betrügereien aller Art, Diebstähle und Überfälle. Bereits klarer zum Bereich organisierter Kriminalität hinzuzurechnen, vor allem aufgrund des größeren Bedarfs an Organisation, sind der Schmuggel illegaler aber auch legaler Waren aller Art (Zigaretten, Drogen, Menschen, Waffen bis hin zu Kriegs- und nuklearem Material) und Fälschungen aller Art (Geld, Dokumente, Kreditkarten etc.) (vgl. Oberloher 2000, 12-13).

Um den Gewinn zu vergrößern und Machtbereiche auszuweiten, ergänzen Verbrechen wie Bestechung, Schutzgeld- und Lösegelderpressungen, Gewaltdelikte und Mord die Tätigkeitsfelder organisierter Kriminalität. Zu den klassischen Deliktfeldern der organisierten Kriminalität zählen komplexere kriminelle Vergehen, wie die Einflussnahme und Manipulation wirtschaftlicher und politischer Sphären durch Korruption, Geldwäsche und Infiltration durch Vertrauensleute. Dadurch werden Betrügereien bei Auftragsvergaben, Subventionen, Steuern und das Umleiten und Veruntreuen von Geldern von Staaten und internationalen Organisationen möglich. Zu den relativ neuen Deliktfeldern organisierter Kriminalität zählen die so genannte Internetkriminalität sowie der illegale Handel mit menschlichen Organen und Medikamenten (vgl. Oberloher 2000, 12-13).

2.1.4. Definitionen organisierter Kriminalität

Aus den bisherigen Ausführungen zur Mafia und zu ihren Deliktfeldern lassen sich bestimmte Kriterien herausarbeiten, die auf organisierte kriminelle Organisationen zutreffen. Organisierte kriminelle Gruppierungen verüben systematisch verschiedenste Verbrechen, um einerseits finanziellen Gewinn zu erzielen, aber auch um – und das ist um einiges wichtiger – durch die verschiedensten Formen der Einflussnahme Machtbereiche zu sichern und zu vergrößern, und dadurch im Gegenzug die möglichen Gewinne wieder zu erhöhen.

All dies spiegelt sich auch in den Definitionen wieder, die bisher in verschiedenen Ländern und Organisationen verwendet werden. So zeichnet sich organisierte Kriminalität für Interpol „(...) durch systematisch vorbereitete und geplante Begehung schwerer Verbrechen aus mit dem Ziel, finanzielle Gewinne und Macht anzusammeln. Aktivitäten organisierter Krimineller werden über einen längeren Zeitraum von mehr als drei Mitgliedern in hierarchischer Vereinigung und arbeitsteilig begangen. Die Anwendung von Gewalt, Einschüchterung und Korruption und anderer Formen von Beeinflussung sind darauf ausgerichtet, die Entwicklung der kriminellen Aktivitäten zu sichern.“ (Edelbacher 1998, 30)

Auch die UNO befasst sich seit Beginn der 1990er Jahre mit der organisierten Kriminalität und auch in diesem Rahmen wurde lange versucht, eine eindeutige Definition zu finden, die auf eine breite Zustimmung stößt. Diese notwendige Zustimmung der unterschiedlichsten Länder ist es auch, die das Ergebnis äußerst allgemein ausfallen lässt. Auf der UNO-Konferenz in Palermo zum Kampf gegen das internationale Verbrechen im Dezember 2000 wurde die „Convention against Transnational Crime“ verabschiedet und trat in Folge 2003 in Kraft. In Artikel 2 wurde organisierte Kriminalität schließlich wie folgt definiert: “For the purposes of this Convention: (a) ‘Organized criminal group’ shall mean a structured group of three or more persons, existing for a period of time and acting in concert with the aim of committing one or more serious crimes or offences established in accordance with this Convention, in order to obtain, directly or indirectly, a financial or other material benefit.“ (UNODC 2008a)

Diese zu allgemeine Definition ist für den Zweck der vorliegenden Arbeit nicht brauchbar. Auch Fujinaut/Pauli (2004, 40) stellen treffend fest: „(...) the definitions

(...) are so broad that they may include anything from the Italian Cosa Nostra to a gang of thieves, from Al Qaida to a paedophile ring, a drug-trafficking network to a youth clique.“

Die in Deutschland verwendete Definition ist hilfreicher. Die 1990 von der gemeinsamen Arbeitsgruppe Justiz/Polizei erstellte Definition bezeichnet organisierte Kriminalität als „(...) die von Gewinn- oder Machtstreben getragene planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung sind, sofern sie von mehr als zwei Beteiligten verübt werden, die hierzu auf längere Zeit oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig

- a) unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen oder
- b) unter Anwendung von Gewalt oder anderer zur Einschüchterung geeigneter Mittel oder
- c) unter Einflussnahme auf Politik, öffentliche Verwaltung, Justiz oder Wirtschaft zusammenwirken.“ (Roth/Frey 1992, 27)

Auf diese Definition wird in der Arbeit zurückgegriffen, da sie auf der einen Seite so allgemein gehalten ist, um das komplexe Feld organisierter Kriminalität nicht zu sehr einzuschränken und auf der anderen Seite konkret genug, um bestimmte Klassifizierungen vornehmen zu können. Im Zentrum stehen:

- Gewinn- und Machtstreben
- Mehrere Personen
- Arbeitsteilige und planmäßige bedeutende Verbrechen
- Gewerbliche oder geschäftsähnliche Strukturen
- Gewalt und Einschüchterung
- Einflussnahme in Politik, Verwaltung, Justiz und Wirtschaft

Zusätzlich werden einige klassische Deliktfelder in den Hauptfokus der Analyse der organisierten Kriminalität im Kosovo rücken, diese sind:

- Schmuggel von Waffen, Drogen und Menschen
- Gewaltdelikte und Mord
- Einflussnahme durch Korruption, Investitionen, Infiltration (bis hin zur Übernahme) in öffentliche Agenden
- Geldwäsche
- Betrugereien bei Auftragsvergaben, Subventionen und Steuern
- Veruntreuen von Finanzmitteln

2.2. Organisierte Kriminalität und kriegerische Konflikte

2.2.1. Sicherheit

Der Grund dafür, dass organisierte Kriminalität zunehmend in den Blick der politikwissenschaftlichen Forschung rückt, liegt darin, dass organisierte Kriminalität seit den 1990er Jahren als Hauptbedrohung der Sicherheit von Staaten und Gesellschaften gilt und somit ein Problem nationaler und internationaler Politik geworden ist. Das UNODC (United Nations Office on Drugs and Crime) halt zu organisierter Kriminalität fest: „Transnational organized crime is considered as one of the major threats to human security, impeding the social, economic, political and cultural development of societies worldwide. It is a multi-faceted phenomenon and has manifested itself in different activities, among others, drug trafficking, trafficking in human beings; trafficking in firearms; smuggling of migrants; money laundering; etc. In particular drug trafficking is one of the main activities of organized crime groups, generating enormous profits.“ (UNODC 2008b)

Sicherheit ist ein Kernsachbereich nationaler und internationaler Politik. Sicherheit kann allgemein als die Abwesenheit von Bedrohung oder als die Fähigkeit, Bedrohungen abzuwehren, bezeichnet werden. Sicherheit hat dabei eine negative und eine positive Dimension, die negative bezeichnet die Fähigkeit, bewaffnete Aggression von innen und außen abzuschrecken, die positive umfasst die Schaffung von politischen, sozialen und ökonomischen Bedingungen, um dauerhaften Frieden aufzubauen. Sicherheit wurde lange Zeit nur als Bereich des Nationalstaates gesehen; zum einen als die äußere Sicherheit des Staates und dessen Fähigkeit, Gewaltanwendungen von außen abzuwehren, zu vermeiden, einzudämmen oder zu beenden, zum anderen die innere Sicherheit des Staates als Aufrechterhaltung des Schutzes der geltenden Staats- und Rechtsordnung sowie von Leben und Freiheit der Bürger im Staatsinneren (vgl. Gärtner 2005, 125-128).

Diese auf den Nationalstaat und hauptsächlich auch auf eine militärische Dimension fokussierte Sicht von Sicherheit änderte sich mit den Umbrüchen im internationalen System durch das Ende des Kalten Krieges und den Auswirkungen in einer zunehmend globalisierten Welt. Auf diese neuen Bedrohungsanalysen und -szenarien folgte die Ausweitung auf ein umfassendes Sicherheitskonzept. Umfassende Sicherheit (comprehensive security) schließt jetzt zur militärischen

auch die politische, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Dimension mit ein (vgl. Filzmaier u.a., 2006, 54).

Durch eine weitere Ergänzung des Begriffs, in dem das Konzept der humanen Sicherheit miteinbezogen wird, wurde die traditionelle Sicherheit von Staaten um die Sicherheit des Menschen und des Planeten erweitert. So wurden nun auch Bedrohungen für den einzelnen Menschen – Armut, systematische Verbrechen, Hunger, Wasserknappheit – miteinbezogen. Es wird versucht, in diesem Konzept der umfassenden Sicherheit die individuelle wie kollektive, die subnationale, nationale, internationale bzw. globale Sicherheit zu berücksichtigen. Diesem erweiterten Konzept mangelt es an einer klaren Trennschärfe. Gleichzeitig wird es nur unter Anwendung eines umfassenden Sicherheitsbegriffs möglich, globale Gefahren (Terrorismus, Kriminalität, Hunger, Seuchen und zerrüttete Gesellschaften) auch global zu bekämpfen. Organisierte Kriminalität findet im Konzept von umfassender Sicherheit ihren Platz. Diese mangelnde Schärfe des Begriffs zeigt sich vor allem, wenn es um innerstaatliche Konfliktkonstellationen geht, da ein eigenes Konzept gesellschaftlicher Sicherheit fehlt und ethnische und religiöse Konflikte eher als „Ursachenbündel“ miteinbezogen werden (vgl. Debiel 2007, 4- 8). Debiel (2007) schlägt deshalb einen integrierten Sicherheitsbegriff vor, der die gesellschaftliche Sicherheit in einem regionalen „Konfliktsystem“ ergänzend berücksichtigt und die verschiedenen Ebenen sozialen Handelns integriert. „Innerstaatliche Kriege, vor allem ethno-politische Konflikte, lassen sich nicht allein mit Bezug auf staatliche Institutionen herleiten, sondern dadurch, dass gesellschaftliche Großgruppen in ihren ‚core values‘ (Sicherheit, politische und sozio-ökonomische Partizipation, Identität) bedroht sind.“ (Debiel 2007, 8)

Der Begriff der Sicherheit ist ein politischer Begriff: Je nach dem wie Bedrohungen wahrgenommen werden, werden auch bestimmte Gegenmaßnahmen denkbar. Hier stellt sich die Frage nach dem politischen Nutzen von Sicherheit. Denn Sicherheitsbedrohungen wie Terrorismus und (organisierte) Kriminalität und vor allem die Angst davor werden zunehmend instrumentalisiert, um bestimmte Gesetze zu legitimieren (z. B. Überwachung öffentlicher Plätze, Kameraüberwachung, Lauschangriffe, Überwachung der Internetnutzung, Einschränkung von Versammlungs- bzw. Demonstrationsrechten) (vgl. Marcuse 2003, 90). D. h., Sicherheit befindet sich oft im Spannungsverhältnis zu individueller Freiheit. Die Einschätzung, ob eine Bekämpfungsstrategie notwendig oder übertrieben ist, wird zunehmend zur Gratwanderung.

Es kann also von einer transnationalen Sicherheitsbedrohung durch organisierte und international operierender kriminelle Netzwerke gesprochen werden. Weshalb ist jedoch auch eine nähere Betrachtung der Beziehung und des Zusammenhangs organisierter Kriminalität mit kriegerischen Konflikten notwendig? Mit dem Ende des Kalten Krieges und mit den Auswirkungen einer zunehmend globalisierten Welt haben sich tief greifende – wenn auch in ihrem Ausmaß noch nicht klar ergründete oder ergründbare – Veränderungen für das internationale System und Veränderungen im Charakter und den Erscheinungsformen bewaffneter Konflikte ergeben, die im Folgenden unter dem Begriff der „neuen“ Kriege untersucht werden.

2.2.2. Neue Kriege

Ein Resultat der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der neuen Ausgangslage ist die Theorie der „Neuen Kriege“, erstmals vorgestellt von Mary Kaldor und noch weiter systematisiert von Herfried Münkler (vgl. Kaldor 2000 und Münkler 2004 und 2006). Kaldor und Münkler gehen von einem tief greifenden Formwandel des Krieges aus. Sie versuchen in Abgrenzung zu der klassischen Kriegsdefinition von Clausewitz (vgl. Clausewitz 2000) Kriege in einen neuen theoretischen Rahmen zu betten. Im Unterschied zu den „alten“ Kriege, als klar abgegrenzte Kriege zwischen souveränen Staaten, mit staatlich organisierter Gewalt, klassischer Kriegsökonomie, Zielen und Akteuren sind die neuen Kriege dadurch gekennzeichnet, dass es sich meist um innere Konflikte (Bürgerkriege bzw. Kriege geringer Intensität), mit zunehmender entstaatlichter, kommerzialisierter, verselbstständigter militärischer und assymetrisch angewendeter Gewalt handelt (vgl. Kaldor 2000 und Münkler 2004 und 2006).

Die Theorie der Neuen Kriege bezieht die Rolle organisierter Kriminalität bei der Untersuchung der organisierten Gewalt und der Finanzierung als wichtiges konstitutives Element der veränderten Kriege in die Untersuchungen mit ein. Nach Kaldor sind die neuen Kriege durch das „Verschwimmen der Grenzen zwischen Krieg (...), organisiertem Verbrechen (...) und massiven Menschenverletzungen geprägt“ (Kaldor 2000, 8) bzw. „bietet der Krieg eine Legitimationsgrundlage für verschiedene Formen krimineller persönlicher Bereicherung, die zugleich die notwendigen Einnahmequellen zur Fortführung des Krieges darstellen. Um ihre Machtpositionen wie ihren Zugriff auf Ressourcen zu festigen, sind die Kriegsgegner auf einen mehr oder weniger permanenten Konflikt angewiesen.“ (Kaldor 2000, 174)

Nach Münkler haben „die Staaten (...) als die faktischen Monopolisten des Krieges abgedankt, und an ihre Stelle treten immer häufiger parastaatliche, teilweise sogar private Akteure – von lokalen Warlords und Guerillagruppen über weltweit operierende Söldnerfirmen bis zu internationalen Terrornetzwerken, für die der Krieg zu einem dauerhaften Betätigungsfeld geworden ist.“ (Münkler 2004, 7). D. h. die neuen Kriege sind durch das vermehrte Auftreten nicht staatlicher Akteure (Warlords, Söldnergruppen, private Sicherheitsfirmen) geprägt, deren Motivation hauptsächlich persönliche Bereicherungs- und Machtbestrebungen sind. Dadurch haben die Kriege keinen eindeutigen Anfang und kein klar erkennbares Ende, sondern schwelen vor sich hin, da die Fortführung des Krieges für die bewaffneten Gruppierungen lukrativer ist (Abzweigen humanitärer Hilfe, Ressourcen aus dem Ausland, Raub, Plünderung Kriegssteuern, Schutzgeld, Schmuggelwesen, Drogenhandel, Waffenhandel, Geldwäsche etc.), als dessen Beendigung. Die neuen Kriege sind nach Münkler und Kaldor deshalb auch Staatszerfalls- und nicht Staatsbildungskriege. Weiters zeichnen sich die Kriege durch eine Assymetrierung der Gewalt aus, d. h. es verschwimmen zunehmend die Grenzen zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten (wie dies durch Verrechtlichung der klassischen Kriege noch gegeben war), Zivilisten und Soldaten, Polizisten, Banditen und Kriminellen. Durch diese Entstaatlichung der Gewalt kommt es zu einer zunehmenden Brutalisierung und Verselbständigung der Gewalt (höhere Todesraten bei Zivilisten, massive Menschenrechtsverletzungen wie ethnische Säuberungen) (vgl. Kaldor 2000, 144-176; Münkler 2004, 13-57 und Pradetto 2004,192-197).

Wenn diese Theorie auf den ersten Blick auch gerade jene Grundlagen untersucht, die für die Fallstudie dieser Arbeit zutreffen, bietet sie doch wenige Vorschläge für eine methodische Analyse und besitzt hauptsächlich beschreibenden Wert. Auch wenn die Beobachtungen der Autoren teilweise zutreffen, sind sie doch zu verallgemeinernd und empirisch zum Teil fragwürdig. Denn so neu, wie sich diese Kriege darstellen, sind sie im Grunde gar nicht, wie August Pradetto und andere Autoren schlüssig darlegen (vgl. Chojnacki 2004; Matthies 2004, Pradetto 2004; Geis 2006 und Heupel 2006).

Warum diese Theorie nichtsdestotrotz viele Anhänger vorweisen kann, lässt sich zum einen durch die größere publizistische und öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Krieg und Frieden erklären, ausgelöst durch die zunehmend gefühlte (bzw. instrumentalisierte) Bedrohung durch den Terrorismus seit den Anschlägen vom 11.

September 2001. Die Theorie der neuen Kriege bietet leicht rezipierbare Thesen für Konflikte, die – teils durch die Medien hergestellt – als näher empfunden werden und im Globalisierungszusammenhang auch größere Auswirkungen nach sich ziehen. Zum anderen eignet sich diese Theorie – in ähnlicher Art und Weise wie die Sicherheitsdiskussion und Diskussion der Definition organisierter Kriminalität gezeigt hat – als Legitimation für bestimmte Entscheidungen, politische Handlungen (Neuausrichtung von Sicherheitspolitiken, militärische Entscheidungen) und das Freisetzen von nationalen und internationalen Ressourcen (vgl. Pradetto 2004, 199).

Was sind nun die hauptsächlichen Kritikpunkte an Münkler und Kaldor? Erstens waren innerstaatliche Kriege schon immer eher die Regel als die Ausnahme, nur hat sich die Wahrnehmung derselben in der Friedens- und Konfliktforschung verändert, war sie doch vorher auf zwischenstaatliche Kriege fokussiert, da nur sie über die auf Clausewitz zurückgehende Legitimität verfügten und nur sie durch rechtliche Rahmenbedingungen fixiert waren (vgl. Pradetto 2004, 199). Zusätzlich wurde die Wahrnehmung „von der Logik des Kalten Krieges verzerrt“ (Geis 2006, 16) d. h., Kriege wurden als Ausdruck des Kalten Krieges, als Stellvertreterkriege klassifiziert, erst nach Ende der Blockkonfrontation wurde sichtbar, dass sich diese These nicht bewahrheitete und innerstaatliche Kriege und Bürgerkriege traten in den Mittelpunkt des wissenschaftlichen Interesses (vgl. Geis 2006, 16 und Matthies 2004, 185-186).

Zweitens beschreiben die neuen Kriege nur einen Ausschnitt des Gesamtbildes des Krieges, da nun zwischenstaatliche Kriege – die nach wie vor stattfinden – ausgeblendet werden, obwohl sie ihrerseits zum Teil die gleichen Phänomene wie die neuen Kriege aufweisen. Konflikttheoretisch betrachtet verweist die Häufung nichtstaatlicher Kriege auf die Heterogenität des internationalen Systems mit einer abgestuften Souveränität unterschiedlicher Akteurstypen, es sollte somit der Staat als ein Akteur unter anderen betrachtet werden (vgl. Pradetto 2004, 197).

Die Ansicht, es handle sich bei den neuen Kriegen ausschließlich um Staatszerfallskriege, ist mit Skepsis zu betrachten, denn „(z)erfallen kann nur, was vorher konsistent da war“ (Pradetto 2004, 196) und robuste staatliche Strukturen sind in den von Kaldor oder Münkler beschriebenen Konflikten zumeist nicht vorhanden (vgl. Matthies 2004, 186). August Pradetto (2004) argumentiert, dass mit größerer zeitlicher Distanz zu erkennen ist, dass auch diese Konflikte das Ziel der Staatsbildung verfolgen, wie z. B. die Perzeption der Konflikte im ehemaligen

Jugoslawien bereits jetzt nahe legt. Die zunehmend privatisierte Gewalt ist gleichfalls in diesem Licht zu sehen, denn auch sie setzt eine vormals legitimierte staatliche Gewalt voraus. Die Gewalt gegen die Zivilbevölkerung und das Auftreten verschiedener nichtstaatlicher Akteure fand in früheren innerstaatlichen Kriegen auch statt. Außerdem wurde die Trennung von Kombattanten und Nichtkombattanten ebenfalls vielfach ignoriert. Die zunehmende Gewalt kann nicht nur als Teil der „neuen“ Kriege sondern auch im Sinne Clausewitz gelesen werden, d. h. die Gewalt dient der Zielerreichung mittels des effizientesten Mittels, mit dem dem Gegner der eigene Willen aufgezwungen wird. Grundlegend neue Gewaltformen sind eigentlich nicht auszumachen, vor allem, wenn die Konflikte im Zusammenhang heutiger Transformationsprozesse gesehen werden (vgl. Pradetto 2004, 196-197).

Die Motive der neuen Kriege werden weiterhin zu vereinheitlicht und sehr auf die ökonomische Komponente reduziert, was aufgrund der unterschiedlichen historischen Begebenheiten jedes einzelnen Konfliktes nicht haltbar ist. „Phänomene, die für die neuen Kriege beschrieben werden, stellen ein wiederkehrendes Erscheinungsbild dar, das politische und geographisch fluktuierend dort auftaucht wohin sich – in Abhängigkeit von den internationalen Umfeldbedingungen – der Prozess des identity-, state- und nation-building verschiebt.“ (Pradetto 2004, 200)

Die Debatte über die neuen Kriege schärft die Aufmerksamkeit für die seit dem Ende des Kalten Krieges veränderten Verhältnisse und die damit verbundenen friedens- und sicherheitspolitischen Konsequenzen, allerdings trägt sie nicht zu einem tieferen Verständnis des Kriegsgeschehens bei. Dafür ist eine Präzisierung des Analyseinstrumentariums nötig. „Vor allem für das Begreifen von identity-, state- und nation-building-Prozessen sowie von Mechanismen der Konfliktprävention und der Konflikteindämmung ist eine genaue Differenzierung und Analyse sowohl der Ursachen und Auswirkungen als auch der kriegsendogenen Prozesse notwendig.“ (Pradetto 2004, 201) Zu einem tieferen Verständnis für den Wandel des Krieges müssen die Determinanten der einzelnen gewaltsamen Konflikte erkannt werden und es muss auf das Beharren einheitlicher Ursachen und Dynamiken verzichtet werden (vgl. Pradetto 2004, 201-202). Eine Determinante von gewaltsamen Konflikten ist die Ökonomie des Krieges, das heißt die Finanzierung des Krieges. Organisierte Kriminalität im Zusammenhang mit kriegerischen Konflikten ist unter diesem ökonomischen Gesichtspunkt zu sehen.

2.2.3. Ökonomie der „neuen“ Kriege

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema Krieg und Frieden reicht Jahrhunderte zurück. Wie im vorhergehenden Abschnitt gezeigt wurde, drehte sich die Auseinandersetzung lange Zeit um die Rolle der Staaten in Kriegen, der Taktik im Krieg, dem Kriegsrecht sowie um die Verursachungsfaktoren von Kriegen. Die Aufmerksamkeit galt dabei vor allem den legitimierte (verrechtlichten) staatszentrierten Kriegen. Hauptuntersuchungsgegenstand waren Kriege zwischen Staaten, Bürgerkriege waren interne Angelegenheiten des jeweiligen Staates und wurden in der Disziplin der Internationalen Beziehungen weniger betrachtet (vgl. Matthies 2004, 186).

Die Bürgerkriegsforschung unterlag lange dem Interpretationsmuster des Kalten Krieges und war hauptsächlich auf das Kräfteressen der Mächte (Stellvertreterkriege) bzw. auf ethno-nationalistische Faktoren fokussiert. Ökonomische Faktoren traten in den Hintergrund. Die Veränderungen durch das Ende des Ost-West-Konfliktes und die bereits festgestellte neue Aufmerksamkeit für innerstaatliche Kriege seit den späten 1990ern förderte die Miteinbeziehung von ökonomischen Gesichtspunkten bei der Erforschung von Bürgerkriegen, da immer klarer hervortrat, dass neben politischen auch ökonomische Faktoren und Interessen konfliktauslösende, -verstärkende und -verlängernde Effekte haben können. Eine Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen fördert ein besseres Verständnis von innerstaatlichen Kriegen und trägt dazu bei, entgegenwirkende Werkzeuge und Strategien in der Konfliktprävention und -lösung zu finden (vgl. Ballentine/Sherman 2003, 1-3).

Ergebnisse dieser Entwicklung waren rein ökonomische Konfliktursachenstudien wie z. B. die Studie der Weltbank mit dem Titel: „Greed and Grievance in Civil War“. Die beiden Autoren Paul Collier und Anke Hoeffler (2001) erstellen hier ein ökonometrisches Modell, um den Ausbruch von Konflikten vorherzusagen. Sie kommen zu dem Schluss, dass ökonomische Möglichkeiten (Zugangsmöglichkeiten zu Finanzierungsquellen, persönliche Bereicherungsmöglichkeiten, Ausbeutung von Rohstoffen, finanzielle Unterstützung durch Diaspora oder andere Regierungen) mehr Erklärungspotential für den konkreten Ausbruch eines Konfliktes besitzen, als das Vorhandensein politischer Probleme und daraus resultierender Bedürfnisse

(Ethnischer oder religiöser Hass, Unterdrückung, Ausschluss aus der Politik, ökonomisches Ungleichgewicht). Auch wenn diese Untersuchung zu extreme, zu einfache und auch zu sehr eingrenzende Thesen für Ursachen von Konflikten bietet, zeigt sie doch, dass den ökonomischen Grundlagen von Konflikten in der Weise Rechnung getragen werden muss, dass die Frage nach den Profiteuren eines bestimmten Konflikts bei der Erstellung greifender Konzepte für eine Konfliktbeilegung nicht außer Acht gelassen werden darf. Das heißt nicht, dass die Betrachtung der ökonomischen Dimension in der vorliegenden Arbeit als alleiniger Erklärungsansatz fungieren soll. Ihre Einbeziehung soll vielmehr ermöglichen, komplementär zu den „üblichen“ Faktoren noch weitere erklärungsrelevante Einblicke in die Funktionsweise und Dynamik von Konflikten zu erlangen.

Wie funktioniert eine Kriegsökonomie? Sie ist immer mit den jeweiligen politischen Akteuren verknüpft. Die klassische Kriegswirtschaft (zwischenstaatlicher Kriege) stützt sich auf den Staat, d. h. die Finanzierung des Kampfes (Armee, Waffen, Ernährung) ist zumeist alleinige Aufgabe des Staates. In Bürgerkriegen ist jedoch eine Seite auf andere Finanzquellen angewiesen, da sie gegen den Staat in den Krieg tritt. Francois Jean und Jean-Christophe Rufin (1999) zeigen verschiedene Organisationsmuster von Bürgerkriegsökonomien auf, die jeweils mit einer bestimmten Epoche verbunden sind. So existieren nach Jean/Rufin (1999) geschlossene und offene Kriegsökonomien. Die geschlossene Form trifft z. B. auf die ersten Guerillakriege zu (z. B. Bürgerkrieg in China unter Mao Tse Tung und die Revolution in Kuba unter Fidel Castro). Hier operiert eine Guerilla nur im Innern des Staates und greift ausschließlich auf die lokalen Ressourcen zurück, da nicht auf Hilfe von außen zurückgegriffen werden kann. Dafür ist allerdings große Unterstützung der Zivilbevölkerung vonnöten. Durch die starke Abhängigkeit von der Zivilbevölkerung ist diese Art der Kriegsökonomie meist nicht von Erfolg gekrönt, Kuba und China sind hier die Ausnahmen von der Regel (vgl. Jean/Rufin 1999, 16 - 18).

Im Gegensatz dazu stehen „offene Kriegsökonomien“, die entweder durch Beziehungen zu einem Nachbarstaat ein militärisches Rückzugsgebiet besitzen oder durch die Einrichtung grenznaher humanitärer Schutzzonen für Flüchtlinge auf ein humanitäres Schutzgebiet zurückgreifen können. Beim militärischen Rückzugsgebiet besteht allerdings die Gefahr, dass der Nachbarstaat durch die Unterstützungsleistung in den Krieg involviert werden kann und so aus einem Bürgerkrieg ein Krieg zwischen Staaten erwächst. Die Einführung des humanitären

Schutzgebietes ist eine Revolution für die Kriegsökonomien, da diese Schutzzonen sowohl als militärisches Rückzugsgebiet als auch als Versorgungsbasis genutzt werden können.⁵ Zudem bestehen in diesen Zonen ein effizienter Schutz und vor allem auch meist ein Zugang zu einer offenen Wirtschaft. Gleichzeitig kann dies alles ohne das Wissen eines Nachbarstaates passieren. Die Gefahr der Kriegsinvolvierung besteht somit nicht. Während des Kalten Krieges etwa, bot diese Art der Kriegsökonomie auch der internationalen Gemeinschaft die Möglichkeit der Unterstützung von Kriegsparteien, ohne das Gleichgewicht zu gefährden (vgl. Jean/Rufin 1999,19-24).

Das Ende des Kalten Krieges zeigte auf, dass externen Faktoren, vor allem den Stellvertreterkriegen, in der Konfliktbearbeitung zu viel Gewicht beigemessen wurde. Denn durch das Ende des Ost-West-Konfliktes und dem damit einhergehenden Sinken der Staatspatronage zeigte sich, dass diese Kriege nicht einfach aufhörten zu existieren, sondern bewaffnete Bewegungen erst dadurch gezwungen waren, neue Finanzierungswege zu finden. Die bisherigen Organisationsmodelle verloren dadurch an Bedeutung und lokale innerstaatliche Determinanten wurden wichtiger, da bewaffnete Bewegungen nun vermehrt auf die disponiblen Ressourcen im Innern des Staates zurückgreifen mussten (vgl. Ballentine/Sherman 2003, 1-3).

Die veränderten Bedingungen sind neben dem Ende des Kalten Krieges vor allem auch als Produkt neoliberaler Politik zu verstehen. Durch die Deregulierungs-, Privatisierungs- und damit einhergehende Globalisierungsprozesse beginnend mit den 1980er Jahren wurde das staatliche Gewaltmonopol untergraben. Diese neoliberalen Maßnahmen trugen dazu bei, die Arbeitslosigkeit, die Einkommensunterschiede und den Ressourcenverbrauch zu erhöhen und bildeten somit ein gutes Milieu für das Entwickeln krimineller Praktiken (siehe Entstehung der Mafia, Kap. 3.2) und ein freier Markt bietet unzählige Varianten nichtlegaler Finanzierungsformen von Konflikten. Ein weiterer relevanter Punkt in der leichteren Selbstfinanzierung, der auch in direktem Zusammenhang mit dem Ende des Kalten Krieges steht, ist die Verbilligung der Kriege durch die leichtere Verfügbarkeit einer hohen Anzahl von Waffen (vgl. Ballentine/Sherman 1-2). So sind auch für Jean

⁵ Die Entwicklung der humanitären Schutzgebiete: Auf viele kriegerische Konflikte und Kämpfe von Guerillabewegungen folgt unmittelbar eine Flüchtlingsbewegungen der bedrohten Zivilbevölkerung. Sie fliehen meist über die Grenze und werden in Lagern aufgenommen, die vom UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) verwaltet oder unterstützt werden. Die UN-Organisation zum Schutz und Unterstützung von Flüchtlingen wurde 1951 gegründet. Zu Beginn unterstützte der UNHCR hauptsächlich Flüchtlinge in Europa als Folge des Zweiten Weltkrieges, dehnte das Mandat aber immer mehr auf Armutskriege der Dritten Welt aus. Die Hilfe der Flüchtlinge findet hauptsächlich vor Ort in den Lagern an den Grenzen zu den Konfliktgebieten statt. Diese Lager dienen Guerillabewegungen oftmals als rückwärtige Basis (vgl. Jean/Rufin 1999,21)

/Rufin (1999) für diese nun lokalen Kriegsökonomien neben den Finanzierungsquellen der offenen und geschlossenen Kriegsökonomie zwei Hauptfinanzierungsquellen spezifisch: Raub und organisierte Kriminalität.

Raub ist dabei die destruktivste Methode der Aneignung, auf die gerade in Mangelsituationen zurückgegriffen wird. Der Raub geht so weit, dass der Bevölkerung die Lebensgrundlage entzogen wird, die landwirtschaftliche Produktion zerstört wird und es zu Hungersnöten kommt. Gerade dieses Elend eröffnet aber paradoxerweise die Tür zu neuen Ressourcen, da ab nun Hilfslieferungen von internationalen Organisationen zu erwarten sind. Diese Art der Raubökonomie muss nicht unbedingt zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen führen, da sie meist noch durch eine zweite Ressourcenquelle ergänzt oder ersetzt wird: der organisierten Kriminalität. Die bewaffneten Bewegungen sind dabei mit ihren kriminellen Machenschaften Teil des ökonomischen Prozesses, mit dem Ziel, Teile der Wirtschaft zu übernehmen und mit dem Vorteil, dass sie die Möglichkeit zur bewaffneten Einschüchterung besitzen. Die Gründe für diese beobachtbare Ausweitung krimineller Aktivitäten in Konflikten sind zwar nicht neu, waren aber bis zum Ende des Ost-West-Konfliktes auf wenige Bewegungen beschränkt, da die Verwicklung in kriminelle Aktivitäten der bewaffneten Bewegungen für die jeweilige Schutzmacht gefährlich gewesen wäre (vgl. Jean/Rufin 1999, 27-34).

Zusätzlich zum Gewicht von Raub und organisierter Kriminalität gewinnt für die Finanzierung von Bürgerkriegen auch ein weiterer Faktor an Bedeutung: die Diaspora.⁶ Es mehren sich Konflikte, in denen versucht wird, die Diaspora für die eigenen Ziele zu organisieren, wie zum Beispiel die Diaspora der Tamilen für den Bürgerkrieg in Sri Lanka oder die kurdische Diaspora für den Kampf der PKK (Partiya Karkerên Kurdistan, Arbeiterpartei Kurdistans). Dies erfüllt gleich mehrere Zwecke: Die bewaffneten Bewegungen können wirtschaftliche Beziehungen

⁶ Der Begriff Diaspora (griechisch: Verstreutheit) traf ursprünglich als Bezeichnung nur für Juden im Exil zu, bezeichnet aber seit dem 19. Jahrhundert Gruppen von Migranten, die aufgrund religiöser und politischer Verfolgung oder wirtschaftlicher Not aus ihrem Heimatland fliehen oder vertrieben wurden (vgl. Warnecke u.a. 2007, 7). Nach der Definition von William Safran (1991) sind Diasporagemeinschaften Gruppen:

1. die sich von einem ursprünglichen Zentrum an mindestens zwei periphere Orte verstreut haben;
2. die eine Erinnerung, Vision oder einen Mythos des ursprünglichen Heimatlandes aufrechterhalten;
3. die glauben, dass sie in ihrem Gastland nicht voll akzeptiert sind;
4. die die Heimat ihrer Ahnen als Ort einer letztlichen Rückkehr, wenn die Zeit dafür gekommen ist, sehen;
5. die sich der Aufrechterhaltung und Wiederherstellung dieser Heimat widmen; und
6. deren Gruppenbewusstsein und –solidarität zentral über die anhaltende Beziehung mit dem Heimatland geprägt ist. (zit. n. Warnecke u. a. 2007, 8)

aufbauen, in der Diaspora neue Kämpfer rekrutieren, auf politische Unterstützung im Ausland und vor allem finanzielle Unterstützung durch die Einhebung von Steuern in der Emigrantengemeinde zurückgreifen (Jean/Rufin 1999, 39-41). „Diese neuen Mechanismen der Alimentierung von Konflikten sind keineswegs aus dem Nichts entstanden. Aber die geänderte Weltlage hat sicherlich zur Ausweitung von Praktiken beigetragen, die bislang marginal waren.“ (Jean/Rufin 1999, 34)

Auf welche Ressourcen zurückgegriffen wird, hängt immer von den vor Ort vorliegenden Bedingungen ab. Entweder stützen sie sich hauptsächlich auf externe Ressourcen. Stehen keine externen Ressourcen (mehr) zur Verfügung wird auf Raubökonomie zurückgegriffen. Häufiger bestehen jedoch Mischformen der Ressourcennutzung, also eine Vermischung von lokalen Ressourcen, ausländischen Mitteln, humanitärer Hilfe und krimineller Produktion. Es gibt jedoch auch die Beispiele jener Bewegungen, welche die internationalen Hilfsgelder zum Aufbau der lokalen Ökonomie nutzen, um echte Unabhängigkeit schaffen zu können (vgl. Jean/Rufin 1999, 34-36).

Die Nutzung einer bestimmten ökonomischen Grundlage steht im Zusammenhang mit der Rolle des Staates. Verfügt dieser noch über genügend Macht, greifen bewaffnete Bewegungen politische und wirtschaftliche Machtzentren an, zumeist agieren sie in diesem Stadium als Beschützer der Zivilbevölkerung. Ist der Staat bereits zusammengebrochen, herrscht auch für die Rebellen eine Mangelsituation und sie üben mehr Druck auf die Bevölkerung aus (Rückgriff auf Raub). In der letzten Phase kann eine bewaffnete Bewegung bereits einen Teil des Landes verwalten und als eine Art Staat fungieren, mit einer neuen territorialen Wirtschaft, die Beziehungen nach außen hat. „Es gibt für die Kriegsökonomie bewaffneter Bewegungen (...) kein typisches Modell, vielmehr eine Reihe pragmatischer Lösungswege, die von den politischen Zielen der Rebellen, von den wirtschaftlichen Bedingungen der Vorkriegszeit, von der geographischen Verteilung der Ressourcen, der Macht des Zentralstaats, der Zahl der am Kampf beteiligten Gruppen sowie vom Zugang zu politischer Unterstützung aus dem Ausland und deren Verlässlichkeit abhängig sind.“ (Jean/Rufin 1999, 36)

2.2.4. Kriegsursachenforschung

Die Frage nach den Kriegsursachen kann als Ausgangspunkt der wissenschaftlichen Disziplin Internationaler Beziehungen gesehen werden. Die hohe Relevanz, die der Suche nach den Konfliktursachen beigemessen wird, erklärt sich aus der Folgerung, dass mit Kenntnis der Ursachen aller Kriege auch ein Mittel für deren Verhinderung zur Verfügung steht. Die Frage nach den Ursachen eines Krieges sucht immer nach Antworten für eine Verhinderung konkreter Konflikte und dem Erhalt des Friedens. „Die Kenntnis solcher Ursachen würde unsere Chancen, Krieg als Mittel des Konfliktaustrages obsolet werden zu lassen, erheblich vergrößern.“ (Steinweg 1987, 10)

Allerdings ist dies eine zu allgemeine und auch zu optimistische Sicht, da wie bereits mit August Pradetto in Kap. 2.2.2. erwähnt, die Suche nach einfachen Kausalketten von Ursache und Wirkung aufgrund „(der) hohe(n) Komplexität und Nicht-Linearität gesellschaftlicher Prozesse und menschlich-historischen Handelns“ (Kramer 2002, 8) scheitern muss, außerdem trägt eine solche Sichtweise auch dem Umstand zu wenig Rechnung, dass „den Menschen als handelnden Akteuren immer noch eine nicht vorauszuberechnende Freiheit der kollektiven bzw. individuellen Entscheidung innewohnt.“ (Ferdowsi 1996, 312)

Hidemi Suganami hat in seiner Arbeit „On the Causes of War“, die im Jahr 1996 erschienen ist, in überzeugender Weise nachgewiesen, dass eine empirisch-analytische Methodologie für die komplexen Prozesse, die für das Entstehen von Kriegen verantwortlich sind, keine zufrieden stellende Antworten geben kann. Er geht von der Verschiedenartigkeit der Kriege und kriegerischen Konflikten aus. „The key point here is (...) that ‘war’ – like ‘illness’ or ‘crime’ being an ordinary-language term, need not itself be a causally unified category. Two instances of war may be like two cases of stomach pain, perhaps outwardly similar but causally distinct, like ‘ulcer’ and ‘cancer’. To suppose the contrary may well be methodologically unwise.“ (Suganami 1996, 78)

Suganami (1996) gibt keine einfache Erklärung dafür, wie Kriege entstehen, weil er Krieg als multikausales Phänomen anerkennt. Er orientiert sich am klassischen Krieg zwischen Staaten, ist aber der Ansicht, dass sich dieses Modell auch auf Bürgerkriege übertragen lässt. Zu Beginn seiner Arbeit setzt sich Suganami (1996) mit den bisherigen Ergebnissen der Konfliktursachenforschung auseinander und

kommt nach ausführlicher philosophischer, logischer und wissenschaftlicher Betrachtung zum Schluss, dass diese Ansätze – so die Internationale Anarchie von Waltz oder die sozio-ökonomische Variablen von Nelson und Olin – zu wenig aussagekräftig sind bzw. keine handlungsleitenden Erklärungen bieten können. Die einzigen Korrelationen, die nach Ansicht Suganamis teilweise standhalten können, sind die Wechselbeziehungen zwischen Rüstungswettlauf und Krieg und zwischen Liberalismus bzw. demokratischen Staaten und Frieden. Studien in diese Richtung könnten noch Ansätze für eine Kriegsvermeidung hervorbringen (vgl. Suganami 1996, 11-80).

Für Suganami muss in der Kriegsursachenforschung klar zwischen den drei folgenden Analyseebenen unterschieden werden:

- Welche Bedingungen/Umstände müssen vorhanden sein, damit Kriege überhaupt stattfinden? (Alle Kriege)
- Welche Bedingungen sind vorhanden, damit Kriege öfter stattfinden? (Viele Kriege)
- Wie kam es zu diesem ganz bestimmten/konkreten Konflikt? (Konkreter Konflikt) (vgl. Suganami 1996, 33)

Jeder Krieg ist einzigartig, deshalb sollte auch eher nach den Gründen, dem Ursprung als der Ursache des Krieges gefragt werden, also nach den „origins“ und nicht nach den „causes“ des Krieges. Suganami konzentriert sich auf die dritte Ebene, also auf die Frage wie es zu einem konkreten Konflikt kam und untersucht dies anhand des von ihm erarbeiteten Modells des historischen Narrativs. Aus diesem Modell können im Anschluss an die Analyse des konkreten Konflikts „Familienähnlichkeiten“ im Sinne Ludwig Wittgensteins (vgl. Kap. 2.2.4.1) für andere Konflikte herausgearbeitet werden. Wichtig ist bei Suganami vor allem der Begriff der Verursachung (Causation). In Abgrenzung zur Sicht der Verursachung aufgrund von Gesetzmäßigkeiten bzw. der eindeutigen Verknüpfung von Ursache und Wirkung sieht er die Ursache (im Sinne Suganamis immer als Grund/Ursprung zu verstehen) als erklärenden Faktor, d. h. die Suche nach den Ursachen ist die Suche nach der Erklärung eines bestimmten Ereignisses, diese Erklärung erzeugt ein verständliches Bild des Ereignisses, mit dem Ergebnis, dass man den Grund, „die Ursache“ des Ereignisses erklären kann. „To state the cause of an event is to explain its occurrence. To explain the occurrence of an event is to render its occurrence more intelligible than before. To do this we show the sequence of relevant events, leading to the event in question, in such a way that a specific puzzle

or puzzles we have about the occurrence of the event concerned can be solved.“ (Suganami 1996, 135) Das Erklären des Vorkommens eines bestimmten Ereignisses geschieht zum Zweck, das Vorkommen verständlicher zu machen als vorher, „to explain is to make plain.“ (Suganami 1996, 135) Dieses Vorgehen bezeichnet er als „story telling“.

2.2.4.1. Historisches Narrativ der Kriegsgründe nach Suganami

Nach ausführlicher Auseinandersetzung mit diversen historischen Theorielinien kommt Suganami zu dem Schluss, dass eine „historische Erzählung“ der Kriegsgründe folgende vier essentielle Elemente enthalten muss:

- Background/Hintergrundinformationen (historisch, politisch, kulturell etc.)
- Bezugnahme auf signifikante zufällige Ereignisse
- Erwähnung relevanter zugrunde liegender Mechanismen (organisatorische, psychologische, militärische, bürokratische, internationale)
- Aktionen der relevanten Akteure die zum Ausbruch des Krieges beitragen (vgl. Suganami 1996, 143)

Durch die Berücksichtigung dieser Elemente im Narrativ treten die Faktoren, die zu einem Krieg führen, klar hervor und tragen so zur Erklärung des Ereignisses bei. „Briefly, (1) provides the setting; (2) alerts us to unexpected turning-points in the development of the story; (3) reminds us that the story being told is about a segment of the same real world as the one about whose segments (including the one in question) countless other stories are told; (4) makes us understand the moves made by the actors on the stage;(…)“ (Suganami 1996, 144)

Background

Die Hintergrundinformationen des Krieges sind nach Suganami unerlässlich für die Gesamterklärung. „The background is indispensable to any story of war origins. It shows the nature of the circumstances where a story begins by revealing the setting and latent forces within it.“ (Suganami 1996, 154)

Der Background besteht meist aus den folgenden sechs Elementen:

1. Geographische und demographische Daten
2. Geschichte der Missstände und Rivalitäten (vgl. Suganami 1996, 157)

3. Charakteristika des internationalen Systems (Machtverteilung, Allianzen, gegenseitiges Verhalten, Veränderungen in diesen Punkten)
4. Die inneren Staatsstrukturen und die Außenpolitik
5. Politische, soziale, ökonomische, strategische Merkmale der Macht
6. Ideologische Motive der Leader und des Volkes, vorherrschende Einstellungen zu Außenpolitik, Diplomatie und Krieg

Andere relevante Information können im Zuge des „story-tellings“ hervortreten. „(...) while the background information contributes to making the story more fully intelligible, the argument of the story in turn shapes what must be included in the background.“ (Suganami 1996, 157)

Zufällige Ereignisse

Wenn bereits kriegsfördernde Faktoren im Hintergrund in Erscheinung treten, besteht zwar eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass ein Konflikt ausbrechen könnte, es fehlt meist nur mehr „a final spark (...) to set fire to the heap.“ (Suganami 1996, 158). Das Zusammentreffen von – für sich alleine gesehen – vielleicht unwichtigen Ereignissen führt also vor einem kriegsgeschwängertem Hintergrund letztendlich zum Ausbruch des Krieges. D. h., ohne diese/s Ereignis/se hätte der Krieg mit großer Wahrscheinlichkeit zwar stattgefunden, allerdings vielleicht auch nicht bzw. später oder in einer anderen Form. Deshalb gelten in dem Narrativ auch solche Ereignisse als erklärende Faktoren und führen so zu den Ursachen (vgl. Suganami 1996, 163).

Mechanismen

Für das Ausbrechen des Krieges müssen auch bestimmte eskalationsfördernde Mechanismen in das „story telling“ miteinbezogen werden. Es gibt Mechanismen bzw. standardisierte Prozesse nicht nur in der Natur sondern auch im Handeln von Personen und Gesellschaften. Anders als bei Maschinen oder Naturprozessen sind diese Mechanismen nicht als ganz starr anzusehen, das Aufdecken über ihr Wirken ist aber doch für die Erklärung des Kriegsausbruches nötig. „A mechanism, then, is a mini-story of a repeatable, or often encountered, nonpurposive process, sometimes with the middle part omitted because the story is too familiar to tell.“ (Suganami 1996, 166) Nach Suganami gibt es Mechanismen, die relevant für das Ereignis Krieg sind. Manchmal tragen sie zu einem kriegsfördernden Hintergrund

bei, manchmal hängen sie direkt mit dem Ausbruch eines Krieges zusammen. Solche Mechanismen finden sich in militärischen, verwaltungstechnischen, psychologischen oder bürokratischen Prozessen. Treten solche Mechanismen in Kraft, kann der Weg in den Krieg als unausweichbar erscheinen. Militärische Mechanismen sind z. B. die ständige Bereitschaft für Kriege gerüstet zu sein. Wird dies offensiv auch gegen andere Staaten betrieben, ist der Mechanismus der, dass sich auch die angegriffenen Staaten vorbereiten, und dadurch den Krieg erst ermöglichen (vgl. Suganami 1996, 167).

Handlungen der Akteure

Nach Suganami stehen sechs kriegsfördernde Aktionen von Regierungen im Vordergrund.

1. Widerstand leisten (ohne Widerstand kein Kriegsausbruch)
2. Aggressive bzw. angriffslustige Handlungen
3. Fahrlässige Handlungen
4. Taktlose Handlungen
5. Rücksichtslose Handlungen
6. Gedankenlose Handlungen (vgl. Suganami 1996, 173-190)

Muster der Kriegsgründe – Familienähnlichkeiten

„However, actual instances of war appear varied, and a single scientific theory pointing to a necessary condition of all instances of war is unlikely to be found. War as a multi-causal phenomenon not only in the oft-noted sense that a variety of factors contribute to the making of a war, but also in the less obvious sense that there are multifarious causal paths to the outbreak of war.“ (Suganami 1996, 202)

Eine Lösung dieser unbefriedigenden Lage sieht Suganami im Herausarbeiten von Familienähnlichkeiten im Sinne Ludwig Wittgensteins für jedes der vier Elemente: Background, zufällige Ereignisse, Mechanismen und Aktionen. Den Begriff Familienähnlichkeiten verwendet Wittgenstein (1953, PU 66 und PU 67) in seinen „Philosophischen Untersuchungen“ (PU), um bei der Erläuterung des Sprachspiels auf das Wesentliche des Begriffes zu kommen. Um eine Klassifikation zu ermöglichen, spricht er von Verwandtschaften oder Ähnlichkeiten, als Beispiel verwendet er die unterschiedlichen Spiele (Brett-, Karten-, Reigenspiele etc.). Alle

Spiele sind in sich unterschiedlich, aber sie haben doch Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten. Diese Ähnlichkeiten bezeichnet er als „Familienähnlichkeiten“, denn wie bei einer Familie „übergreifen und kreuzen sich die verschiedenen Ähnlichkeiten, die zwischen den Gliedern einer Familie bestehen: Wuchs, Gesichtszüge, Augenfarbe, Gang, Temperament, etc. etc.“ (Wittgenstein 1953, PU 67) So sind zwar alle Familienmitglieder unterschiedlich, als Familie sind sie aber eins. D. h. es geht bei Familienähnlichkeiten in der Erforschung von Konfliktursachen darum, eine Klassifikation im Sinne einer Familie zu erhalten, also eine Gemeinsamkeit aller unterschiedlichen Ursachenstränge. Nach solchen Familienähnlichkeiten soll bei der Suche nach den Kriegsgründen Ausschau gehalten werden (vgl. Suganami 1996, 190).

Die sechs Formen von Regierungsaktionen sind für Suganami die einzigen, von denen bereits jetzt als „Familie“ im Wittgenstein'schen Sinne gesprochen werden kann. Solche Handlungen liegen jedem Krieg zugrunde, allerdings sind die konkreten Handlungen unterschiedlich, aber sie sind immer Teil einer der sechs Formen. Derartige Familienähnlichkeiten könnten auf Basis weiterer Fallstudien für die anderen zwei Kategorien, Hintergrund und Mechanismen, eruiert werden. D. h.. Kategorien zu finden, die auf alle Kriege bzw. viele Kriege zutreffen, allerdings in ihrer konkreten Ausformung wieder bei jedem Konflikt einzigartig ausfallen, aber doch in der jeweiligen Kategorie ihren Platz finden. Die zufälligen Ereignisse werden wohl auch solche bleiben, da sie sich aufgrund ihrer „Zufälligkeit“ einer Kategorisierung entziehen (Suganami 1996, 190-197). In der zukünftigen Ausarbeitung historischer Narrative von Konflikten könnten diese „zufälligen Ereignisse“ bereits an sich als Kategorie oder als Familie herangezogen werden, da sie doch dem Großteil kriegerischer Konflikte zugrunde liegen.

2.3 Konstellationsanalyse

Die Fallstudie zum Kosovo-Konflikt wird aufgrund der bisherigen Ausführungen und theoretischen Ansätze folgendermaßen angelegt: Um den kriegerischen Konflikt in seiner Gesamtheit analysieren zu können, werden zu Beginn der kriegerische Konflikt selbst sowie die Opfer- und Flüchtlingszahlen dargestellt, im Anschluss wird der Konflikt anhand verschiedener Ansätze typologisiert. Angelehnt an das Modell Suganamis werden die Ereignisse, die zum Ausbruch des Krieges beigetragen haben, in einem offenen Narrativ „erzählt“. Das Narrativ wurde hierzu in drei Phasen eingeteilt – Geschichte der Missstände und Rivalitäten; der Weg in den Bürgerkrieg und der Weg in den NATO-Krieg – und beinhaltet die Handlungen der Hauptakteure (Milošević, Rugova, UÇK sowie der NATO⁷). Um das Narrativ zu komplettieren werden die demographischen, sozioökonomischen Bedingungen und besonders die informellen-kriminellen Strukturen dargelegt.

Die aus dem Narrativ hervortretenden „Ursachen“ werden in einer anschließenden Analyse herausgearbeitet, zueinander in Beziehung gesetzt und in ihrer Relevanz gewertet. Der Schwerpunkt der Analyse der Kriegsursachen liegt dabei in der Frage, welche Bedingungsfaktoren in der innergesellschaftlichen Entwicklung, also innerhalb des Systems liegen (endogene Faktoren) und welche durch Umweltbedingungen oder von Außen begründet werden (exogene Faktoren) und welche Bedeutung diese Faktoren für die Konflikteskalation haben. Dafür werden die endogenen und exogenen Faktoren nochmals in primäre, sekundäre und tertiäre Faktoren klassifiziert. Die Wertung erfolgt nach der jeweiligen Relevanz der einzelnen Faktoren für die Konfliktenstehung. Primäre Faktoren sind wesentliche Faktoren der Konflikteskalation, sie tragen direkt zum Kriegsausbruch bei. Sekundäre Faktoren wirken unterstützend, ihre Rolle ist die Mitverursachung. Eine strukturell unterstützende, aber nicht direkt konfliktauslösende Wirkung haben schließlich die tertiären Faktoren. Diese Analyse folgt dabei den Vorschlägen zu einem empirisch-historisch-kritischen Ansatzes in der Forschung nach

⁷ Die Wahl der Fokussierung auf diese Hauptakteure erfolgt mit dem Ziel der Einschränkung, um die Erzählung nicht zu stark auszuweiten. Klarerweise gehen dadurch wichtige Elemente (Rolle des gesamten jugoslawischen Desintegrationsprozesses, Akteure der Zivilgesellschaft, Rolle der Medien, der Religion, der Kirche, der Frauen, der Nachbarländer und der Länder der internationalen Gemeinschaft) für die Vollständigkeit des Bildes verloren. Allerdings sind die im Narrativ gewonnenen Informationen und Erklärungen für die Gegenüberstellung, Einordnung und Wertung der unterschiedlichen Ursachen ausreichend. Für ein komplexeres Bild, das auch auf die einzelnen Aktionen der nicht behandelten Akteure eingeht, verweise ich auf Chiari/Kesselring (2008); Judah (2000); Kramer/Džihic (2006); Melcic (1999); Petritsch/Kaser/Pichler (1999); Petritsch/Pichler (2004); Reuter/Clewing (2000) und Rüb (1999).

Konfliktursachen, die von Prof. Helmut Kramer im Zuge der Lehrveranstaltung „Konflikte und Konfliktlösung in Ex-Jugoslawien“ (SS 2003) und in weiteren Lehrveranstaltungen vorgestellt wurde.

Endogene und exogene Faktoren ethnischer Konflikte wurden in verschiedenen theoretischen Ansätzen zur Konfliktforschung bereits berücksichtigt. So sieht z. B. Horowitz (1990) vier notwendige Bedingungen für ethnische Gewalt, die sich gegenseitig bedingen und verstärken:

1. Zugehörigkeitsproblem

Die kleinere Gruppe fürchtet als Folge von Zwang oder Assimilierung ihre eigene Identität verlieren, also empfindet sie eine Bedrohung der Gruppenidentität.

2. Stark ausgeprägtes ethnische Bewusstsein

Durch Emotionalisierung und Stereotypisierung werden die ethnischen Kategorien erst bedeutsam.

3. Furcht vor der Fremdbestimmung und Forderung der Vorherrschaft

4. Wettbewerb intra-ethnischer Politiken sich überbietender ethnischer

Forderungen (vgl. Kux 1996, 8-10)

Externe Faktoren wie Ereignisse in den Nachbarstaaten oder der Region sowie Aktionen z. B. Unterstützung externer Akteure müssen noch zusätzlich berücksichtigt werden.

„Den meisten ethnischen Konflikten gemeinsam ist, dass sich aufgrund von strukturellen Veränderungen eine oder mehrerer Gruppen in einem Prozess der Neu-Definition ihrer Identität befindet. (...) In den meisten Fällen perceive die betroffenen Gruppen – zurecht oder nicht – eine Bedrohung ihrer neu definierten Identität.“ (Kux 1996, 12)

Eine existentielle Bedrohung ihrer Gemeinschaft nehmen vor allem Minderheiten wahr, die mit wirtschaftlicher Benachteiligung, kultureller Entfremdung (Verbot der eigenen Sprache und Kultur) und politischer Entrechtung zu kämpfen haben. Verschärft wird diese Situation noch durch wirtschaftliche Ausbeutung bzw. Verarmung der ethnischen Gruppen, durch demographische Veränderungen (Geburtenzuwachs, Einwanderung bzw. erzwungene Auswanderung) sowie durch Zwangsassimilierung. All diese Faktoren werden als Bedrohung der Identität der Gruppe wahrgenommen. Diese Faktoren sind laut Kux notwendige, aber nicht hinreichende Bedingungen für den Ausbruch ethnischer Gewalt. Erst weitere

Veränderungen dieser Faktoren führen zum Punkt, wo die Situation nicht mehr tragbar wird und der Konflikt eskaliert. Dazu zählen sozio-ökonomische, politische, demographische, psychologische und internationale Veränderungen sowie die Mobilisierung, Organisation und Manipulation der ethnischen Gruppierungen (vgl. Kux 1996, 14-17).

Für die Suche nach Strukturähnlichkeiten im Sinne Suganamis, also nach Faktoren, die nicht nur auf den konkreten kriegerischen Konflikt sondern auch auf viele bzw. alle kriegerischen Konflikte zutreffen, werden die Bedingungen von Horowitz (1990) mit den Erweiterungen von Kux (1996, 10-17) miteinbezogen und ein Rückbezug zu der Theorie der neuen Kriege und der Ökonomie der Bürgerkriege hergestellt.

Anhand dieser Vorgehensweise versucht die vorliegende Arbeit, Antworten auf folgende zentrale Forschungsfragen zu finden: Welcher Zusammenhang besteht zwischen organisierter Kriminalität und dem kriegerischen Konflikt im Kosovo? Welchen Anteil haben organisierte Kriminalität bzw. mit der organisierten Kriminalität verbundene Akteure am Ausbruch des Krieges? Welche Gründe gibt es für den Aufbau auf und den Rückgriff auf kriminelle Strukturen? Wie sieht die Finanzierung des bewaffneten Kampfes der kosovarischen Befreiungsarmee aus? Kann organisierte Kriminalität demnach als eine Konfliktursache des Kosovokrieges gelten? Gibt es Strukturähnlichkeiten, also Erkenntnisse des Zusammenhangs organisierter Kriminalität und kriegerischer Konflikte, die unter bestimmten Bedingungen auch auf andere Konflikte zutreffen?

Im Anschluss wird ein Ausblick auf die Zeit nach dem Konflikt und die Rolle der organisierten Kriminalität gegeben. Dabei stehen die Veränderungen der beiden Phänomene „Konflikt“ und „organisierte Kriminalität“ sowie ihre Beziehung zueinander im Mittelpunkt. Dabei wird versucht, folgende Fragen zu beantworten: Welche Auswirkungen hatten der Konflikt sowie dessen Beendigung auf die kriminellen Strukturen im Kosovo? Welche Rolle spielt hier das Vorgehen der internationalen Gemeinschaft? Welche Einflussbereiche bestehen im Kosovo zwischen Politik und organisierter Kriminalität?

3. Fallstudie Kosovo-Konflikt

3.1. Allgemeines

3.1.1. Kurze Darstellung des kriegerischen Konfliktes⁸

1996 beginnt sich der bis dahin weitgehend friedliche Widerstand der Kosovo-Albaner gegen die serbische Repression zu wandeln, indem erstmals bewaffnete Übergriffe der nun formierten bewaffneten Rebellenbewegung UÇK gegen serbische Zivilisten und Polizeieinheiten stattfinden und es zu den ersten Todesfällen kommt. Bis 1998 eskaliert der Konflikt zusehends, nachdem im März 1998 die serbischen Polizei- und Armeeeinheiten eine Großoffensive gegen die albanischen Kämpfer der UÇK startet.

Am 31. März 1998 beschließt der UNO-Sicherheitsrat mit der Resolution 1160 ein Embargo, um die BR (Bundesrepublik) Jugoslawien zum Einlenken zu bewegen. Die EU verhängt Sanktionen. Eine neuerliche Offensive der serbischen Einheiten im Juli 1998 fordert auf beiden Seiten zahlreiche Opfer, der Sicherheitsrat ruft erneut zur Ruhe, am 23. September verurteilt er mit der Resolution 1199 den exzessiven Gebrauch von Gewalt auf serbischer Seite und droht der serbischen Regierung mit weiteren Maßnahmen. Im Oktober 1998 erlässt der NATO-Rat den Aktivierungsbefehl für Luftangriffe auf serbische Stellungen und stellt ein Ultimatum, Präsident Milošević erklärt sich bereit, der UNO-Resolution Folge zu leisten und unter Beobachtung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa mit 2000 Mann) einen Großteil der Truppen und Sonderpolizei abzuziehen und die Flüchtlinge heimkehren zu lassen.

Im Dezember startet eine neue serbische Offensive, im Jänner 1999 eskalieren die Kämpfe, die NATO erneuert die Androhung der Luftangriffe und ermächtigt NATO-Generalsekretär Javier Solana zu Militäraktionen gegen die BR Jugoslawien. Die Balkan-Kontaktgruppe (Russland, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien) fordert direkte Verhandlungen zwischen der serbischen Staatsführung und den Kosovo-Albanern, die in Friedensgespräche unter NATO-Vermittlung in Rambouillet vom 6. - 23. Februar münden. Nach Wiederaufnahme der Gespräche in

⁸ Dieses Kapitel basiert auf den Werken von Vetter 1999, 542-568; Rüb 1999, 186-190; und den Analysen von ICG 2008 und Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) 2008

Paris unterzeichnen die Kosovo-Albaner den Friedensplan der Kontaktgruppe, Belgrad weist den Vertragsentwurf zurück⁹.

Daraufhin werden alle OSZE-Beobachter aus dem Kosovo abgezogen, NATO-Unterhändler Richard Holbrooke überbringt Milošević die letzte Warnung. Am 24. März 1999 beginnen die Luftangriffe der NATO, im Kosovo kommt es zu Massakern und zur systematischen Vertreibung der Kosovoalbaner. Nach 11 Wochen Bombardement lenkt Milošević ein. Am 3. Juni stimmen Milošević und das jugoslawische Parlament dem Friedensplan der G8 zu, am 9. Juni wird mit dem militärischen Abkommen von Kumanovo der Krieg beendet, tags darauf verabschiedet der UN Sicherheitsrat die Resolution 1244, die die Zielsetzungen der zivilen UN-Mission UNMIK (United Nations Mission in Kosovo) und der internationalen Schutztruppe KFOR (Kosovo Force) festlegt. Am 12. Juni folgt die Stationierung der KFOR, am 20. Juni ist der serbische Rückzug abgeschlossen, woraufhin NATO-Generalsekretär Javier Solana offiziell das Ende der NATO-Kampagne erklärt.

3.1.2. Opfer- und Flüchtlingszahlen

Die Zahlen der Todesopfer im bewaffneten Konflikt um den Kosovo (Konflikt 1998/1999 und NATO-Intervention) können nur geschätzt werden. Auf Seite der Serben kamen von 1998 bis zur NATO-Intervention ca. 140 Polizei- und Militäranghörige ums Leben, auf Seite der Albaner geht man von 1.500 Verlusten aus. Kurz vor und nach der Intervention waren unter der serbischen Bevölkerung 5.000 Todesopfer zu beklagen, der KFOR zufolge müssen nach Beginn der Intervention Hunderte, wenn nicht Tausende Albaner umgekommen sein (vgl. Vetter/ Melčić 1999, 525-526). Internationale Organisationen und Experten sprechen von insgesamt 10.000 - 12.000 Todesopfern bei den Kämpfen von 1998 und 1999. (vgl. Kramer/Džihic 2006, 18-19).

⁹ Vor allem die Frage der militärischen Implementierung der politischen Vereinbarungen wurde zum Stolperstein der Verhandlungen. Der sog. „Annex B“ des Kapitel 7 zur militärischen Implementierung, der die ungehinderte und kostenlose Bewegungsfreiheit der NATO-Truppen in der gesamten Föderation Jugoslawiens und die Immunität der NATO-Angehörigen gegenüber den örtlichen Behörden bestimmte, war für die serbisch-jugoslawische Seite unannehmbar und sie weigerte sich insgesamt über den militärischen Teil zu verhandeln, auch wenn die Bestimmungen keine wirklichen Änderung im Vergleich zum Vertrag von Dayton enthielt (vgl. Kaser 2000, 77-82). Eine genaue Auseinandersetzung über den vieldiskutierten und umstrittenen „Annex B“ findet sich in Graf, 2000 83-88; Kaser, 2000 76-82 und Petritsch/Pichler 2005 202-281.

Flüchtlingsbewegungen setzen bereits vorher ein, schon bis Ende 1997 suchen rund 400.700 Kosovo-Albaner um Asyl außerhalb der BR Jugoslawien an. Mit den Kämpfen 1998 flüchten mindestens weitere 160.000 Kosovoalbaner aus dem Kosovo, innerhalb wird von 235.000 internen Vertriebenen ausgegangen. Nach Beginn der NATO-Intervention steigt die Flüchtlingszahl dramatisch an, insgesamt sind bis zum Ende der Intervention 864.000 Albaner aus dem Kosovo geflüchtet, die Zahl der internen Flüchtlinge wird auf bis 600.000 geschätzt. Innerhalb weniger Wochen kehrte ein Großteil der albanischen Flüchtlinge wieder zurück (vgl. Vetter/Melčić 1999, 529-530).

3.1.3. Klassifizierung des kriegerischen Konfliktes im Kosovo

Angelehnt an die klassische Kriegsdefinition des ungarischen Friedensforscher Istvan Kende definiert die AKUF (Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung der Universität Hamburg) Krieg „als einen gewaltsamen Massenkonflikt, der alle folgenden Merkmale aufweist:

- (a) an den Kämpfen sind zwei oder mehr bewaffnete Streitkräfte beteiligt, bei denen es sich mindestens auf einer Seite um reguläre Streitkräfte (Militär, paramilitärische Verbände, Polizeieinheiten) der Regierung handelt;
- (b) auf beiden Seiten muss ein Mindestmaß an zentralgelenkter Organisation der Kriegführenden und des Kampfes gegeben sein, selbst wenn dies nicht mehr bedeutet als organisierte bewaffnete Verteidigung oder planmäßige Überfälle (Guerillaoperationen, Partisanenkrieg usw.);
- (c) die bewaffneten Operationen ereignen sich mit einer gewissen Kontinuität und nicht nur als gelegentliche, spontane Zusammenstöße, d. h. beide Seiten operieren nach einer planmäßigen Strategie, gleichgültig ob die Kämpfe auf dem Gebiet einer oder mehrerer Gesellschaften stattfinden und wie lange sie dauern.“(AKUF 2008a)

Als bewaffnete Konflikte bezeichnet die AKUF „gewaltsame Auseinandersetzungen (...), bei denen die Kriterien der Kriegsdefinition nicht in vollem Umfang erfüllt sind.“ (AKUF 2008a) Der Kosovo-Konflikt überschritt demnach 1998 die Kriegsschwelle, und war bis zum Einsatz der NATO ein innerstaatlicher bewaffneter Konflikt bzw. Krieg, mit der NATO-Intervention wechselte der Krieg auf die zwischenstaatliche Ebene (vgl. AKUF 2008b).

Laut der Konfliktdatenbank des „Department of Peace and Conflict Research“ der Universität Uppsala, die eine Einteilung von bewaffneten Konflikten aufgrund der mit dem Konflikt in Zusammenhang stehenden Todesfälle vornimmt, war der Konflikt im Kosovo zwischen UÇK und serbischen Sicherheitskräften ab März 1998 ein „minor armed conflict“, da die Todesfälle des Konflikts 25 Fälle pro Jahr überschritten, aber noch unter 1000 Todesfällen pro Jahr blieben. Im Laufe des Jahres 1998 wurde die Kriegsschwelle überschritten und der Konflikt im Kosovo ist als Krieg zu klassifizieren. Als Krieg wird ein bewaffneter Konflikt bezeichnet, bei dem die Anzahl der damit in Zusammenhang stehenden Todesfälle bei mindestens 1000 Fällen pro Jahr liegt (vgl. Conflict Database 2008).

Eine etwas andere Unterteilung von Konflikten nimmt das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIK) in ihrem jährlich erscheinenden Konfliktbarometer vor. Hier erfolgt eine Klassifizierung nach der Intensität von Konflikten, wobei Konflikte als „(...) Interessengegensätze (Positionsunterschiede) um nationale Werte von einiger Dauer und Reichweite zwischen mindestens zwei Parteien (organisierte Gruppen, Staaten, Staatengruppen, Staatenorganisationen), die entschlossen sind, sie zu ihren Gunsten zu entscheiden“ (HIK 2006) verstanden werden. Nach dieser Klassifikation war der Konflikt im Kosovo nach Intensität 1996 ein „latenter Konflikt“, 1997 eine „meist gewaltlose Krise“, ab 1998 gilt der Konflikt als Krieg (HIK 1996, 1997, 1998 und 1999)¹⁰. „Kriege sind Formen gewaltsamen Konfliktaustrags, in den mit einer gewissen Kontinuität organisiert und systematisch Gewalt eingesetzt wird. Die Konfliktparteien setzen, gemessen an der Situation, Mittel in großem Umfang ein. Das Ausmaß der Zerstörung ist nachhaltig.“ (HIK 2006).

3.2. Offenes historisches Narrativ des Kosovo-Konfliktes

3.2.1. Geographische und demographische Daten

Der Kosovo hat eine Fläche von 10.877 km², die Bevölkerungsdichte beträgt 200 Personen pro Quadratkilometer, Kosovo ist in 30 Gemeinden unterteilt und die Hauptstadt ist Prishtina/Priština (Kramer/Džihic 2006, 11). Die Bevölkerungszahl ist seit dem 2. Weltkrieg enorm gewachsen, genaue Daten gibt es aufgrund der mangelnden Datenerhebung sowie der starken Fluktuation durch Abwanderungs-

¹⁰ Die Intensität von „latentem Konflikt“ und einer „meist gewaltlosen Krise“ entspricht Intensität 1 und 2, diese Konflikte haben vorwiegend gewaltlosen Charakter. „Ernste Krisen“ und „Kriege“ – Intensität 3 und 4 – sind Konflikte die hauptsächlich gewaltsam oder kriegerisch ausgetragen werden (vgl. HIK 1999).

Vertreibungs- und Flüchtlingsbewegungen nicht und Größenordnungen können demnach nur geschätzt werden. Laut Schätzungen des Statistischen Amtes des Kosovo, die der Wahrheit über die Bevölkerungszahl des Kosovo wohl am nächsten kommt, hatte der Kosovo 2001 1,9 Mio. Einwohner (vgl. SOK 2003).

Einer der Hauptstreitpunkte ist die Stärke der jeweiligen Ethnie d. h. die Zahl der Kosovo-Serben und Kosovo-Albaner. Diese Zahlen sind seit den ersten Erhebungen ein Politikum. Die Bevölkerungsstruktur hat sich in den letzten Jahrzehnten immer stärker zugunsten der Albaner verschoben, was sowohl an der hohen Geburtenrate (Frauen haben durchschnittlich 2,7 Kinder, das ist die höchste Rate in ganz Europa) als auch an der verstärkten Abwanderung von Serben liegt, die aus wirtschaftlichen Gründen den Kosovo verlassen haben (vgl. SOK 2008).

Standen 1948 noch 24% Serben 68% Albanern gegenüber, wandelte sich dies bei der letzten korrekten Volkszählung von 1981 auf ein Verhältnis von 77% Albanern gegenüber 13% Serben. 1991 wurde die Volkszählung von Seiten der Albaner boykottiert, nach Schätzungen des Statistischen Amtes des Kosovo stellten die Albaner zu diesem Zeitpunkt bereits 82% der Bevölkerung und nur mehr 10% waren Serben. 2006 bei der ersten Pilotumfrage sind 92% Albaner und nur mehr 5,3% Serben. Die restliche Bevölkerung setzt sich aus Roma, Türken und anderen Minderheiten zusammen (vgl. SOK 2008). „Diese Verschiebung stellt einen Hintergrund für den aktuellen Konflikt dar, da sie auch eine Steigerung des politischen Potenzials der – in gesamtjugoslawischer Sicht betrachtet - wachsenden albanischen Minderheit bedeutete und serbische Bedrohungsgefühle gegenüber einer letztlich Majorisierung im eigenen Staat hervorrief.“ (Clewing 2000, 55)

3.2.2. Geschichte der Missstände und Rivalitäten

Die Geschichte der Missstände und Rivalitäten ergibt sich aus dem historischen Anspruch, den beide Volksgruppen, die Kosovo-Albaner einerseits und die Serben andererseits auf den Kosovo erheben. Beide Ethnien sehen ihn als „Wiege“ ihrer Nation und beide stützen sich auf ein historisches „Erstgeburtsrecht“, wonach das jeweils eigene Volk Rechts- und Besitzansprüche auf das Territorium geltend machen kann (vgl. Rüb 1999, 7-8). Beide Ansichten dienen als Leitmythen für politisches Handeln.

3.2.2.1. Entwicklung der historischen „Erbfeindschaft“

Kosovo gehörte seit der Teilung des römischen Reiches immer wieder zu unterschiedlichen Staaten. Bis Mitte des 9. Jahrhunderts war es Bestandteil des oströmischen bzw. byzantinischen Reiches, danach bis 1018 des mittelalterlichen Bulgarischen Reiches, um anschließend wieder zwei Jahrhunderte unter byzantinische Herrschaft zu fallen. Mit der Expansion des serbischen Reiches gegen Ende des 12. Jahrhunderts – mit der größten Ausdehnung unter Stefan Dušan – wurde der Kosovo nach und nach Teil des serbischen Reiches, im zweiten Jahrzehnt des 13. Jahrhunderts gehörte der ganze Kosovo dazu (vgl. Sundhausen 2000, 65-66). Kosovo war der Mittelpunkt und die wirtschaftliche Basis des Reiches und das Zentrum der selbständigen serbisch-orthodoxen Kirche (vgl. Rüb 1999, 18). Die erst später in den mythischen Status erhobene Schlacht am Amselfeld 1389 war eine von vielen Schlachten gegen die Ausbreitung der Osmanen in Europa; erst ab 1455 wurde der Kosovo für gute viereinhalb Jahrhunderte Teil des Osmanischen Reiches, um erst während der Balkankriege 1912/13 von den serbischen Truppen zurückerobert zu werden (vgl. Sundhausen, 65-66).

Die Ansprüche, die Kosovo-Albaner und Kosovo-Serben auf den Kosovo erheben, sind historisch schwer aufrechtzuerhalten, da es so viele Entwicklungen gab, dass ein historischer Rechtsanspruch auf das Gebiet von beiden Ethnien nicht beweisbar ist. Die Siedlungsgeschichte des Raumes war sehr bewegt und schuf eine „für Europa einzigartige interethnische Gemengelage“ (Sundhausen 2000, 66). Es stimmt, dass vor der osmanischen Eroberung die kosovarische Bevölkerung hauptsächlich aus Serben bzw. serbisierten Völkern bestand und dass der Kosovo im Mittelalter zum Zentrum der serbisch orthodoxen Kirche aufstieg, allerdings stimmt auch, dass die Albaner insgesamt schon länger im Balkanraum beheimatet sind als die Slawen, und dass ihr Anteil ab dem 16. Jahrhundert ständig zunimmt (aufgrund der Abwanderungsbewegungen der Serben im 17. und 18. Jahrhundert); aus all dem Rechte auf ein Gebiet geltend zu machen, ist nicht nachvollziehbar (vgl. Rüb 1999, 8 und Sundhausen 2000, 66).

Bedeutsam wird dies im Zuge der Staatsbildungsprozesse im 19. Jahrhundert, denn erst ab diesem Zeitpunkt fungiert die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie oder Nationalität als politisches Ordnungsprinzip. Bis dahin war die jeweilige Nationalität eher belanglos „(w)as zählte, war Loyalität gegenüber dem Herrscher, war Religion

und sozialer Status.“ (Sundhaussen 2000, 66) Im Zuge der serbischen, griechischen und bulgarischen Staatsbildungsprozesse ab 1830 wird die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volk relevant, um sich auf das Selbstbestimmungsrecht berufen zu können. Für die Ziehung der Grenzen berief man sich auf historische Dominanz oder Recht eines Volkes zu bestimmten Zeiten (vgl. Sundhaussen 2000, 67).

Die Albaner begannen mit dem Staatsbildungsprozess verspätet, da ihre Loyalität lange dem Osmanischen Reich galt und erst als sie befürchten mussten, zwischen den anderen Nationalbewegungen unterzugehen, entwickelte sich auch auf albanischer Seite der Rückgriff auf nationale Identität und der Anspruch auf einen eigenen Staat. 1878, kurz vor dem Berliner Kongress, formierte sich die Liga von Prizren, die erste albanische Nationalbewegung im Südwesten des Kosovo, und somit ist der Kosovo ab nun auch für die Albaner die Wiege ihrer Nation (vgl. Rüb 1999, 26). „Wie ein Fluch lastet auf dem Kosovo, dass es als Mutterland der Serbischen Nation des Mittelalters ebenso wie als Ursprung der albanischen Nation der Moderne gilt.“ (Rüb 1999, 26). Ausschlaggebend für serbische Politik und als Rechtfertigung für anti-albanische Politik ist der immer wieder für politische Zwecke instrumentalisierte Kosovo-Mythos.

3.2.2.2. Der Kosovo-Mythos

Wie bereits oben erwähnt war die Schlacht am Amselfeld nicht die einzige und nicht die entscheidende im Kampf gegen die Osmanen und in der historischen Aufarbeitung ist sie auch nicht mit der Legende, die daraus entstanden ist gleichzusetzen. Jedoch ist sie, in der der mythologischen Erinnerung des serbischen Volkes, die entscheidende Schlacht, bei der das serbische Reich und die serbische Herrschaft zerstört wurde und die Serben 400 Jahre unter türkische Herrschaft gerieten.

Die Schlacht selbst, aus dem die Osmanen als Sieger hervorgingen, fand am St. Veitstag, dem 28. Juni 1389 am Amselfeld (Fushë Kosovë/Kosovo Polje) in der Gegend des heutigen Prishtina/Priština statt. Der serbische Fürst Lazar kämpfte mit der Unterstützung von albanischen, kroatischen und bulgarischen Truppen gegen den osmanischen Sultan Murad I. An Fürst Lazars Seite kämpfte auch Vuk Branković, der serbische Herrscher über das damalige Kosovo und Feldherr Miloš Obilić. Die Schlacht endete für die Serben in einer Niederlage. Fürst Lazar wurde

festgenommen und hingerichtet. Obilić gelang es, den türkischen Sultan zu töten, woraufhin er selbst hingerichtet wurde (vgl. Rüb 1999 19 und Sundhaussen 2000, 69-70).

Der Legende nach gelobte Fürst Lazar vor der Schlacht, das ewige Leben im himmlischen Reich einem irdischen Leben in Schande vorzuziehen. Auch die Rolle des Helden – Miloš Obilić als Sultanmörder – und die Rolle des Verräters – Vuk Branković' Verrat führte zur Niederlage – fehlen nicht. Die gesamte Schlacht wurde zum großen Kampf zwischen „gutem“ orthodoxen Christentum und „bösem“ Islam hochstilisiert. Durch unzählige Lieder, Erzählungen und Gedichte wurde die Legende weitergegeben und wuchs so zu einem kollektiven historischen Gedächtnis der Serben. Lazar entschied sich in diesem Sinne für die ewige Freiheit und das himmlische Reich, die militärische Niederlage wurde zum transzendenten Sieg verklärt. Die Botschaften des Mythos treten deutlich hervor: „der ehrenvolle Tod ist einem Leben in Schande vorzuziehen; Märtyrertum und Opferbereitschaft ebnen den Weg zum ‚himmlischen Reich‘; Uneinigkeit und Verrat stürzen das Volk ins Verderben.“ (Sundhaussen 2000, 66)

Im Laufe der Zeit kam es zur gefährlichen Vermischung zwischen Theologie und Politik und der an sich religiöse Mythos wurde für die Politik instrumentalisiert. Über ihn konnte die „Erbfeindschaft“ zwischen den muslimischen „bösen“ Albanern und den christlich-orthodoxen „guten“ Serben immer wieder belebt und anti-albanische Politik gerechtfertigt werden, da die Albaner als Vertreter des Islams für die serbische Vertreibung, Unterdrückung und Ermordung unter dem „türkischen Joch“ verantwortlich gemacht wurden. Anti-albanische Politik erschien den Serben somit als Rache für die Geschehnisse im Kosovo immer legitim (vgl. Rüb, 19-20, Sundhaussen 2000, 69-72).

3.2.2.3. Spirale der Gewalt

Politische Entwicklungen bis zum Autonomiestatus.

Von 1878 bis zum Konflikt Ende der 1990er Jahre wechseln sich verschiedene Phasen der Gewalt der einen Ethnie gegen die andere Ethnie ab. So führte bereits die De-facto-Eroberung Kosovos durch Serbien und Montenegro 1912 zu systematischer Gewalt, Vertreibungsaktionen und Zwangskonfessionierungen gegenüber der albanischen Bevölkerung. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs führte die Besetzung des Kosovo durch die Österreicher zu einer etwas besseren Lage für die Albaner, zum ersten Mal wurde die albanische Sprache in Schulen und Verwaltung eingeführt. Allerdings folgte eine Phase der Gewalt der albanischen gegen die serbische Bevölkerung (vgl. Maliqi 1999, 125).

Nach der Befreiung Serbiens durch das serbische Heer an der Seite der Franzosen wurde auch der Kosovo 1918 wieder unter serbische Herrschaft gebracht. In der Zwischenkriegszeit folgte eine neuerliche Repressionsphase für die Albaner. Ziel war die Reserbisierung des Kosovo. Dies sollte durch Repressalien, Überwachungen, Vertreibungen, Ansiedlung von Serben und Assimilierung der Albaner erreicht werden. Pläne von großangelegten Vertreibungs- und Umsiedlungsaktionen scheiterten durch den Beginn des zweiten Weltkriegs (vgl. Maliqi 1999, 125-126).

Mit der Besetzung des Kosovo durch Italien bzw. Deutschland ab 1941 besserte sich die Lage für die Albaner erneut, da sich die Machtverhältnisse nun zugunsten der bisher von den Serben benachteiligten Völker veränderten. Die Rechte der Albaner wurden ausgebaut – albanische Staatsbürgerschaft, Verwaltung und Schulen in albanischer Sprache – und die Albaner waren in einem Großalbanien unter italienischer Patronanz vereint. Diese Phase war von vermehrten Gewaltakten und Vertreibungen an der serbischen Bevölkerung geprägt. Diese Gewaltspirale drehte sich erneut, als es im Kosovo nach der Kapitulation und dem Abzug der deutschen Truppen zur Machtübernahme durch die kommunistisch dominierten Partisanen kam (vgl. Petritsch/Pichler 2005, 72-77).

Dies führte zwar zuerst zu einer gewissen Entspannung, da Kosovo im neuen Jugoslawien den Status als autonome Provinz Kosovo-Metohija erhielt. Damit einher gingen Verbesserungen in den öffentlichen Bereichen, Verwaltung, Bildung

und Wirtschaft sowie eine vermehrte Rückkehr von Albanern, auch aufgrund der guten Beziehungen zum albanischen Staat unter Staatsführer Enver Hoxha. Gleichzeitig wurde gegen die Albaner als vermeintliche Kollaborateure der Nazis von Seiten der Serben mit brutaler Härte und Willkür vorgegangen. Diese Vorgehensweise intensivierte sich noch nach dem Bruch Tito-Jugoslawiens mit Albanien und durch die Repression der von nun an allgegenwärtigen und in alle Bereiche eingreifenden Geheimpolizei. Besonders verschärfte sich die Lage unter dem Geheimdienstchef Aleksandar Ranković und besserte sich erst mit dessen Absetzung 1966 (vgl. Petritsch/Pichler 2005, 78-79).

3.2.2.4. Kurzfristige Beruhigung – Autonomie der Provinz

Erst ab diesem Zeitpunkt (1966) kam es zu einer wirklichen Verbesserung für die Albaner, die in der verfassungsrechtlichen Aufwertung des Status der Provinz mündete. 1974 wurde unter Tito die autonome Provinz Kosovo (wie auch die Provinz Vojvodina) den Republiken weitgehend rechtlich gleichgestellt, mit den annähernd gleichen Organen und Hoheitsrechten im Verfassungs-, Gesetzgebungs- und Budgetbereich. Allerdings wurde das theoretische Recht der Republiken auf mögliche Souveränitäts- und Sezessionsbestrebungen nicht zuerkannt. Verantwortlich dafür war vor allem die in Jugoslawien festgeschriebene verfassungsrechtliche Unterscheidung zwischen Nationalität und Nation. Kosovoalbaner hatten nur Status der Nationalität (narodnost) und nicht den einer Nation (narod). Nur die Nationen erhielten einen Status als Republik. Jenen Völkern, die außerhalb Jugoslawiens keinen Nationalstaat besaßen, wurde dieses Recht zuerkannt, alle anderen waren „nur“ Nationalitäten, also in diesem Sinne Minderheiten mit geringeren Rechten (vgl. Reuter 1999, 147-149).

Die Verbesserungen seit der Absetzung von Ranković (und der neuerlichen Annäherung Jugoslawiens an Albanien) waren vor allem Fortschritte im Bildungsbereich. 1969 wurde die Universität Prishtina/Priština gegründet. Die Stellung der Albaner erfuhr eine massive Aufwertung und sie erhielten immer mehr Machtpositionen im öffentlichen und wirtschaftlichen Sektor, auch im kulturellen Bereich wurden den Albaner weitgehende Freiheiten zuerkannt. Die Serben fühlten sich dadurch zunehmend marginalisiert, was zusätzlich zur schlechten wirtschaftlichen Situation zu einer vermehrten Abwanderung führte (vgl. Petritsch/Pichler 2005, 79-81).

3.2.2.5. Die Spirale der Gewalt dreht sich erneut

Die Unruhen von 1981

Mit dem erstarkten Selbstbewusstsein der Albaner und auch der im Universitätsbereich formierten nationalistischen Strömungen folgten Forderungen nach einer eigenen Republik bzw. nach Sezession. Daraufhin kam es zu den blutigen Studentenunruhen von 1981, die die serbische Armee und Polizei brutal niederschlug. Dies führte zu einer neuerlichen Phase der massiven Repression der Albaner. Mit Säuberungen, Unterdrückung und drastischen Maßnahmen wurde vor allem gegen die albanischen intellektuellen Zirkel vorgegangen, es folgte eine neuerliche „Entalbanisierung“ des öffentlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens (vgl. Reuter 1999, 149-150 und Petritsch/Pichler 2005, 83-85).

Bereits vor und nach dem Tode Titos 1980 und verstärkt nach den oben genannten Ausschreitungen wurde auch auf Seiten der Serben die tief liegenden Ressentiments gegen die Kosovo-Albaner wieder sichtbar. „Das Aufbrechen der Unruhen in Kosovo erschütterte das politische Establishment des Landes und leitete einen Prozess der Desintegration ein, der in den neunziger Jahren zum Zerfall Jugoslawiens führte.“ (Petritsch/Pichler 2005, 82) Durch Titos Tod war auch die zentrale Integrationsfigur, die das Kräftegleichgewicht in der Föderation aufrechterhalten konnte, verschwunden.

Die Unruhen hatten die Beziehungen zwischen den zwei Ethnien weiter verschlechtert und festgesetzt. „Die antialbanischen Ressentiments bzw. der latente antialbanische Rassismus in der serbischen Gesellschaft wurden dann seit Mitte der 1980er Jahre von Intellektuellen systematisch geschürt und seit 1987 vom neuen Präsidenten der Republik Serbien, Slobodan Milošević, politisch instrumentalisiert“. (Sundhaussen 2000, 80)

3.2.3. Handlungen der Hauptakteure

3.2.3.1. Der Weg in den Bürgerkrieg

Milošević und die Aufhebung der Autonomie

Ein Ergebnis der zunehmenden Ressentiments der Serben war das Memorandum der serbischen Akademie der Wissenschaften (1986) – also der intellektuellen Elite der Serben – in dem neuerlich die Rolle Kosovos für die serbische Identität, die Unterdrückung, die Vertreibung und der „Genozid“ an den Serben durch die Albaner und die stetige Benachteiligung der Serben unter Tito – unabhängig von den historischen Fakten – betont wurde. Die zentrale Forderung war „die Errichtung eines serbischen „Nationalstaats“ durch Wiedereingliederung der beiden Provinzen Vojvodina und Kosovos.“ (Sundhaussen 1999, 81)

Slobodan Milošević, der 1986 zum Vorsitzenden des Bundes der Kommunisten Serbiens und im September 1987 zum Präsidenten gewählt wurde, wusste diese antialbanischen Ressentiments und den Kosovo-Mythos für sich politisch zu nutzen. In einer seiner ersten viel beachteten Reden (September 1987) vor aufgebracht und von der Lage im Kosovo zutiefst enttäuschten Serben in Fushë Kosovë/Kosovo Polje, dem Amselfeld, versicherte er den Serben: „Niemand soll es wagen, Euch zu schlagen.“ (zit. nach Petritsch/Pichler 2005, 93) Mit diesen medial auf propagandistische Weise immer wieder verwendeten Bildern begann die serbische Mobilisierung im Kosovo. (vgl. Petritsch/Pichler 2005, 93).

Einer der ersten Schritte Milošević war die De-facto-Aufhebung der Autonomie Kosovos (wie auch der Vojvodina) am 23. März 1989 durch eine Verfassungsänderung. Damit verfügte Serbien unter Milošević über genauso viele Stimmen wie die restlichen Republiken zusammen. „Das war das Ende des jugoslawischen Föderalismus. Auf dieser Basis war der Bundesstaat nicht mehr zu retten.“ (Sundhaussen 2000, 84)

Am 28. Juni 1989 kündigte Milošević bei der 600 Jahrfeier zum Gedenken an die Schlacht am Amselfeld vor 1 Mio. Serben mögliche Kämpfe an (vgl. Rüb 1999, 185). Diese Ereignisse im Kosovo markieren somit den Beginn der jugoslawischen Desintegration.¹¹

Der gewaltlose Widerstand

Die Auflösung der Autonomie hatte heftige Demonstrationen der Albaner zur Folge, gegen die von serbischer Seite mit aller Härte vorgegangen wurde. Albanische Abgeordnete des Kosovo riefen im Juli 1990 die „Republik Kosova“ aus, woraufhin Belgrad das Parlament auflöste und unter serbische Zwangsverwaltung stellte. Im September wurde von den albanischen Abgeordneten in einer Geheimsitzung die Verfassung der Republik Kosova verabschiedet. 1991 proklamierte das Untergrundparlament die unabhängige „Republik Kosova“, in einem geheimen Referendum sprach sich die albanische Bevölkerung mit über 90% für die Unabhängigkeit aus (vgl. Rüb 186-186). Von nun an existierte ein albanischer Schattenstaat neben der serbischen Staatsgewalt.

Nach der Abschaffung der Autonomie 1989 existierten zwei politische Ebenen nebeneinander, der politische Prozess stand aber im Grunde dadurch still. Einerseits stand der Kosovo unter serbischer Zwangsverwaltung, Serbien übernahm alle öffentlichen Agenden. Polizei, Justiz, Verwaltung, Gesundheits- und Bildungswesen wurden zentral von Belgrad geführt, serbisch als Amtssprache eingeführt. Albaner wurden im Zuge dieser Änderungen nach und nach aus dem öffentlichen Leben „entfernt“, für Serben wurde versucht Anreize zur Ansiedlung zu schaffen (vgl. Petritsch/Pichler 2005, 100-103).

Gleichzeitig entstanden parallele albanische Strukturen in der ausgerufenen Republik Kosova unter der Führung der LDK (Lidhja Demokratike e Kosovës, Demokratische Liga des Kosovo) unter Ibrahim Rugova. Ein kompletter paralleler

¹¹ Zerfall Jugoslawiens: 1991 erklären Slowenien und Kroatien die Unabhängigkeit vom jugoslawischen Staatsverband. Es folgen 5 Tage Kämpfe in Slowenien. Der Krieg verlagert sich nach dem Rückzug der Jugoslawischen Volksarmee aus Slowenien nach Kroatien, wo die Kämpfe zwischen der Mehrheitsbevölkerung und der serbischer Minderheit eskalieren und 10.000 Todesopfer fordern. Im Jänner 1992 endet diese Phase mit der Stationierung von UN-Blauhelmen und der Einfrierung der Frontlinien. Nach Erklärung der Unabhängigkeit 1992 beginnt der Krieg in Bosnien-Herzegowina, der in schweren bewaffneten Auseinandersetzungen aller dreier Volksgruppen gegeneinander mündet (bosnische Serben, bosnische Kroaten und Bosniaken) und 200.000 Todesopfer und 2 Mio. von Flüchtlingen fordert (Angabe der Zahlen zu Todesopfern nach Mappes-Niediek 2003b). Mit dem Abkommen von Dayton wird der kroatisch-serbisch-bosnische Krieg schließlich im November 1995 beendet (vgl. Mappes-Niediek 2003b).

Staat, mit eigener Verfassung, mit geheimen Wahlen, eigenem Parlament, Schulen, Universität und einer parallelen ökonomischen Struktur wurde geschaffen (vgl. Kramer/Džihic 2006, 16-17). Rüb (1999, 54) bezeichnet diesen Rückzug in den parallelen Schattenstaat, als „innere Emigration“.

Rugovas Strategie bestand aus dem gewaltlosen Widerstand, er wollte das Kosovo-Problem internationalisieren und boykottierte die serbische Verwaltung. All dies um mit allen Mitteln einen Einsatz von Gewalt zu verhindern. Fand der gewaltsame Widerstand auch lange Zeit keine Unterstützung innerhalb der kosovo-albanischen Gesellschaft, änderte sich dies mit der zunehmenden Erfolglosigkeit des friedlichen Widerstands Rugovas, die vor allem in der Ausklammerung der Kosovo-Thematik im Dayton-Abkommen sowie der Aufhebung der Sanktionen und Anerkennung der BR Jugoslawien – also im Ausbleiben einer Verurteilung Milošević' als Akteur und einer De-Facto-Rehabilitierung – sichtbar wurde (vgl. Rüb 1999, 61-66 und Reuter 200, 171).¹² „Der daraus zu ziehende Schluss war einfach und klar: Gewaltlosigkeit zahlt sich nicht aus, Gewalt hingegen schafft allseits anerkannte neue Realitäten.“ (Reuter 2002, 171)

Bewaffneter Kampf – Aufstieg der UÇK

Unter diesen Voraussetzungen begann auch der Aufstieg der kosovarischen Befreiungsarmee UÇK. Ihr Ursprung kann nicht ganz klar bestimmt werden, sie ging aus mehreren kosovo-albanischen Untergrundorganisationen hervor, die wichtigste darunter war die LPK (Lëvizja Popullore e Kosovës, die Volksbewegung Kosovos). Sie entstand 1982 in Deutschland als Zusammenschluss von mehreren albanischen Untergrundorganisationen. Die UÇK verfocht von Anbeginn die Strategie, dass nur durch gewaltsamen bewaffneten Kampf die Unabhängigkeit Kosovos zu erreichen sei (vgl. Heinemann-Grüder/Paes 2001, 11).

¹² Das Friedensabkommen von Dayton 1995 beinhaltete die Friedenslösung für den kroatisch-serbisch-bosnischen Konflikt. Für die angestrebte Lösung benötigte die Internationale Gemeinschaft die Zustimmung Milošević'. Die Kosovo-Thematik wurde nicht einbezogen, um die Kompromissbereitschaft Serbiens nicht zu gefährden. Mit Dayton wurden fast alle verhängten Sanktionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien aufgehoben, allerdings blieb sehr wohl eine „outer wall of sanctions“ bestehen: D. h. die Mitgliedschaft in multinationalen Körperschaften und internationalen Finanzinstitutionen wurden von der Lösung der Kosovo-Frage (Verhandlungen und Beendigung der Repression) abhängig gemacht. 1996 wurde die Bundesrepublik Jugoslawien durch Frankreich anerkannt, Großbritannien, Schweden, Dänemark, die Niederlande, Portugal und Deutschland folgten (vgl. Petritsch/Pichler 2005, 124-126).

Bereits ab 1996 begannen erste Terrorakte gegen Serben und serbische Einrichtungen, ab November 1997 trat die UÇK öffentlich auf und erhielt zunehmend Unterstützung. Zur offiziellen Geburtsstunde der UÇK wurde das Begräbnis des von den Serben erschossenen Volksschullehrer Halit Gecaj am 28.11.1997 hochstilisiert, bei dem sich erstmals Repräsentanten der UÇK mit einer Rede an die Öffentlichkeit wandten (vgl. Reuter 2000, 172). Ab Anfang 1998 wurden die Kämpfe immer intensiver, um schließlich auch im Zuge groß angelegter Offensiven der serbischen Sicherheitskräfte bis Juni 1998 zunehmend zu eskalieren (vgl. Petritsch/Pichler 2005, 134-148).

Diese Intensivierung der Kampfhandlungen und Verstärkung der Repression gegenüber der kosovo-albanischen Bevölkerung zeigte sich sofort in der sprunghaft gestiegenen Zahl an Flüchtlingen und zog ab nun ein größeres Engagement der Internationalen Gemeinschaft nach sich. Der Wechsel vom friedlichen zum bewaffneten Widerstand erreichte endlich das von Rugova vergeblich verfolgte Ziel, die Kosovoproblematik zu internationalisieren. Der Konflikt wechselte so von der innerstaatlichen auch auf die zwischenstaatliche Ebene.

3.2.3.2. Der Weg in den NATO-Krieg

Bis zur Eskalation der Kämpfe und der sichtbaren Folgen (Meldungen über Gewalttätigkeiten und die Flüchtlingsströme) waren die Aktionen des Westens durch Zurückhaltung gekennzeichnet. Dies hatte seine Ursache auch im Dayton-Abkommen, in dem der Kosovo als innere Angelegenheit des serbischen Staates deklariert worden war. Auch war die Bereitschaft des Westens für ein aktives Eingreifen nach dem Einsatz in Bosnien-Herzegowina gering (vgl. Gustenau/Feichtinger 2002, 467-468).

Ab September 1997 bis Oktober 1998 kam es, immer als Antwort auf die zunehmenden Gewalttätigkeiten, zu ersten Vermittlungsversuchen und Deeskalationsmaßnahmen¹³. Die Lage verbesserte sich jedoch weder durch die Gespräche noch durch die Sanktionen. Die humanitäre Lage verschlechterte sich zusehends und die Internationale Gemeinschaft und vor allem die NATO erhöhten den Druck. „(...) im Verlauf des Jahres 1998 sah man sich veranlasst, eine

¹³ Wiedereinrichten der Kontaktgruppe, Einsatz für Autonomie, Sanktionen der EU, Resolutionen des Sicherheitsrates (vgl. AKUF 2008)

Verhandlungslösung unter Aufbau einer militärischen Drohkulisse zu forcieren.“ (Gustenau/Feichtinger 2002, 467-468)

Am 12. September 1998 beschloss der NATO-Rat ein „activation warning“, was die Vorbereitung auf Luftoperationen bedeutete. Am 13. Oktober wurde dies in eine „activation order“ umgewandelt, was begrenzte und gestaffelte Luftangriffe gegen die BR Jugoslawien vorsah (vgl. Gustenau/Feichtinger 2002, 467-468; Petritsch/Pichler 2005, 165). Mit dem Hintergrund dieser Drohkulisse kam es am selben Tag zum Abschluss des Halebrouk-Milošević-Abkommens, was die Reduzierung der serbischen Polizei- und Militäreinheiten, die Stationierung von 2000 OSZE-Beobachtern, sowie eine unbewaffnete Luftaufklärung der NATO ermöglichte. Zusätzlich beinhaltete das Abkommen einen Prinzipienkatalog und Zeitplan für die politische Lösung (vgl. Petritsch/Pichler 2005, 166).

Das Abkommen hatte eine kurzfristige Deeskalation der Lage zur Folge. Allerdings war die albanische Seite bei der Aushandlung der Beschlüsse nicht beteiligt gewesen und so fühlte sich die UÇK dem Abkommen auch nicht verpflichtet, ein neuerliches Vorrücken der UÇK ließ nicht lange auf sich warten, damit „demonstrierte (die UÇK) ihre neu erworbene militärische Schlagkraft und verlangte bei einer zukünftigen politischen Lösung ein gewichtiges Wort mitsprechen zu wollen.“ (vgl. Petritsch/Pichler 2005, 182). Die serbische/jugoslawische Seite reagierte erwartungsgemäß mit neuen Vergeltungsmaßnahmen. Die Lage eskalierte erneut und die diplomatischen Bemühungen wurden wieder verstärkt, auch die NATO entsendete ranghöchste Militärs, um Milošević zum Einlenken zu bewegen.

Die Lage spitzte sich weiter zu bis zum „Massaker“ von Račak/Reçak am 17. Jänner 1999, dem 45 albanische Zivilisten zum Opfer fielen (vgl. Petritsch/Pichler 2005, 188).¹⁴

Raçak/Reçak bedeutete eine Wende des Konflikts, da das „Massaker“ deutlich machte, dass das Holbrooke-Milošević Abkommen gescheitert war: Durch die Vorfälle von Račak/Reçak wurden umgehend Maßnahmen eingeleitet, die zu den Verhandlungen von Rambouillet führten. Als erstes wurde Jugoslawien durch die NATO an die noch aktive „activation order“ erinnert. Die Kontaktgruppe zwang die Konfliktparteien unter „vorgehaltener Waffe (diplomacy at gunpoint)“ (Giersch 2002, 454) am 6. Februar 1999 an den Verhandlungstisch im Schloss Rambouillet bei Paris.

Die Verhandlungen waren durch neue Elemente gekennzeichnet. Erstens wurden bei Verweigerung den Serben mit sofortigen Luftschlägen, den Kosovo-Albanern mit dem Stopp der Unterstützung und einer Blockade der Nachschubwege gedroht. Zweitens waren erstmals auch Mitglieder der UÇK als politische Akteure miteinbezogen, der junge Kommandant Hashim Thaçi war hier die Hauptperson. Drittens sah das Abkommen zur Überwachung der Autonomie eine NATO-geführte internationale Friedenstruppe zwingend vor (vgl. Giersch 2002, 454).

Auch die Verhandlungen von Rambouillet brachten keine Annäherung der Konfliktparteien und nach einer Unterbrechung wurden sie am 15. März in Paris ergebnislos fortgesetzt. In der Unterbrechungszeit und nach dem Scheitern setzte eine neue Phase der Vertreibung der Kosovo-Albaner ein, nach Abzug der OSZE-

¹⁴ Ausgehend von der Ermordung von vier serbischen Polizisten durch UÇK Einheiten Anfang Jänner kam es am 15. Jänner 1999 zu Kämpfen zwischen serbischen Polizei- und Armeeeinheiten und UÇK-Verbänden in der Nähe des Dorfes Račak/Reçak. Nach dem Rückzug der UÇK drangen Polizeieinheiten und paramilitärische Verbände in das Dorf ein. Am Tag darauf wurden die Leichen von 45 Kosovo-Albanern, großteils Zivilisten, entdeckt, viele davon waren aus nächster Nähe getötet worden. Der Leiter der OSZE-Mission KVM (Kosovo Verification Mission), William Walker, machte sich selbst ein Bild der Lage und beschuldigte die jugoslawische Führung des Massakers und des Verbrechens gegen die Menschlichkeit. Die Aussage Walkers – ohne genaue Untersuchung des Vorfalls getätigt – war nicht unumstritten. Belgrad wies alle Anschuldigungen zurück und bezeichnete sein Vorgehen als legitime Reaktion auf terroristische Aktionen. Das Massaker von Račak/Reçak warf Fragen auf, da es einige Ungereimtheiten sowie unterschiedliche Theorien über den Tathergang gab. Die serbische Seite behauptete, das Massaker sei von der UÇK inszeniert (bei den vorherigen Kampf getötete UÇK-Kämpfer wurden in Zivilkleidung gesteckt und positioniert) worden, um internationale Aufmerksamkeit zu erhalten und ein Eingreifen der NATO auf diesem Wege zu erzwingen. Zweifel an dieser Theorie gab es aufgrund der nicht übereinstimmenden Zahl der getöteten UÇK-Kämpfer, fehlender Patronenhülsen sowie der Tatsache, dass unter den Opfern auch zahlreiche alte Männer, drei Frauen und ein Kind waren. Das finnische Team der Gerichtsmedizin, das zur Aufklärung eingesetzt war, konnte trotz diverser Schwierigkeiten feststellen, dass es sich beim Großteil der Opfer um Zivilisten gehandelt hatte. Den Begriff „Massaker“ verwendete die Leiterin des Teams Helen Ranta nicht, das dies für ihre Arbeit kein relevanter wissenschaftlicher analytischer Begriff sei. Insgesamt wurde die Version der OSZE (Mord oder „Massaker“ an albanischen Zivilisten aus nächster Nähe durch serbische Einheiten) durch die Berichte gestützt (vgl. Petritsch/Pichler 2005, 189-193).

Beobachter am 19. März wurden die Aktionen der Serben noch rücksichtsloser (vgl. Giersch 2002, 455). Am 24. März 1999 schließlich begann die NATO-Operation „Allied Force“ – ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates völkerrechtlich nicht gedeckt – legitimiert als „humanitäre Intervention“. Am 12. April gab die NATO die Bedingungen¹⁵ zur Beendigung der Luftangriffe vor (vgl. Giersch 2002, 456).

3.2.4. Sozio-Ökonomische Bedingungen

Ökonomisch war und ist der Kosovo das Armenhaus der Region. Kosovo stützt sich auf die Landwirtschaft (Getreide, Fleisch, Nutzhölzer, Obst und Weinbau) und Bergbau (Blei, Silber, Braunkohle und Zinkvorkommen). Der Kosovo war von jeher nur Lieferant von billigen Lebensmitteln und Rohstoffen, die dann in den anderen Republiken gewinnbringend weiterverarbeitet wurden. Von den Gewinnen kam wenig bis gar nichts in den Kosovo zurück (vgl. Pettifer 2000, 91).

Unter den Reformen von Tito wurde die wirtschaftliche Situation bis 1989 etwas besser, in den Jahren vor der Aberkennung des Autonomiestatus erlebte der Kosovo sogar eine „golden epoch“ (Yannis 2003, 173) mit steigenden Beschäftigungsraten und damit einhergehender Erhöhung des Lebensstandards. Mit der Aberkennung der Autonomie kam es zu einer rapiden Verschlechterung der sozialen und ökonomischen Lage vor allem für die Kosovo-Albaner. Zu Beginn der 1990er Jahre befand sich die Wirtschaft in freiem Fall (vgl. Yannis 2003, 173). „Decades of communist mismanagement had left a legacy of unbalanced and inefficient industries, weak and highly corrupted institutions, and chronic hyperinflation.“ (Yannis 2003, 173) Auch die Kriege in den anderen Republiken selbst sowie die nach Kosovo geschickten serbischen Flüchtlinge verschlechterten die Situation noch weiter. Das Bruttoinlandsprodukt ging bis 1995 um 48,5%, die industrielle Produktion um 71,6% zurück. Die Arbeitslosigkeit stieg auf über 50% (vgl. Nietsch 2008).

Das hohe Bevölkerungswachstum sowie die sehr junge Bevölkerung der Albaner war für die Wirtschaft auch nicht förderlich, da für den Großteil der Menschen keine Arbeit zur Verfügung stand, was sich in den höchsten Arbeitslosenquoten (über

¹⁵ Einstellungen der Kampfhandlungen, Abzug aller militärischen, paramilitärischen und polizeilichen Kräfte, Stationierung internationaler militärischer Präsenz, Rückkehr der Flüchtlinge und ungehinderter Zugang der Hilfsorganisationen und Akzeptanz des politischen Rahmens von Rambouillet (vgl. Giersch 2002, 456).

50%) Europas niederschlug.¹⁶ Zu dieser von vornherein schlechten Ausgangslage kam hinzu, dass mit dem Aufbau des Universitätssystems zu Beginn der 1970er Jahre eine Generation von Akademikern ohne Jobperspektive heranwuchs. Mit den Entlassungswellen und der Umstrukturierung des öffentlichen Sektors während der Zwangsverwaltung sowie den ungünstigen Ausbildungsbedingungen in den parallelen Bildungsinstitutionen verschlimmerte sich diese Situation noch mehr (vgl. Nietsch 2008).

3.2.5. Die Rolle der (organisierten) Kriminalität¹⁷

3.2.5.1. Herausbilden der albanischen Mafia

Im südlichen Balkan kam es in den 1990er Jahren zur Bildung verschiedener mafiöser Strukturen, die direkt auf den Zusammenbruch der kommunistischen Ordnungssysteme in der Region zurückzuführen sind. „In allen Übergangsländern hat nach dem Fall des Kommunismus die Kriminalität deutlich zugenommen.“ (Mappes-Niedik 2003a, 62)

Die so krisenhafte Transition dieser Gesellschaften war der ideale Nährboden für die Herausbildung krimineller Strukturen. Sowohl in Albanien als auch in Jugoslawien selbst war die Politik schon vor dem Zusammenbruch durch eine Politik der Eliten gekennzeichnet, die für den eigenen Vorteil und den eigenen Machterhalt arbeiteten und auf ein Netz nepotistischer und klientelistischer Beziehungsgeflechte zurückgreifen konnten. Auch fand bei Bedarf eine zweckgebundene Zusammenarbeit zwischen den Geheimdiensten bzw. von Geheimpolizei und Kriminellen sowohl in Jugoslawien als auch in Albanien statt (vgl. Reljić 2007, 11).

Im Zuge der 1990er Jahre kam es zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse krimineller Strukturen zugunsten der Albaner. So übernahmen nach und nach albanisch kriminelle Organisationen von den Türken und Kurden langsam die

¹⁶ Die sehr junge Bevölkerung zeigt sich in den statistischen Daten. Ein Drittel der Bevölkerung ist unter 15 Jahren, mehr als die Hälfte unter 25 Jahren, das durchschnittliche Alter liegt zwischen 22 und 23 Jahren, im Gegensatz dazu sind nur ca. 6% älter als 65 Jahre (vgl. SOK 2008).

¹⁷ Um das Thema einzugrenzen, ist die Untersuchung der organisierten Kriminalität im Kosovo auf die albanischen kriminellen Strukturen eingeschränkt. Die gleichzeitig wirkenden Kräfte der serbischen und montenegrinischen organisierten Kriminalität sowie kriminellen Organisationen in den Nachbarländern wird ausgeblendet. Bemerkte sei hier nur, dass diese Kräfte im Konflikt sowie in der Nachkriegszeit eine große Rolle spielen und dass im Gegensatz zur politischen und gesellschaftlichen Lage im Kosovo, diese Gruppen auch über ethnische Grenzen hinweg, gut zusammenarbeiten.

Kontrolle über die Balkanroute, die für den Drogenhandel von besonderem Interesse ist (vgl. IEP 2007, 54).¹⁸

Begünstigend für das Erstarren einer albanischen Mafia während der 1990er Jahre sind fünf wesentliche Faktoren:

Zum ersten waren durch den Zusammenbruch des Kommunismus in Albanien und das folgende Auflösen der albanischen Geheimpolizei „Sigurimi“ viele ausgebildete Agenten auf der Suche nach neuen Möglichkeiten, die sich im kriminellen Spektrum boten, was einen enormen Professionalisierungsschub für die albanische Mafia bedeutete (vgl. IEP 2007, 54).

Zum zweiten konnten albanische Gruppierungen, wie vorher die türkischen, auf ein Verteiler- und Dealernetz im Ausland zurückgreifen, da seit den großen albanischen Flüchtlingsbewegungen aus Albanien und aus dem Kosovo Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre große albanische Gemeinden vor allem in Westeuropa und den USA entstanden waren (vgl. Mappes-Niediek, 2003a, 76)¹⁹. Dieser Rückgriff auf ein Dealernetz wurde auch dadurch ermöglicht, dass vielen Albanern in den westlichen Staaten der Zugang zu geregelter Arbeit aufgrund verschiedener Bestimmungen verwehrt blieb und sie somit auf andere Einkommensquellen angewiesen waren. Der Eintritt in die Kriminalität entstand so vielfach aus einer Notwendigkeit und selbstredend waren nicht alle Albaner an diesen Strukturen beteiligt (vgl. Mappes-Niediek 2003a, 23).

Förderlich war zum dritten auch der Vorzug, den kaukasische kriminelle Organisationen – deren Einfluss auch mit dem Kollaps des Kommunismus gestiegen war – den Albanern den Türken gegenüber im gewachsenen Drogenhandel einräumten. „Georgian and Armenian antipathy towards the Turks played into Albanian hands as they became the couriers of choice. In this way, the Albanian mafia gradually supplanted the Turks as the main suppliers of heroin into western Europe.“ (Hislope 2001, 14)

¹⁸ Über die Balkanroute gelangt der Großteil des in Afghanistan produzierten Heroins nach Westeuropa. Kosovo ist dabei Teil der mittleren oder der südlichen Balkanroute. Die mittlere führt über den Iran, Türkei, Bulgarien, Mazedonien, Serbien, Bosnien-Herzegowina Kroatien, Slowenien nach Italien oder Österreich und weiter in Richtung Westen. Die südliche Balkanroute verläuft über Iran, Türkei, Griechenland, Albanien und Italien weiter in den Westen. Die nördliche Route geht wiederum vom Iran in die Türkei, Bulgarien, Rumänien, Ungarn weiter nach Österreich oder Tschechien oder Polen weiter in den Westen (Interpol 2008).

¹⁹ Ungefähr 400.000 Albaner waren in Deutschland und Italien, 200.000 in der Schweiz sowie je eine halbe Million in Griechenland und den USA (Mappes-Niediek 2003, 76).

Zum vierten entwickelte sich aufgrund der, durch den Bosnien-Krieg bedingten, umfassenden Sanktionen des Sicherheitsrates von 1992 gegen Serbien und Montenegro, ein gut organisiertes Schmuggelwesen (vgl. Glenny 2008, 31). Das Embargo hatte ähnliche Auswirkungen wie die Prohibition in den USA der 1920er Jahre. Aus Notwendigkeit und Gewinnstreben übernahmen kriminelle Organisationen die Lieferung der benötigten legalen wie illegalen Waren (vgl. Mappes-Niedik 2003a, 44-45). „Albanian-populated villages in the lands where Macedonia, Kosovo, and southern Serbia meet became lawless zones of contraband smuggling. (...) Everybody got in on the act. In Albania, mafia groups supplied the Bosnian Serbs and the Yugoslav army with oil. So enmeshed was Albania in the economy of sanctions-busting that one observer writes ‘the distinctions between state-run criminality, corruption and mafia became almost indistinguishable.’” (Hislope 2001, 14)

Zum fünften und letzten begünstigten der Zusammenbruch des Pyramidensystems²⁰ in Albanien 1997 und die darauf folgenden chaotischen Zustände und Plünderungen der Waffenarsenale der Polizei und des Militärs das Wachsen albanischer krimineller Gruppen (vgl. Hislope 2001, 12). “Yielding an estimates USD 13 million in illegal proceeds, the pyramid schemes were not only Albanians biggest fraud case but can also be considered a manifestation of organised crime. After their collapse, Albanian criminal groups became intensively involved in illegal activities and organised crime, trying to recover their lost money.“ (Hysi 2004, 540)

Dies förderte maßgeblich den Aufbau der UÇK und auch später der weiteren albanischen paramilitärischen Gruppen²¹. “While the mafia was not the only funding

²⁰Mit dem Fall des Kommunismus erwirtschaftete die Privatwirtschaft in Albanien selbst sowie die albanischen Arbeiter im Ausland durch ihre Überweisungen hohe und immer weiter steigende Spareinlagen. Von praktisch Null noch 1991 stieg ihr Anteil bis 1995 bereits auf 15% des albanischen BIP. Diese Einlagen wurden in Stiftungen und Gesellschaften verwaltet, die extreme Zinsen (10% bis sogar 50% monatlich) versprachen und zu Beginn auch auszahlten. Das System funktionierte als Pyramide, d. h. mit den neuen Einlagen wurden die Zinsen auf ältere Einlagen bezahlt. Die Zahl der Sparer stieg durch die zu Beginn möglichen hohen Gewinne exponentiell an. Das System wuchs weiter, bis es schließlich 1997 zusammenbrach. Dass das System in Albanien so lange funktionieren konnte, hängt auch mit organisierten kriminellen Strukturen (Drogen- und Waffengelder stabilisierten das System zusätzlich) und dem damit zusammenarbeitenden bzw. nichts dagegen unternehmenden albanische Staat zusammen. Das Volk (jede zweite Familie war im System verstrickt und ein Großteil davon verlor das Ersparte) sah in der Regierung die Verantwortlichen und es kam zum Aufstand und Widerstand gegen die Regierung und die Staatsgewalt. Waffenarsenale, -fabriken, Militärdepots, -schulen, öffentliche Gebäude und Flughäfen wurden geplündert (vgl. Kaser 2005, 65-66 und Elbirt 2001).

²¹Wie die UÇPMB (Ushtria Çlirimtare e Preshevës, Medvegjës dhe Bujanocit): die Armee zur Befreiung von Preševo, Medvedja und Bujanovac, die ab 2000 im serbischen Grenzgebiet um den Anschluss der Region an den Kosovo kämpft sowie die mazedonische Nationale Befreiungsarmee, die sich ebenfalls UÇK (Ushtria Çlirimtare Kombetare) nennt und bereits ab Herbst 1999 im Grenzgebiet zum Kosovo die kosovarische UÇK unterstützt und vom Jänner bis Juli 2001 im Konflikt in Mazedonien gegen die mazedonischen Sicherheitskräfte kämpft (vgl. Heinemann-Grüder/Paes 2001, 35-36; Hensell 2003).

source of Albanian rebel forces, it played an indispensable role in turning the KLA from a ragtag force into a high-tech military machine. As such, a coalescence of interests between a national liberation movement and a narco-mafia was the enabling factor that made ethnic conflict possible in the Albanian-inhabited lands of Kosovo, southern Serbia, and Macedonia.“ (Hislope 2001, 5)

3.2.5.2. Organisierte kriminelle Strukturen im Kosovo

Das Aufkommen organisierter krimineller Strukturen im Kosovo ist eng mit den Entwicklungen der albanischen Mafia verwoben, allerdings spielen im Kosovo selbst noch einige weitere Gründe für das Entstehen von und den Rückgriff auf allgemeine und organisierte Kriminalität eine Rolle.

Als erster wichtiger Punkt ist der Ausschluss der Kosovo-Albaner aus der öffentlichen Sphäre schon während des Kommunismus, aber vor allem auch durch die Politik des Milošević-Regimes zu nennen. „(...) systematic exclusion and marginalization during communism is what today explains Albanian participation in illegal activities. Quite simply, it was a strategy for ethnic survival in a hostile environment.“ (Hislope 2001, 12)

Die Aushöhlung der Autonomie, die Entlassungswelle und die permanenten Repressionen führten zum Aufbau der Schattenregierung Rugovas und dem kompletten Parallelsystem (Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Bildung, Gesundheit) und einer daraus zwingend entstehenden Schattenökonomie. „Die Parallelstrukturen unterlagen aber keinerlei Kontrolle, da es zwar Schul-, Gesundheitswesen etc. gab, aber keine Justiz. D. h. im Prinzip konnte jeder machen, was er wollte.“ (Gespräch Mappes-Niediek²²). Die parallelen politischen und wirtschaftlichen Strukturen waren somit von vornherein nicht Teil der offiziellen Sphäre und wie Pugh (2005, 3) es bezeichnet, trat eine Art „pax mafiosa“ auf den Plan, oder wie Yannis (2004, 175) es nennt, kam es zu einer „Clandestinization“ der Wirtschaft und Gesellschaft.

Durch die oben genannten Sanktionen und Repressionen von Seiten der Serben waren vielfach keine legalen Alternativen da, um (auch lebensnotwendige) Waren zu erwerben, viele Güter waren nur mehr auf dem Schwarzmarkt erhältlich, die Bevölkerung des Kosovo war somit auf illegale und kriminelle Strukturen

²² Autor des Buches *Balkan Mafia* (2003), seit 1991 freier Südosteuropa-Korrespondent für zahlreiche deutschsprachige Zeitungen (Frankfurter Rundschau, Berliner Zeitung, Der Standard u. a.) Langjährige Mitarbeit für *Die Zeit* und den Deutschlandfunk. Gespräch geführt am 24.07.2008

angewiesen. Die „Steuern“ für die Parallelinstitutionen und für soziale Aktivitäten wurde oft für eigene Zwecke erpresst, auch der Schutz vor der serbischen Herrschaft artete oft in Schutzgelderpressung aus. Die Grenzen zwischen informeller und krimineller Wirtschaft waren fließend (vgl. Yannis 2004, 175). „The pax produced a reciprocal relationship of intimidation and subsistence that enabled people to cope and survive which seems to have contributed to keeping Kosovo relatively peaceful.“ (Pugh 2005, 3).

Mit den Veränderungen durch den Zusammenbruch des Kommunismus und der Neuorganisation der „Republik Kosova“ kam es auch zu Veränderungen innerhalb der (kosovo)albanischen Gesellschaft. Das Fehlen einer Staatsmacht sowie die bereits vorher bestehende Skepsis gegenüber staatlichen Strukturen führte zu einem Wiederaufleben der eigenen kulturellen Wurzeln und Traditionen, d. h. einerseits zu einer Renaissance der archaischen Traditionen auf der Basis des „Kanun“, des alten albanischen Gewohnheitsrechts, und andererseits zu einem damit einhergehenden Wiedererstarken der Clanstrukturen (vgl. IEP 2007, 47). „Sukzessiv verfestigte sich während dieser Zeit der heute virulente Einfluss der Großfamilien, so dass diese nicht nur die klaffende, moralisch-autoritäre Deckungslücke zwischen dem diskreditierten Staatsapparat der Milošević-Ära und dem gesellschaftlichen Ordnungsbedürfnis auszufüllen begannen, sondern hierdurch zwangsläufig auch eine erhebliche Machtakkumulation betrieben.“ (IEP 2007, 47)

3.2.5.3. Clangesellschaft: Aufbau, Kanun, Codes

Die clanbasierte Gesellschaft im Kosovo bietet zwar Vorteile für die Herausbildung mafiöser Strukturen, allerdings kann die Clangesellschaft nicht mit der Mafia und Kriminalität gleichgesetzt werden. In jeder Gesellschaft gehorchen auch kriminelle Strukturen den vorherrschenden Organisationsprinzipien, im Kosovo ist dies die Familie. „Die kosovarische Gesellschaft kennt wenig Öffentlichkeit, es ist eine familiäre Gesellschaft. D. h., die Gesellschaft organisiert sich sozusagen für den Einzelnen in konzentrischen Kreisen: die engere Familie, die breitere Familie, die angeheiratete Familie, Leute die per Patenschaft in dieses System aufgenommen worden sind. Diese Verwandtschaftsbeziehungen spielen immer und überall eine Rolle. Nicht nur wenn es um kriminelle Dinge geht, sondern vor allem, wenn es um jede wirtschaftliche Aktivität geht und selbstverständlich, wenn es um politische

Aktivitäten geht. Es spielt immer eine Rolle. Die organisierte Kriminalität nimmt in jedem Land die Gesellschaftsform an, die diesem Land gemäß ist. Im Kosovo ist das eine familiäre Form.“ (Gespräch Mappes-Niediek²³)

Eine albanische Großfamilie, "fis", besteht aus ca. 60 bis 100 Personen. Der Zusammenschluss mit anderen Großfamilien bildet den gemeinsamen Clan. Im Kosovo befinden sich ca. 15-20 regionale Clans, die um regionalen Einfluss kämpfen (vgl. IEP 2007, 47). Die Clans bieten historisch soziale Stabilität und Schutz, durch die Verteilung von Einkommen, Land und sozialer Unterstützung. Weder die türkische oder die habsburgische Herrschaft, noch Tito schafften es durch Gesetze dieses robuste klientelistische und nepotistische System zu durchbrechen (vgl. Pugh 2005, 2). Das zeigt sich auch im tiefen Misstrauen, das die Albaner gegenüber dem serbisch dominierten Staat empfinden. Das Leben an der Peripherie, die ökonomische Situation im Kosovo auf Basis der Landwirtschaft, sowie die schlechte Bildungssituation sind für diese traditionelle Lebensweise mit patriarchalen Strukturen förderlich. „A more rural mode of existence means that traditional institutions, such as patriarchy, and traditional symbols, such as the importance of the gun for manhood, persist.“ (Hislope 2001, 12)

Die albanische Clangesellschaft basiert auf verschiedenen kulturellen Codes und Regeln, die sich hauptsächlich aus dem Kanun, „Kanun i Lekë Dukagjinit“, dem albanischen Gewohnheitsrecht speisen. Diese Regeln sind für die albanische Clangesellschaft wichtig, darüber hinaus bilden diese Verhaltenscodes eine ideale Schutzfunktion für kriminelle Strukturen. „Dieses schiedsrichterliche Gesetzbuch, das sich aus den akephalen Strukturen – also Strukturen, wo es keinen Staat gab – entwickelt hat, war der Kodex, der die Beziehungen untereinander regelte. Davon ist nicht viel übrig, übrig sind bestimmte Rituale, die aber auch außerhalb des Kanun existieren, denn der Kanun kodifiziert nur das, was immer schon da war.“ (Gespräch Mappes-Niediek²⁴) Die Gesetze des Kanun befassen sich mit allen Lebenssituationen der albanischen Gesellschaft, von der Familie, der Kirche, der Ehe über die Arbeit, das Vieh und viele andere mehr. Relevant nicht nur für die Clangesellschaft, sondern auch für die kriminelle Strukturen, sind strikte Regeln bezüglich der Ehre, der Loyalität gegenüber dem Clan und der Familie, der Verschwiegenheit und die Möglichkeiten der Blutrache (vgl. Elsie 2001). „Und auch die Gewalt spielt eine Rolle, sie ist sehr präsent. Der Kosovo ist eine klassische

²³ Gespräch geführt am 24.07.2008.

²⁴ ebd.

patriarchalische Gesellschaft, sowohl im spezifischen Verhältnis von Frauen und Männern, aber auch von Männern untereinander, und eine patriarchalische Gesellschaft hat immer mit Gewalt zu tun. Es wird manches mit Gewalt durchgesetzt, mit Gewalt der Fäuste und auch mit Waffengewalt. Das ist keine Diskursgesellschaft.“ (Gespräch Mappes-Niediek²⁵) All dies vermischt sich zu einem idealen System des Schutzes des Clans und der Familie aber eben auch krimineller Strukturen. “Codes of conduct based on honour, brotherhood, respect for verbal promises, absolute loyalty to the family and the clan, and the morality of revenge provide norms that serve well surreptitious activities” (Hislope 2001, 12).

Allerdings muss bei der Einschätzung der Rolle und des Einflusses des Kanuns insgesamt relativiert werden, um nicht neue Stereotypen der „kriminellen Albaner“ zu nähren. Viele Regeln des Kanuns bzw. auch der komplette Kanun spielen sicher nicht jene Rolle, die vielfach angenommen wird. Vor allem muss auch zwischen städtischen und ländlichen Gebieten sowie dem Kosovo und nordalbanischen Gebieten zusätzlich unterschieden werden. Welche Rolle der Kanun insgesamt spielt, kann kaum festgestellt werden. Grundzüge des Zusammenlebens, die der Kanun regeln spielen in der albanischen und kosovo-albanischen Gesellschaft jedoch nach wie vor eine Rolle: „So beruht das System ausschließlich auf Selbstjustiz, Institutionen werden überhaupt nicht gebraucht; wer geschädigt wurde, ist zur Rache verpflichtet, wenn er seine Ehre nicht verlieren will; Familien haften kollektiv. Das Lügen wird nicht geahndet; verpönt ist dagegen, jemand anderen der Lüge zu bezichtigen.“ (Mappes-Niediek 2003a, 143)

Exkurs: UÇK und Terrorismus

Eine kurze Beschäftigung mit dem Thema Terrorismus ist im Zusammenhang dieser Arbeit deshalb erforderlich, da Terrorismus neben organisierter Kriminalität als eine der Hauptbedrohungen der internationalen Sicherheit betrachtet wird, zusätzlich auch eine zunehmende Symbiose von Terrorismus und organisierter Kriminalität festzustellen ist und eine Auseinandersetzung mit der Thematik Terrorismus auch in Bezug auf die kosovarische Befreiungsarmee neben der Beziehung zur organisierten Kriminalität fast zwingend erscheint.

Die Frage, ob es sich bei der UÇK um Terroristen oder um Freiheitskämpfer handelte, ist schwierig zu beurteilen. Beide Begriffe – Terrorismus und

²⁵ Gespräch geführt am 24.07.2008.

Freiheitskampf – gelten als grundsätzlich umstrittene Begriffe der politischen Sprache, oder um Ronald Reagan zu zitieren: „Des einen Terrorist ist des anderen Freiheitskämpfer“ (zitiert nach Folscheid 2001, 2). Terrorismus gilt in der Regel als rechtlich illegal und politisch illegitim. Freiheitskämpfer kämpfen dagegen meist gegen einen Staat, den sie als illegitim empfinden, ihr Kampf ist deshalb gewissermaßen von unten gegen den terroristischen Staat politisch legitim. Die Einschätzung, ob der Staat seine Macht legitim ausübt, bleibt weiterhin fraglich (vgl. Folscheid 2001, 3). Auch Terrorismus ist ein nicht klar abgegrenzter Begriff und wird wie der Terminus organisierte Kriminalität mit unterschiedlichen Bedeutungen verbunden, unterschiedlichste Gewaltakte werden als Terrorismus bezeichnet. Auch wandeln sich der Gebrauch und die Bedeutung mit unterschiedlichen Zeitperioden. Terrorismus wird laut Lexikon der Politikwissenschaft von Nohlen/Schultze (2002b, 980) definiert als „...eine Strategie der Gewalt, durch die das bestehende Herrschaftssystem ausgehöhlt und primär durch die Verbreitung von Furcht und Schrecken (daneben bei einigen Gruppen auch durch das Werben um Schadenfreude und Sympathie) eine mehr oder weniger grundlegende polit.-gesellschaftl. Umwälzung erreicht werden soll.“

Auch im Kosovo wurde die UÇK unterschiedlich eingeschätzt, die serbische Bevölkerung und Staatsmacht sah sie als Terroristen an, da sie mit illegitimen Mitteln gegen einen legitimen Staat ankämpfte, somit bestand für den serbischen Staat das Recht, mit allen Mitteln dagegen vorzugehen. Für das albanische Volk, waren sie Freiheitskämpfer, die für die Unabhängigkeit der Albaner kämpften, also gegen die Repression der serbischen Staatsmacht und somit legitim. Die beste Einschätzung der UÇK ist wohl die, dass es sich um eine Guerillabewegung – also Freiheitskämpfer – handelt, die auch mit terroristischen Mitteln kämpft. „Die UÇK agierte von 1996 bis zu Beginn des Jahres 1998 in Kleingruppen. Die Aktionen der UÇK entsprachen in dieser Phase den Aktivitäten einer politisch motivierten Terrororganisation (gezielte einzelne Anschläge auf Posten der feindlichen Sicherheitskräfte). Seit Anfang 1998 erhielt die UÇK immer mehr die Struktur einer Guerillabewegung, die sich aufgrund der Unterstützung breiter Bevölkerungsgruppen sukzessive zur Volksarmee der Kosovo-Albaner entwickelte.“ (Jureković 2000)

Die Frage nach Terrorismus stellt sich auch durch die von kriminologischer und politikwissenschaftlicher Forschung festgestellte zunehmende Symbiose von Terrorismus und organisierter Kriminalität, die – je weiter diese Symbiose gedeiht –

zunehmend bedrohliche Auswirkungen nach sich zieht. Oder „(e)infach ausgedrückt: Kriminelle Aktivitäten dienen in hohem Maß der Finanzierung des Terrorismus, während die destabilisierenden Operationen des Terrorismus zur Schaffung eines für das Gedeihen der Kriminalität günstigen ‚Biotops‘, beitragen.“ (Foertsch/Lange, 2007, 4)

Im westlichen Balkan gibt es zahlreiche Hinweise auf Beziehungen zwischen Verbrechersyndikaten und transnationalen Terrornetzwerken, die während der ex-jugoslawischen Kriege aufgebaut wurden und zum Teil noch bis heute bestehen. Allerdings sind auch hier die Hinweise schwer überprüfbar und belegbar. Vor allem für Bosnien-Herzegowina stehen zahlreiche Berichte zur Verfügung, die nachweisen, dass islamische extremistische Gruppierungen während des Krieges Fuß fassen konnten. Auch für den Kosovo gibt es Hinweise, wonach Verbindungen zwischen Al Qaida, tschetschenischen Terroristen und kriminellen Gruppierungen im Umkreis der UÇK bestanden. In Albanien und Bosnien wurden seit den Anschlägen vom 11. September 2001 auch auf Druck der USA Untersuchungen eingeleitet und in Folge – von islamischen Ländern finanzierte – Banken, humanitäre Organisationen, Unternehmen u. a. Institutionen geschlossen, da viele dieser Strukturen zur Tarnung von Ausbildungs-, Indoktrinationsstätten und terroristischer Logistik dienten (vgl. Reljić 2008, 89-92).

3.2.5.4. Zwischenbeurteilung der kosovo-albanischen „Mafia“

Die bisher dargelegten Informationen zur kosovo-albanischen organisierten Kriminalität legen es nahe, eine Zwischenbeurteilung der albanischen bzw. kosovo-albanischen „Mafia“ im Vergleich mit denen der in Kap. 2.1.2. vorgestellten Bedingungen der italienischen Mafia vorzunehmen. Wie bereits dargelegt, waren für das Entstehen und den Einflussausbau der Mafia in Italien folgende Faktoren ausschlaggebend:

- Soziale, gesellschaftliche politische Unruhen
- Staatsabwesenheit und empfundene Staatsfeindlichkeit
- enger Bezug zur Familie und klientelistisches Beziehungsgeflecht
- Gewalt
- Ehrenkodex mit speziellen Riten

In Albanien waren im Entstehungskontext der albanischen Mafia ähnliche Bedingungen wie in Italien vorhanden, was die sozial, gesellschaftlich und politisch instabile Zeit betrifft. Durch den Zusammenbruch des kommunistischen Systems und den späteren Zusammenbruch des Pyramidensystems in Albanien wurden jene instabilen chaotischen Bedingungen geschaffen, die den Nährboden für das Herausbilden krimineller Strukturen bilden. Zusätzlich destabilisierten die Kriege im ehemaligen Jugoslawien die Lage noch mehr und trugen zur Entwicklung des allgegenwärtigen Schmuggelwesens bei. Im Kosovo selbst wirkte der Ausschluss aus dem öffentlichen Leben unter der serbischen Herrschaft noch verstärkend auf die bereits vorher skeptische und ablehnende Haltung dem Staat gegenüber. Ferner wurden diese Phänomene auch noch durch die Herausbildung der Parallelstrukturen gefördert und eine Unterscheidung zwischen legal und illegal wurde zusehends schwieriger. Aus dieser Situation heraus passierte ähnlich wie bei der Herausbildung der italienischen Mafia, der Rückgriff auf die vertrauensvoll empfundene Institution, die Familie. Auch im Kosovo übernahmen die Familie oder eben der Clan die Schutz- und Organisationsfunktion im Ausgleich für den fremden, „verfeindeten“ und für die ethnische Gruppe der Albaner nicht funktionierenden Staat. Auch wenn, wie bereits klargestellt, die albanische Clangesellschaft nicht mit einer mafiösen Gruppierung gleichgesetzt werden kann, begünstigte sie doch aufgrund der kulturellen Beschaffenheit das Herausbilden von und den Rückgriff auf illegal organisierte Kriminalitätsstrukturen. Der Clan bot gleichsam den Schutz der eigenen Familie vor einem repressiven Staat, Unterstützung für das alltägliche Leben sowie den Schutz vor einem staatlichen Vorgehen gegen die kriminellen Strukturen. Im Vergleich mit der italienischen Mafia besteht zwar auch ein Ehrenkodex mit den zentralen Elementen der Verschwiegenheit, der Ehre und der besonderen Rolle der Gewalt bzw. (soweit praktiziert) der Blutrache, die bei der Mafia vorhandenen speziellen Einführungsriten (z. B. die Blutbildnisse) gibt es aber nicht. Bei dieser Einschätzung muss auch die positive Seite dieser Strukturen immer mitberücksichtigt werden. Diese Form der Selbstorganisation – sei es nun mit kriminellen Hintergrund oder nicht – trug teilweise zum Überleben von Kosovo-Albanern bei, einerseits über die Lieferung der täglich benötigten Waren, andererseits als Schutz vor der serbischen Repression.

3.2.5.5. Finanzierung der UÇK

Die Verbindungen der UÇK zur organisierten Kriminalität können nicht genau nachgewiesen werden, vieles bleibt im Dunkeln, vieles ist Spekulation und vieles begründet sich auf klassischen – auch von serbischer Seite teils genährten – Stereotypen einer grundsätzlich kriminellen albanischen Gesellschaft. Durch Quellen (Interpol, Geheimdienstberichte etc.) genügend gesichert kann aber davon ausgegangen werden, dass der bewaffnete Kampf der UÇK hauptsächlich über zwei Hauptfinanzierungskanäle ermöglicht wurde. Zum einen wurde die UÇK über in den Diasporagemeinden eingehobene Gelder und zum anderen über Kanäle und Beziehungen zur organisierten Kriminalität finanziert.

Drogen- und Menschenhandel

In Bezug auf die Größenordnung der zwei wichtigsten Finanzierungswege der UÇK – Drogengelder und Gelder aus der Diaspora – gibt es verschiedene Angaben. Laut Ralf Mutschke, damals stellvertretender Direktor des „Criminal Intelligence Directorate“ von Interpol, kam rund die Hälfte der Gelder für den Kosovo aus dem Drogenhandel: “Of the almost 900 million DM which reached Kosovo between 1996 and 1999, half was thought to be illegal drug money. (...) In 1998, the KLA was described as a key player in the drugs for arms business in 1998, ‘helping to transport 2 billion USD worth of drugs annually into Western Europe’.” (Mutschke, 2000) Ein Großteil der Gelder aus diesen Drogengeschäften war für die UÇK bestimmt.

Öffentlich sichtbar wurde diese Verflechtung von den Drogengeschäften zur Finanzierung des Kampfes der UÇK anhand gestiegener Anzahlen an Festnahmen von Kosovo-Albanern in ganz Europa, hauptsächlich aufgrund von Drogen- und Waffengeschäften und dem Betreiben von Scheinunternehmen zum Waschen der Gelder (Hislope 2001, 29-30). Einige Quellen gehen sogar soweit, von einer kompletten Kontrolle der Drogengeschäfte bereits vor Ausbruch des effektiven Konfliktes auszugehen, so z. B. Teran (2003, 9) mit der Aussage: „By 1997, the KLA had developed into a well-equipped guerrilla army and reportedly entirely controlled the heroin trade through Kosovo.“ Allerdings greift diese Einschätzung doch etwas zu weit. Eine große Unterstützung und enge Beziehungsgeflechte waren da, doch zu dem Schluss zu gelangen, die UÇK sei mit einem „Drogenkartell“ gleichzusetzen,

ist nach Studium der Quellenlage nicht zulässig, was auch die konkreten Verbindungen zwischen der UÇK und organisierter Kriminalität – die im nächsten Kapitel (3.2.5.6) bearbeitet werden – zeigt.

Mit der Zuspitzung der Krise und der zunehmenden Kampfhandlungen und der daraus resultierenden Flüchtlingsbewegungen wurde auf eine weitere Einkommensquelle zurückgegriffen. Die mit der UÇK in Beziehung stehenden kriminellen Organisationen beteiligten sich in Kooperation mit albanischen und italienischen kriminellen Gruppierungen an Flüchtlingstransporten, Schlepperdiensten und Formen des Menschenhandels. So wird z. B. berichtet, "Local men (are) preying on girls in refugee camps, posing as aid workers or 'recruiting' the girls to be 'teachers in Italy.' The abducted girls were being smuggled to Greece or Italy where they were forced into prostitution." (Teran 2007, 10). Auch ein Teil dieser Gelder war für die UÇK bestimmt.

Diaspora

Neben der Finanzierung über Drogengeschäfte waren die Gelder aus der Diaspora die zweite Finanzierungsgrundlage der UÇK. Die Gelder waren ursprünglich für den Aufbau der Parallelstrukturen gesammelt worden, wurden aber nach und nach von der UÇK in Anspruch genommen. Die Gelder kamen aus Steuern in Höhe von 3%, die in allen Diasporagemeinden sowie von den Erwerbstätigen im Kosovo von der Schattenregierung eingehoben wurden. Zu diesem Zweck wurden Fonds eingerichtet. Immer größere Anteile dieser Gelder wurden der UÇK zugeführt. (vgl. Heinemann-Grüder/Paes 2001, 13).

Auch bei diesen Fonds bzw. diesen Geldern aus der Diaspora wird die Mitwirkung krimineller Strukturen deutlich. Der Großteil der Albaner unterstützte aus politischen Gründen den Kampf um die Unabhängigkeit in der Heimat. Allerdings muss auch hier beachtet werden, wie diese Gelder verwaltet, über welche Kanäle sie gesammelt und wie sie an die betreffenden Stellen weitergeleitet wurden. All dies wurde vielfach über kriminelle Strukturen ermöglicht, bereits vorhandene Verbindungen wurden genutzt. „It is doubtful whether average emigre Albanians are aware of the infiltration of organized criminal elements in the channeling of this money. Nonetheless, the shadow of the mafia is there. Jane's Intelligence Review points out that the Albanian emigre funds are convenient shields for the laundering of drug money" (Hislope 2001, 30).

Abzweigen humanitärer Hilfe und Nutzung humanitärer Rückzugsgebiete

Mit der Zuspitzung der humanitären Lage ab März 1998 wurden auch die internationalen Hilfsorganisationen aktiv. Flüchtlinge in den unmittelbaren Kampfzonen mussten versorgt werden, Hilfsgüter in die Notstandsgebiete zu transportieren war jedoch äußerst schwierig (vgl. Gesellschaft für bedrohte Völker 1998). Mit Beginn der NATO-Intervention setzten Flüchtlingsströme ungeahnten Ausmaßes ein. Für die humanitäre Hilfe wurden neben dem UNHCR und anderer UN-Organisationen, der NATO und der OSZE, unzählige NGOs (um die 180 allein in Albanien) sowie das Internationale Rote Kreuz, der Rote Halbmond und bilaterale Hilfsprogramme aktiv. Die Führungsrolle des UNHCR war unter diesen Bedingungen – Vielfalt an Akteuren und unterschiedlichen Zielsetzungen sowie zusätzlich schlechte finanzielle und personelle Ressourcenausstattung – nicht gewährleistet und erschwerte die schnelle und effektive Hilfe (vgl. Rossbacher 2004, 73-77 und UNHCR 2000, 6).

Schlüssige Daten zum Abzweigen humanitärer Hilfe und das Nutzen humanitärer Rückzugsgebiete konnten nicht gefunden werden. Es muss aber stark davon ausgegangen werden, dass das, was für alle Partisanenarmeen gilt, auch auf die UÇK zutrifft. „In den befreiten Gebieten, 1998, war die UÇK die einzige Ordnungsmacht und somit auch die einzige Institution, die auch Hilfsgelder und Hilfsgüter verteilen konnte und das hat die UÇK auch gemacht.“ (Gespräch Mappes-Niediek²⁶). Nur dem Haradinaj-Clan wird laut einem KFOR-Geheimbericht vorgeworfen, die Verteilung humanitärer Hilfsgüter übernommen und dies als Machtinstrument missbraucht zu haben (vgl. Roth 2005). Ob dies allerdings bereits während des Krieges oder erst nach dem Ende passierte, konnte nicht eruiert werden. Dass auch diese Finanzierungsformen während des Krieges genutzt wurden, ist sehr wahrscheinlich, kann aber nicht mit konkreten Daten belegt werden. Auch Pedrag Jurekovic²⁷ bestätigt diese Annahme zwar, schränkt aber ein, dass er diese Informationen über persönliche Netzwerke erhalten hat und nicht mit nachprüfbaren Daten dokumentieren kann. Diese Informationen und Erfahrungen müssen deshalb kritisch hinterfragt werden.

²⁶ Gespräch geführt am 24.07.2008

²⁷ Leiter des Referats Konfliktanalyse im Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie. Gespräch geführt am 23.06.2008

3.2.5.6. Beziehungsgeflecht zwischen organisierter Kriminalität und UÇK

Anhand einiger Personen, die der organisierten albanischen Kriminalität zuzuordnen und deren finanzielle Beziehungen zur UÇK erwiesen sind, kann die Finanzierung der UÇK durch Drogengelder nachgezeichnet werden.

Agim Gashi: Ursprünglich aus Prishtina/Priština operiert er ab 1992 von Mailand aus. Er besaß enge Beziehungen zur 'Ndrangheta und baute einen Drogenring auf. Zuerst hauptsächlich im Heroinmarkt tätig, begann er mit seinen Einnahmen den Kauf und Transport von Waffen und militärischer Ausrüstung. Er war somit einer der Hauptverantwortlichen für die Bewaffnung der UÇK. Seit 1999 verbüßt er in Italien eine lange Haftstrafe (vgl. Hislope 2001, 31).

„Prince Dobroski“: Ursprünglich aus Pejë/Peć, kontrollierte der von ihm aufgebaute Drogenring die nördliche Linie der Balkanroute durch die Tschechische Republik. Die Drogen waren hauptsächlich für Skandinavien bestimmt. Auch ihm wurde nachgewiesen, dass er durch die aus dem Drogenhandel lukrierten Gelder, Waffen für die UÇK kaufte und lieferte. 1999 wurde er in Tschechien verhaftet und an Norwegen ausgeliefert, wo ihm bereits vorher eine spektakuläre Flucht gelungen war (vgl. Hislope 2001, 31).

Daut Kadriovski: Auch er war einer der Hauptfinanziers der UÇK. Seine Gelder erwirtschaftete er als eine der Führungspersönlichkeiten der „15 Familien“ die den Drogenhandel auf der Transitroute durch die Balkanländer kontrollierten. Sein Schmuggelnetzwerk belieferte den Osten der USA. Auch er wurde festgenommen, musste aber wieder entlassen werden und führt seine Geschäfte in den USA weiter. (vgl. Hislope 2001, 31-32)

Ein ausschlaggebender Faktor für zunehmende Unterstützung der UÇK auch durch die Bevölkerung war das Massaker Anfang März 1998 in Drenica am Jashari-Clan. Adem Jashari war Gründer und Kommandeur der UÇK der ersten Stunde. Auch der Jashari-Clan soll an Drogen und Waffengeschäften beteiligt gewesen sein. „The Kosovo Liberation Army (KLA) centred on the Jashari clan was the main beneficiary of the Albanian weapons liberation of 1997 and continued to profit from trafficking.“ (Pugh 2005, 3)

Nach dem Massaker, dem nicht nur 20 bewaffnete Jashari-Kämpfer sondern auch über 50 Zivilisten zum Opfer fielen, änderte sich die Einstellung der Bevölkerung gegenüber der UÇK, sodass deren Einfluss und ihre Stärke rasch wuchsen. Die kosovarischen Clans (Jasharis, Gashis, Berishas, Shalas und andere) bereiteten sich ab nun auf den Gegenschlag vor und nutzen dafür ihre Kontakte zum Westen und zum Orient. Der nun folgende bewaffnete Aufstand wurde von dem Jashari-Clan zugehörigen Hashim Thaçi (The Snake) angeführt (vgl. IEP 2007, 49). "Under the leadership of Hashim Thaçi the KLA became not only a guerrilla force, but an economic structure for controlling the labour market and providing black market civilian goods." (Pugh 2005, 3)

3.2.5.7. Zwischenbeurteilung der Finanzierung des bewaffneten Kampfes

Wie Jean/Rufin dargelegt haben (vgl. Kap. 2.3.3.) besteht auch im Kosovo in Hinsicht auf den Bürgerkrieg und die Finanzierungsform der UÇK eine offene lokale Kriegsökonomie, die sich auf organisierte Kriminalität und die Finanzierung durch die Diasporagemeinde stützt. Die Finanzierung durch Raub von der Bevölkerung trifft in diesem Ausmaß auf den Kosovo nicht zu, da die kosovo-albanische Bevölkerung den Kampf hauptsächlich freiwillig über das Einheben von Steuern in der Diaspora und Inland mitfinanzierte. Es kam zwar für den bewaffneten Kampf auch zu Zwangseinhebungen bzw. Einhebung der Steuern unter massivem Druck und Bedrohung (was bei den Einhebungen für die Parallelinstitutionen noch nicht der Fall gewesen war), allerdings kann von organisiertem Raub als Finanzierungsquelle aufgrund des erhobenen Datenmaterials nicht gesprochen werden. Auch das Nutzen humanitärer Hilfe sowie humanitärer Rückzugsgebiete kann zwar angenommen, aber nicht durch konkrete Daten bestätigt werden.

Auch beim kriegerischen Konflikt im Kosovo wird deutlich, dass die UÇK auf den von Jean/Rufin festgestellten pragmatischen Weg der Finanzierung des bewaffneten Kampfes zurückgriff. Pedrag Jurekovic²⁸ ist der Ansicht, dass die UÇK auf ein sehr breites Betätigungsfeld zur Finanzierung zurückgriff, jede Möglichkeit, Mittel für die UÇK und den bewaffneten Kampf zu lukrieren, wurde auch genutzt.

²⁸ Gespräch geführt am 23.06.2008

3.3. Interpretation nach Sukanami

3.3.1. Ideologische Motive

Die ideologischen Motive der Führungspersonlichkeiten und des Volkes im Sinne der Thesen Sukanamis werden aus den obigen Ausführungen sichtbar. Zum einen erklären sie sich aus den historischen Missständen und Rivalitäten und den daraus entstandenen Gräben zwischen den beiden Ethnien, den unterschiedlichen Ansichten zu historischen Rechten und dem Selbstbestimmungsrecht und der daraus folgenden stark instrumentalisierten nationalistischen Ideologien. Im Hintergrund wirken Machterhaltungs- und Machterweiterungsbestrebungen und persönliche Motive der verschiedenen Akteure (Milošević, Rugova, UÇK, NATO) mit. Auf Seiten der NATO ist die Gefahr des Verlusts der Glaubwürdigkeit und die Neupositionierung der Organisation durch eine entschlossene Politik und erfolgreiche Kriegführung als wichtigstes politisches ideologisches Motiv zu sehen (vgl. Giersch 2000, 443-466).

3.3.2. Zufällige Ereignisse

Für die Bewaffnung der UÇK und für die zunehmende Unterstützung der UÇK in der kosovo-albanischen Bevölkerung sind drei Ereignisse zu nennen: Erstens der Kollaps des Pyramidensystems in Albanien und die daran anschließenden Plünderungen der Waffenarsenale. Erst durch dieses Ereignis konnte eine umfangreiche Bewaffnung der UÇK sichergestellt werden. Zweitens muss die Ermordung des Volksschullehrer Halit Gecaj durch serbische Polizeikräfte beachtet werden. Gecaj wurde zum ersten „Märtyrer“ des Krieges und der erste öffentliche Auftritt der UÇK bei seiner Beerdigung, wurde zum Initialzündler für den Aufstieg der UÇK, da anschließend an dieses Ereignis eine Welle der Unterstützung und Akzeptanz aus der Bevölkerung für die UÇK folgte. Eine ähnliche, aber noch stärkere Auswirkung für die Hilfe und Unterstützung aus der Bevölkerung hatte das dritte Ereignis, das Massaker am Jashari-Clan in Drenica.

Wenn man dies auch nicht als zufälliges Ereignis bezeichnen kann, so war die Tatsache, dass das Kosovo-Problem im Abkommen von Dayton völlig ausgeklammert blieb, ein weiterer Grund dafür, dass sich die Kosovo-Albaner von der bisherigen Strategie Rugovas mehr und mehr abwendeten.

Für den NATO-Krieg spielt das Massaker von Račak/Reçak als „zufälliges Ereignis“ eine Rolle. Im Sinne Suganamis ist dies eine typische „Chance-Coincidence“ da es der „(...) final spark (...) to set fire to the heap.“ (Suganami 1996, 158) war. Oder wie Petritsch/Pichler (2005, 194) es beschreiben: „(...) (kann) Račak/Reçak (...) nicht losgelöst von der allgemeinen Verschlechterung der Situation in der Provinz interpretiert werden, es brachte aber das ‚Fass zum Überlaufen‘ und forcierte deshalb die Dynamik der politischen Kräfte der Internationalen Gemeinschaft, eine Lösung zu ‚erzwingen‘.“

3.3.3. Kriegsfördernde Mechanismen

Im Werk von Suganami (1996) sind diese eskalationsfördernden Mechanismen nicht klar herausgearbeitet, nur vage militärische und psychologische Mechanismen, die kriegsfördernd wirken, werden angeführt. Als Mechanismen nach Suganami (1996) könnten mehrere interpretiert werden. Ein Mechanismus wäre z. B. die Entscheidung der UÇK zum Übergang in den bewaffneten Kampf. Dies kann als Änderung der Taktik verstanden werden, als logischer nächster Schritt des bisher erfolglosen gewaltfreien Widerstands. Die gewählte neue Taktik müsste zwar nicht zwangsläufig die Entscheidung für einen Kampf sein, eine Anpassung und Änderung der Taktik erschien aber unausweichlich.

Beim NATO-Krieg kann die Entscheidung für den Luftangriff als Mechanismus bezeichnet werden. Für die Internationale Gemeinschaft trat im Ausschöpfen der Möglichkeiten der Diplomatie automatisch der nächste Schritt in Kraft. Aufgrund der bereits vorher gemachten – nicht zum gewünschten Erfolg führenden – Drohungen war der Luftangriff ab einem bestimmten Zeitpunkt für die NATO unausweichlich, sollte die eigene Position nicht aufgegeben werden. Bei der Taktik des serbischen Präsidenten Milošević treten keine erkennbaren Mechanismen hervor, eher im Gegenteil. Bestimmte Handlungen – z. B. Einlenken bzw. später die baldige Kapitulation – waren häufig erwartet worden. Hier kann gerade das Nicht-Beachten dieser Mechanismen als kriegsbegünstigender Faktor genannt werden.

3.3.4. Handlungen der Akteure

Aktionen der Akteure, die nach Suganamis Thesen kriegsauslösend wirken (Widerstand leisten, aggressive bzw. angriffslustige, fahrlässige, taktlose, rücksichtslose sowie gedankenlose Handlungen) und bereits als Familien- und Strukturähnlichkeiten für „alle“ Kriege definiert wurden, liegen natürlich auch dem Kosovo-Konflikt zugrunde. Die Aktionen lassen sich jedoch nicht eindeutig zuordnen, da sie immer aus der Sicht der verschiedenen Akteure unterschiedlich interpretiert werden können.

So war die Strategie Rugovas ein friedlicher Widerstand und trug somit nicht direkt zum Ausbruch des Konfliktes bei, sondern half lange Zeit, einen Konflikt zu verhindern. Allerdings löste dieser – im Endeffekt als erfolglos empfundene – friedfertige Widerstand auch einen Strategiewechsel aus: den von der UÇK vertretene bewaffnete Kampf, da diese Strategie mehr Erfolg versprach. Die Entscheidung für den bewaffneten Kampf ist wiederum einerseits als Widerstand gegen die serbische Staatsmacht und die serbischen Unterdrückungs- und Aggressionspolitiken, andererseits als aggressive Handlung gegenüber dem serbischen Staat zu verstehen.

Auch die Handlungen der Serben können einerseits als Widerstand gegenüber der albanischen Bevölkerungsmehrheit und immer weiter voranschreitende Marginalisierung der serbischen Bevölkerung verstanden werden, andererseits trugen erst diese Handlungen – die aggressive, menschenverachtende Repressionspolitik – zum Widerstand der kosovo-albanischen Bevölkerung bei.

Der Einsatz der NATO-Luftangriffe war der Intention nach Widerstand gegen die serbische Politik der ethnischen Säuberung, eine humanitäre Intervention. Von Seiten der Serben werden diese Angriffe natürlich als aggressive Handlungen und persönlicher Angriff gewertet und das Vorgehen dagegen als Widerstand empfunden.

Fahrlässige Handlungen, taktlose, rücksichtslose und gedankenlose Handlungen treten nicht wirklich hervor, da damit in erster Linie nicht intendierte Handlungen gemeint sind. Solche „unabsichtlichen“ Handlungen sind bei einer Untersuchung der Entwicklungen nicht offensichtlich auszumachen.

3.4. Analyse der Kriegsursachen

Ausgehend von den dargestellten historischen, politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und kriminellen Bedingungen wird im folgenden Kapitel versucht, die wichtigsten Gründe und Motive für den Krieg herauszuarbeiten.

3.4.1. Endogene und exogene Gründe

Als endogene Konfliktursachen – also Ursachen, die in den innergesellschaftlichen Entwicklungen zu finden sind – sind zunächst die historischen und ethnischen Entwicklungen und die aus ihrer nationalistischen Interpretation und Instrumentalisierung entstandenen historischen Scheinrealitäten zu nennen. Diese unterschiedliche Perzeption und Interpretation der Geschichte und die darauf basierenden und in der Gesellschaft stark wirkenden Mythen und Nationalideologien ermöglichten die nationalistische ethnische Mobilisierung, vertieften die Gräben zwischen den Ethnien und begründeten die verschiedenen Rechtsansprüche auf das Territorium sowie die Legitimation für das Handeln. Sie standen am Beginn der Spirale der Gewalt, die je nach historischer Phase zu Gunsten oder Ungunsten einer Ethnie ausfällt (vgl. Clewing 2000, 17-63 und Sundhaussen 2000,65-103).

Ein zusätzlicher Faktor, der die Situation weiter destabilisierte, war die zunehmende Verschiebung der Bevölkerungsanteile zugunsten der Kosovo-Albaner. Die Lage spitzte sich mit dem Aufstieg Milošević, der zunehmenden Mobilisierung nationalistischer Ideologien sowie der zunehmenden Unterdrückung der albanischen Bevölkerung und deren komplettem Ausschluss aus dem öffentlichen Leben massiv zu (vgl. Petritsch/Pichler 81-110). Die auch für die Kosovo-Serben, aber vor allem für die Kosovo-Albaner katastrophalen ökonomischen Bedingungen - unterentwickelte und ineffiziente Wirtschaft, hohe Arbeitslosigkeit - sind als weitere Hauptquelle für die Unzufriedenheit und die zunehmenden interethnischen Feindseligkeiten zu nennen (vgl. Yannis 2003,167-178).

Als exogene Faktoren, die zum Ausbruch des Krieges geführt haben, also Faktoren, die in Umweltbedingungen lagen und von außen auf den Kosovo wirkten, sind die verfehlte Politik der Internationalen Gemeinschaft bereits während des Zerfalls von Jugoslawien, aber in erster Linie die Ausblendung des Kosovo-Problems im Abkommen von Dayton sowie die Wahl der militärischen Drohung zu nennen. Insgesamt wurden die Kriege im ehemaligen Jugoslawien und die daraus

entstandene Flüchtlingsproblematik und der endgültige Kollaps in Albanien als destabilisierende und eskalierende Faktoren für den Kosovo und für die gesamte Region aktiv, was wiederum das Herausbilden organisierter krimineller Strukturen förderte.

3.4.2. Gewichtung der Ursachen

Nimmt man eine Wertung der herausgearbeiteten Faktoren auf die unmittelbare Entstehung und Eskalierung des Konfliktes vor, könnte unter Heranziehung der Differenzierung in primäre, sekundäre und tertiäre Faktoren in der Konfliktverursachung folgende Einschätzung vorgenommen werden:

Als primäre Faktoren – also direkt konfliktauslösend – sind in erster Linie die zunehmende Unterdrückung und der Ausschluss der Albaner aus dem öffentlichen Leben, die schlechte ökonomische Situation, die Entscheidung für den bewaffneten Kampf von Seiten der UÇK sowie das repressive Vorgehen von Seiten Milošević' und der serbischen Sicherheitskräfte, zu nennen

Zu den sekundären Faktoren zählen die Entwicklung der jüngeren Geschichte, also die Verschiebung der Bevölkerungsverhältnisse zu Ungunsten der Serben, die immer weiter eskalierende Spirale der Gewalt, das Ausblenden der Kosovo-Thematik in Dayton, das Scheitern der Strategie des friedlichen Widerstandes von Rugova und seiner Partei sowie die instabile Lage aufgrund der vorangegangenen Veränderungen und Konflikte in den Nachbarstaaten.

Als tertiäre – strukturell unterstützende – Faktoren wirken die historischen Ereignisse und die daraus entwickelten Mythen sowie die zunehmend stärker werdenden Nationalideologien und der instrumentalisierte Nationalismus.

3.4.3. Organisierte Kriminalität als Konfliktursache

Als eine Mischung aus einem endogenen und einem exogenen Faktor ist die Rolle der organisierten Kriminalität zu betrachten, denn einerseits wurden vor allem ihre Entstehung und ihr Machtausbau hauptsächlich von außen begründet, die Nutzung dieser Strukturen für den bewaffneten Kampf und das Wirken dieser Kräfte lag im Kosovo selbst. In der Perspektive unter der Anwendung der Kategorien primär, sekundär und tertiär, ist die Rolle der organisierten Kriminalität sowie die

Möglichkeiten, die sich durch diese Verbindungen ergaben, als sekundärer Faktor einzuschätzen, also nicht direkt eskalierend, aber doch von Einfluss. Organisierte Kriminalität wirkte sich also nicht unmittelbar eskalierend aus, stellte aber erst die notwendigen Mittel für den bewaffneten Kampf der UÇK zur Verfügung, auf die auf einen anderen Weg kaum Zugriff bestanden hätte.

Aus den vorhergehenden Ausführungen werden der Einfluss und die Rolle organisierter Kriminalität im Kosovo-Krieg sichtbar. Es wird deutlich, dass zwar historische, politische und sozio-ökonomische Faktoren die hauptsächlichen Gründe für den Ausbruch des Krieges bedeuten, ohne die Beteiligung krimineller Strukturen sowie der Nutzung von Vorteilen aus dem Beziehungsgeflecht zur kosovarisch-albanischen Mafia wäre der bewaffnete Kampf der UÇK allerdings nicht oder zumindest nicht in dieser Form oder zu diesem Zeitpunkt möglich gewesen. Erst die Finanzierung durch Diaspora und Drogengeschäfte sowie die Nutzung dieser Gelder und Kontakte zum Kauf von Waffen oder die (organisierte) Plünderung der Waffenarsenale in Albanien ermöglichte den Übergang zum bewaffneten Kampf der UÇK. „(...) the mafia has been a critical factor in the military buildup of the KLA. The Albanian mafia emerged in the early 1990s. When conflict came to the homeland, connections to purchase weapons and the requisite structure to move them where already in place. This logistical advantage altered the opportunity structure and balance of power within Kosovar political society. It enabled a new generation of radicals, led by Hasim Thaçi, to seize the moment and wrench Kosovo's direction away from the pacifist orientation of Ibrahim Rugova.” (Hislope 2001, 32)

Der Aufstieg und der Machtausbau der UÇK zu einer starken bewaffneten Bewegung wäre ohne die Verbindungen zur kosovarischen und albanischen Mafia nicht zu bewerkstelligen gewesen, allerdings ist eine Verbindung noch keine aktive Beteiligung an den kriminellen Geschäften. Das Beziehungsgeflecht reicht von friedlichem Nebeneinander und Füreinander bis zu nicht eindeutig nachgewiesener aktiver Zusammenarbeit. D. h., es gab zwar Verbindungen und Beziehungsgeflechte von Führungspersonlichkeiten der UÇK mit Vertretern der kosovarischen und albanischen Mafia, eine direkte Verbindung kann allerdings nicht eindeutig nachgewiesen werden und von einem Gleichsetzen der UÇK mit einer kriminellen Organisation kann nicht gesprochen werden.

Bei einer Beurteilung der geschichtlichen Entwicklung des Konfliktes muss jedoch betont werden, dass das Wachsen und der stärkere Einfluss organisierter krimineller

Gruppen in der Region aufgrund der schnellen Transition der Gesellschaft durch den Zusammenbruch des Kommunismus und die durch die Kriege insgesamt instabile Lage als fast „natürlicher“ Prozess verstanden werden muss und erst durch das Nutzen der kriminellen Strukturen auch die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs gewährleistet werden konnte.

Auch in Bezug auf die Motive der UÇK und der direkten Beziehung zur organisierten Kriminalität muss relativiert werden. Die Führung und die Mitglieder der UÇK wurden in erster Linie aus politischen und nicht aus kriminellen Gründen aktiv, sie waren Teil der „verlorenen Generation“ (ohne Perspektiven und ohne Arbeit) und der bewaffnete Kampf war für viele die einzige Möglichkeit, die eigene Situation zu verbessern.

Insgesamt kann also von einer Abhängigkeit der UÇK von mafiösen Strukturen zur Organisation des Kampfes gesprochen werden, ohne Nutzung dieser Strukturen wäre der bewaffnete Kampf nicht zu bewerkstelligen gewesen, wir können also von einer indirekten unterstützenden (Mit)Verursachung sprechen.

3.4.4. Strukturähnlichkeiten von Konfliktursachen

Strukturähnlichkeiten, die nicht nur auf den Kosovo-Konflikt sondern auf weitere ähnlich gelagerte Konflikte zutreffen, sind in erster Linie in den auf der ethnischen Dimension basierenden Gründe und das komplexe Aufeinanderwirken derselben zu finden. Hier sind die vier Bedingungen von Horowitz (1990) zu nennen: das Zugehörigkeitsproblem; das stark ausgeprägte ethnische Bewusstsein, das durch starke Emotionalisierung und Stereotypisierung mobilisiert wird; der Gegensatz aus der Furcht vor Fremdbestimmung sowie die Forderung der Vorherrschaft; der daraus resultierende instrumentalisierte Wettbewerb intra-ethnischer Politiken und ethnischer Forderungen (vgl. Kux 1996, 8-10). Daraus folgt die empfundene Bedrohung der existentiellen Identität einer ethnischen Gruppe. Dies trifft auch auf den Kosovo-Krieg zu und diese Faktoren sind für fast alle ähnlich gelagerten ethnischen Konflikte auszumachen und können in diesem Sinne als Strukturähnlichkeiten gelten. Ausschlaggebend für die tatsächliche Eskalation sind jedoch nur die für jeden einzelnen Konflikt unterschiedlich ausfallenden unmittelbaren politischen, sozio-ökonomischen, demographischen u. a. Veränderungen.

Wichtiges Ziel dieser Arbeit ist es, Strukturähnlichkeiten in Bezug auf organisierte Kriminalität auszumachen. Im Kosovo-Konflikt ist nachweisbar, dass kriminelle Faktoren und Interessen konfliktauslösende Effekte haben, allerdings primär noch immer politische und gesellschaftliche Faktoren für die Eskalation verantwortlich sind.

Die im theoretischen Teil vorgestellte These von Collier und Hoeffler (2001), dass ökonomische Möglichkeiten (Finanzierung, persönliche Bereicherungsmotive, Ausbeutung, Diasporaunterstützung), denen auch organisierte Kriminalität unterliegt, mehr Erklärungspotential für den Ausbruch von Kriegen besitzt, kann nicht bestätigt werden. Im Kosovo waren die politischen Probleme (ethnische Differenzen, Unterdrückung und Ausschluss aus der Politik) und die daraus entstehenden Bedürfnisse ungleich wichtiger. Allerdings war das ökonomische Ungleichgewicht, also die sozioökonomische Unterentwicklung, der Ausschluss der Albaner aus der Wirtschaftswelt sowie die daraus resultierende hohe Arbeitslosigkeit wie dargelegt ein wichtiger Faktor der Eskalation, jedoch eben nicht als Motiv für persönliche Bereicherung sondern als lebensnotwendige Bedürfnisbefriedigung.

Die Untersuchung der Rolle und des Einfluss organisierter krimineller Strukturen im Kosovo führt zu folgenden Erkenntnissen, die für Konflikteinschätzung und -bearbeitung anderer kriegerischer Konflikte durch die Internationale Gemeinschaft stärker in Betracht gezogen werden müssen: Der Krieg im Kosovo wäre ohne die finanzielle, logistische und personelle Unterstützung durch kriminelle Netzwerke nicht möglich gewesen. Diese Akteure gewannen ihren Einfluss und ihre Macht in großem Umfang erst durch die instabilen und chaotischen Bedingungen, die durch den Zusammenbruch des Kommunismus, der kriegerischen Auseinandersetzungen in Ex-Jugoslawien und die damit einhergehende Schmuggelwirtschaft aufgrund der internationalen Sanktionen geschaffen wurden. Diese Mechanismen und die jeweiligen Akteure müssen neben den politischen, historischen und sozioökonomischen Faktoren für eine vollständige Einschätzung der Lage einer Konfliktsituation durch die internationalen Akteure in der Friedensarbeit mitberücksichtigt werden. Erst durch Miteinbeziehung dieser Faktoren kann der Konflikt hinreichend erklärt werden.

Bei der Suche nach Strukturähnlichkeiten im Sinne Suganamis, also nach Faktoren die auf viele bzw. alle Konflikte zutreffen, könnten in Bezug auf organisierte

Kriminalität folgende allgemeinen Schlussfolgerungen getroffen werden: Auch wenn es offensichtlich erscheint, kann es erst zu einem bewaffneten Konflikt kommen, wenn die Möglichkeit zur Finanzierung und Ausrüstung eines bewaffneten Kampfes besteht. Die Möglichkeiten zur legalen Finanzierung von Rebellenbewegungen sind aufgrund der fehlenden offiziellen Finanzierungswege beschränkt. Die Wahl der Finanzierung folgt einer pragmatischen Herangehensweise, in der auf alle erdenklichen Finanzierungswege zurückgegriffen wird. Möglich wird dies zumeist erst durch die zusätzliche Nutzung illegaler Finanzierungsmöglichkeiten. Kann auf bestehende kriminelle Netzwerke zurückgegriffen werden, ist vor einem bereits kriegsgeschwängerten Hintergrund eine Eskalation des Konfliktes sehr wahrscheinlich. Also muss bei einer Konflikteinschätzung und Konfliktbeilegung dieser Faktor (Strukturen, Formen und Akteure organisierter Kriminalität) in Zukunft stärker mitbeachtet werden, um den Konflikt in seiner Gesamtheit zu verstehen.

Strukturähnlichkeiten können auch im Rückbezug auf die Theorie der neuen Kriege festgestellt werden. So ist auch der Kosovo-Krieg durch ein „Verschwimmen der Grenzen zwischen Krieg (...), (und) organisiertem Verbrechen“ (Kaldor 2000, 8) gekennzeichnet und auch im Kosovo. „bietet der Krieg eine Legitimationsgrundlage für verschiedene Formen krimineller persönlicher Bereicherung, die zugleich die notwendigen Einnahmequellen zur Fortführung des Kriegs darstellen.“ (Kaldor 2000, 174). Allerdings tritt nach Gegenüberstellung der verschiedenen Ursachen doch klar hervor, dass die hauptsächliche Motivation für den Krieg nicht in persönlichen Bereicherungsbestrebungen liegt, sondern im Ziel der Kosovo-Albaner, die serbische Unterdrückung zu beenden und die Unabhängigkeit von Serbien zu erreichen.

So gesehen handelt es sich auch beim kriegerischen Konflikt im Kosovo, so auch die These von August Pradetto, welche die Theorie der „neuen“ Kriege widerlegt, in erster Linie um einen Staatsbildungskrieg und nicht um einen Staatszerfallskrieg. Denn auch im Kosovo waren keine robusten staatlichen Strukturen vorhanden. Auch aus diesen beiden Gründen – politisches Bedürfnis der Veränderung und Staatsbildung – trifft die These, dass die Kriegsparteien zur Verfestigung der eigenen Machtposition auf einen mehr oder weniger permanenten Konflikt angewiesen sind in diesem Sinn auf den Kosovo-Krieg nicht zu. Im Kosovo wurde erst Ereignisse in der unmittelbaren Zeit nach dem Krieg genutzt, um die eigene Machtposition zu festigen und auszuweiten und Bereicherungsbestrebungen zu verfolgen.

4. Der Wandel der Phänomene „organisierte Kriminalität“ und „Konflikt“ nach dem Krieg

Mit der historischen Bearbeitung des Konfliktes im Kosovo wurde versucht zu zeigen, welche ausschlaggebenden historischen, politischen und sozioökonomischen Faktoren zum Krieg geführt haben und in welchem Ausmaß Strukturen organisierter Kriminalität daran beteiligt waren. Auch die faktische Beendigung eines Krieges mit dem Herstellen eines „negativen Friedens“, also der Beendigung der Kampfhandlungen, bedeutet nicht die Beseitigung der Gründe für die Gewalt und der tief liegenden Probleme und Differenzen in der kosovarischen Gesellschaft. Der Übergang von Krieg zum Frieden und der Frieden an sich sind vielmehr als Prozess zu sehen (vgl. Matthies 1994). Auch der Konflikt im Kosovo wurde mit dem Ende des Krieges nicht beendet, sondern er wird auf anderen Ebenen und in anderen Formen fortgeführt. Ausschlaggebend hierfür sind einige Ereignisse im Anschluss des Krieges, die das politische und gesellschaftliche Leben im Kosovo bis heute nachhaltig prägen. Diese hoben einerseits den Konflikt und die ethnischen Spannungen zwischen Kosovo-Albanern und (Kosovo)Serben auf eine neue Stufe und andererseits erhielten auch die Strukturen und die Verankerung organisierter Kriminalität eine neue Qualität. Diese Veränderungen sind direkt als Folge des Krieges und der unmittelbaren Zeit nach dem Krieg zu sehen.

4.1. Kurze Darstellung der Nachkriegszeit bis zur Unabhängigkeit²⁹

Nach der Kapitulation von Milošević am 3. Juni 1999, dem militärisch-technischen Abkommen und der darauf basierenden UNO-Resolution 1244 begann am 12. Juni die Stationierung der internationalen Schutztruppe KFOR, deren Kern NATO-Mitgliedstaaten stellen. Bis zum 20. Juni war der Rückzug der serbischen Truppen abgeschlossen und Kosovos Geschichte unter internationaler Verwaltung beginnt.

Als eine der ersten Aufgabe wurde die Demilitarisierung der UÇK in einem Abkommen mit der KFOR festgesetzt, bis zum 20. September war dies laut KFOR abgeschlossen worden, die UÇK wurde in ein ziviles Schutzkorp mit 5.000 Mann,

²⁹ Dieses Kapitel basiert auf Džihic/Kramer 2008 1-19; Eisele 2002, 485-498; Gustenau/Feichtinger 2002, 467-484; Kramer/Džihic 2006; 163-221; Petritsch/Pichler, 2004, 305-378, ICG 2008.

das KPC (Kosovo Protection Corp) umgewandelt, welches Aufgaben der Katastrophenhilfe und des Zivilschutzes übernehmen sollte.

Daneben wurde von der UNO die zivile internationale Übergangsverwaltung UNMIK eingerichtet. Die UNMIK beruht auf vier Säulen. Die erste Säule war bis zum Juni 2000 für den Bereich humanitäre Hilfe verantwortlich und unterstand dem UNHCR, ab Mai 2001 wurde die erste Säule mit den Bereichen Polizei und Justiz neu eingerichtet und war nun der UNO unterstellt. Die zweite Säule war mit der zivilen Verwaltung befasst und unterstand der UNO, die dritte Säule stand für die Bereiche Demokratisierung und Institutionenaufbau und wurde durch die OSZE geleitet, die vierte Säule umfasste die Bereiche wirtschaftlicher Wiederaufbau und Entwicklung und war der EU unterstellt.

Eine der Prioritäten war der Aufbau demokratischer politischer Strukturen. Zuerst setzte die UNMIK den Übergangsrat, das Kosovo Transitional Council (KTC)³⁰ mit beratender Funktion ein, der 1999 durch die Joint Interim Administrative Structure (JIAS) ersetzt³¹ wurde. Im Mai 2001 wurde der Verfassungsrahmen³² für die provisorische Selbstverwaltung des Kosovo verabschiedet. Er legt unter anderem die Institutionen für die provisorische Selbstverwaltung (PISG, Provisional Institutions of Self-Government) fest. Schrittweise sollten von der UNMIK immer mehr Kompetenzen an die provisorischen Institutionen übertragen werden.

Die gesamte Zeit über belastete die ungelöste Frage des endgültigen Status für den Kosovo das politische Klima. Die Kosovo-Albaner wollten weiterhin die Unabhängigkeit. Die (Kosovo)Serben wollten den Verbleib Kosovos innerhalb Serbiens gesichert wissen. Die Resolution 1244 sah für den Kosovo die substantielle Autonomie innerhalb der BR Jugoslawien vor und übertrug der zivilen Übergangsverwaltung die Aufgabe, den politischen Prozess, der den künftigen Status des Kosovo festlegen sollte, einzuleiten. Die endgültige Statusfrage wurde

³⁰ Der KTC bestand aus Vertretern der UÇK, der politischen Parteien, der Minderheiten und der unabhängigen Medien.

³¹ Die JIAS bestand aus einem erweiterten KTC sowie aus dem neu gegründeten Interim Administrative Council (IAC). Aufgabe und Ziel der JIAS war es, die politischen Vertreter und Vertreter der Zivilgesellschaft darin zu vereinen und die politischen Kräfte an der Regierung des Kosovo durch die Internationale Gemeinschaft teilhaben zu lassen. Der IAC verbreitete Vorschläge für Gesetzesänderungen und neue Bestimmungen. Zusätzlich existierten Verwaltungsabteilungen (z. B. Landwirtschaft, Jugend, Arbeit, Wiederaufbau u. a.), die jeweils von einem kosovarischen und einem Vertreter der UNMIK geleitet wurden.

³² Der Verfassungsrahmen legte zusätzlich die Rechte des UN-Sondergesandten fest, garantierte die Rechte der Volksgruppen, ordnete das Justizsystem und definierte die Funktionen des Ombudsmannes. Die Institutionen der Provisorischen Selbstverwaltung des Kosovo umfassten das Parlament, das Präsidentenamt, einen Ministerpräsident, eine Regierung mit den entsprechenden Ministerien und Institutionen der Gerichtsbarkeit. In allen Institutionen wurden mit vorgeschriebenen Sitzen die Minderheitenrechte garantiert.

mit der Resolution 1244 nicht geklärt, auch der Verfassungsrahmen verwies auf die Resolution und sah den Kosovo als „Subjekt unter internationaler Übergangsverwaltung“.

Der Chef der UNMIK, SRSG (Special Representative of the Secretary-General) Michael Steiner sprach das Thema erstmal im April 2002 offiziell an. Unter der Formel „Standards before Status“ wurde die Erreichung festgelegter Standards und deren Benchmarks³³ für die Aufnahme von Statusgesprächen vorausgesetzt. Der Nachfolger Steiners, SRSG Harri Holkeri, versuchte den Umsetzungsprozess der Standards mit der leicht geänderten Strategie „Standards for Status“ zu beschleunigen. Diese – diesmal mit kosovarischer Beteiligung erarbeiteten – Strategie, beinhaltete erstmals konkrete Operationalisierungsschritte, einen konkreten Zeitpunkt – Mitte 2005 – für die Evaluierung der Standards und konkrete Arbeitsgruppen zur Begleitung und Überprüfung der Umsetzung.

Im März 2004 kam es zu schweren Ausschreitungen zwischen Kosovo-Albanern und Serben, die ein Eingreifen der KFOR-Truppen erzwangen. Insgesamt forderten die schweren Unruhen 19 Todesopfer und 888 Verletzte, 4.000 Serben mussten ihre Häuser verlassen, 561 Häuser wurden zerstört, 22 serbisch-orthodoxe Kirchen wurden niedergebrannt und 11 Kirchen und Klöster wurden schwer beschädigt. Die KFOR stand den Ausschreitungen mehr oder weniger hilflos gegenüber.

Die Märzunruhen hatten gezeigt, dass der Aufschub der Lösung der Statusfrage die Stabilität im Kosovo nachhaltig gefährdete. Die Internationale Gemeinschaft beschleunigte den Prozess, um die Unzufriedenheit der albanischen Mehrheitsbevölkerung entgegen zu wirken. Unter dem neuen SRSG Søren Jessen-Petersen wurde die Klärung der Statusfrage zur neuen Priorität. Die Strategie wurde nun – auch aufgrund der Einschätzung Sondergesandten des UN-Generalsekretärs Karl Eide – in „Standards and Status“ geändert. Karl Eide kam in seiner Beurteilung der Entwicklung bei der Erreichung der Standards im Kosovo trotz erheblicher Mängel in bestimmten Bereichen³⁴ zum Schluss, dass mit einer weiteren Verzögerung in der Status-Frage nichts zu gewinnen war und der politische Prozess zur Klärung umgehend eingeleitet werden sollte.

³³Aufbau funktionierender demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen, Bewegungsfreiheit für alle Bürger des Kosovos, Rückkehr der Flüchtlinge, wirtschaftliche Entwicklung, Dialog mit Belgrad und Einrichtung eines kosovarischen Polizei-Korps.

³⁴ Das Justiz- und Polizeisystem ist noch zu schwach ausgebildet, vor allem der Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität gestaltet sich äußerst schwierig; auch das Ziel einer multiethnischen Gesellschaft im Kosovo ist nicht in Sicht und interethnische Gewaltakte geringer Intensität sind auf der Tagesordnung; auch die Rückkehr der Flüchtlinge (Serben und Roma) geht nur schleppend voran.

Im November 2005 begann unter der Leitung des UN-Sondergesandten Martti Ahtisaari der Prozess der Statusverhandlungen. Verhandlungsrunden zwischen kosovo-albanischen und serbischen Verhandlungsteams in Wien und Expertenmissionen in Serbien und Kosovo folgten. Das Ergebnis war der im März 2007 dem UN-Sicherheitsrat vorgelegte Ahtisaari-Plan, der eine überwachte Unabhängigkeit für den Kosovo vorsah. Die Kosovo-Troika (EU, USA und Russland) startete neue Verhandlungsrunden zwischen Prishtina/Priština und Belgrad, die Gespräche endeten im Dezember 2007 ohne Ergebnis. Der Kosovo erklärte am 17. Februar 2008 einseitig seine Unabhängigkeit. In der Erklärung bestätigte der Kosovo die Empfehlungen Ahtisaaris und stimmte der Stationierung neuer EU-Missionen sowie der weiteren Stationierung der NATO-Truppen ausdrücklich zu. Am 18. Februar wurde die Entsendung der bis dato größten zivilen EU-Krisenmission im Rahmen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) für den Kosovo bestätigt. Die Rechtsstaatsmission EULEX, die die UNMIK-Verwaltung im Kosovo ablösen soll, unterstützt den Aufbau rechtsstaatlicher Institutionen mit dem Hauptaugenmerk auf Polizei und Gerichtsbarkeit. Die Beamten der EULEX sollen auch exekutive Kompetenzen haben und könnten unabhängig von den kosovarischen Institutionen in den Bereichen Terrorismus, organisierte Kriminalität, interethnische Übergriffe, Wirtschaftskriminalität und anderen schweren Verbrechen eingreifen. Allerdings gestaltet sich die Umstrukturierung der internationalen Präsenz und der Übergang von UNMIK zu EULEX als äußerst schwierig, da die serbische Regierung jegliche Kooperation mit der EU-Mission ablehnt. Über die zukünftige Organisationsform der internationalen Präsenz herrscht deswegen derzeit noch Unklarheit.

Wichtigste politische Kräfte

Das Parteienspektrum im Kosovo ist nicht mit jenem in westeuropäischen Staaten vergleichbar, es ist durch eine große Anzahl unterschiedlicher Gruppierungen geprägt, die nicht das klassische Links-Rechts-Schema einzuordnen sind, sondern hauptsächlich patriotisch und populistisch agieren. Sie gruppieren sich meist um starke ambitionierte Führungspersonlichkeiten, deren Einflussbereiche auch durch jeweilige Clanzugehörigkeiten gesichert sind. In ihren politischen Zielen unterscheiden sich die drei großen kosovo-albanischen Parteien wenig, sie waren bis Februar 2008 in erster Linie vom Kampf um die Unabhängigkeit geprägt. Die drei stärksten kosovo-albanischen Kräfte seit Kriegsende sind die LDK (Lidhja Demokratike e Kosovës, Demokratische Liga des Kosovo) unter Ibrahim Rugova

bzw. nach seinem Tod am 21.06.2006 unter Fatmir Sejdiu und die aus dem Umfeld der UÇK entstandenen Parteien PDK (Partia Demokratike e Kosovës, Demokratische Partei des Kosovo) vom ehemaligen politischen Vertreter und Kommandanten der UÇK Hashim Thaçi und die AAK (Aleanca për Ardhmërinë e Kosovës, Allianz für die Zukunft des Kosovo) des ehemaligen UÇK -Kommandanten Ramush Haradinaj. Die LDK, die während des Krieges von der politischen Bühne durch die UÇK zunehmend verdrängt wurde, konnte sich nach Kriegsende wieder als wichtigste Kraft etablieren. Sie war sowohl in den Kommunalwahlen 2000 und 2002 – bis auf wenige Gemeinden – als auch bei den Parlamentswahlen 2001 und 2004 stimmenstärkste Partei, gefolgt von Thaçis PDK und Haradinajs AAK. PDK und AAK konnten vor allem in den ehemaligen UÇK-Hochburgen punkten. Erst bei den letzten allgemeinen Wahlen im November 2007 (sowohl bei den Kommunal- als auch bei den Parlamentswahlen) konnte die PDK einen Sieg erringen und Hashim Thaçi übernahm das Amt des Ministerpräsidenten. Die kosovo-serbischen Parteiformationen orientieren sich stark an den serbischen Parteien. Ein relevante politische Formation war die politische Sammelbewegung der Koalition „Povratak“ (Rückkehr), die bei den Parlamentswahlen 2001 noch drittstärkste Kraft war. Die folgenden Parlamentswahlen wurden von den Serben weitgehend boykottiert, sie nehmen vielmehr an den serbischen Parlamentswahlen teil.

4.2. Politische Akteure und organisierte Kriminalität nach dem NATO-Krieg

Das Militärisch-Technische Abkommen sowie die darauf basierende UN-Resolution 1244 veränderte ab Juni 1999 das politische Bild im Kosovo völlig. Die gesamte politische Verwaltung wurde von der serbischen Zentralmacht auf die internationalen Kräfte übertragen. Das Einrichten einer – in dieser Größenordnung völlig neuen – internationalen Verwaltung war verständlicherweise nicht umgehend möglich. In dieser Übergangszeit bis zum (Wieder)Herstellen einer öffentlichen Ordnung war der Kosovo ein mehr oder weniger rechtloser Raum, den die vor und während des Krieges agierenden kriminellen Gruppierungen und Mitglieder der UÇK dazu nutzten, ihre Macht- und Einflussbereiche zu verfestigen und auszuweiten. „When the Yugoslav forces departed from Kosovo in June 1999, they left behind a temporary vacuum in authority. Organized criminal groups, which consolidated in the course of the conflict, took advantage of this situation before the new law enforcement and justice systems were established to further strengthen themselves and extend their control in the territory.” (Teran 2007, 10)

Auch der Einmarsch der KFOR konnte dieses Vakuum erst nach einigen Monaten schließen. Von Seiten der UÇK und der kosovo-albanischen Bevölkerung kam es nun zu einer umgekehrten Vertreibung und brutalen Racheakten an der serbischen Bevölkerung und den restlichen Minderheiten. „Tens of thousands of Serbs fled Kosovo in mid-1999, fearing reprisals as Albanians returned. A wave of murders, kidnappings and other crimes were perpetrated against Serbs by Albanians through early 2000 as KFOR and UN police failed to enforce authority adequately.” (ICG 2008).

Die ethnische Unterdrückung und Vertreibung hatte sich nach der serbischen Kapitulation gewendet, die Spirale der Gewalt drehte sich erneut, allerdings diesmal in die entgegen gesetzte Richtung. „An die Stelle der Serbisierung ist die Albanisierung der Provinz getreten.“ (Calic 2000, 528). Zu Beginn kann die gewaltsame Vertreibung der Serben und der anderen Minderheiten, noch als „gewöhnliche“ Nachkriegsfolge gesehen werden, als Ausdruck von Rache und Vergeltung von rückkehrenden Albanern für die selbst erlittenen Gewalttaten und die Vertreibung. Bald darauf kamen aber auch materielle Motive, organisierte

Vertreibung und gezielte Gewalt in einem rechtsfreien Raum hinzu (vgl. Clewing 2000, 60).

Diese Vertreibung der Minderheiten wurde hauptsächlich von ehemaligen UÇK-Kräften durchgeführt mit dem Ziel, den Kampf um die Unabhängigkeit auf einer anderen Ebene fortzuführen. Durch eine weitere Verschiebung der Bevölkerungsanzahl zugunsten der Kosovo-Albaner würde dem Anspruch der Serben auf den Kosovo die Grundlage entzogen. „In order to accelerate Kosovo's independence and deprive Belgrade of any excuse to intervene in Kosovo, the KLA clearly perceives its interest to lie in a depreciation in the number of Serbs in Kosovo. This also applies to those from other minorities who are deemed by the KLA to be sympathetic to the notion of Kosovo remaining within Yugoslavia.” (ICG 1999, 16)

Genauere Angaben zur Anzahl der geflohenen und vertriebenen Menschen nach Beendigung des Krieges variieren je nach Quelle stark. UNHCR-Berichten zufolge flohen zwischen Juni 1999 und Januar 2000 etwa 237.000 Menschen, davon 198.000 Serben. Human Right Watch geht von ca. 164.000 serbischen Flüchtlingen alleine in den ersten sechs Wochen nach Kriegsende aus. Neueste, realistisch einzuschätzende Erhebungen ergeben, dass nach Kriegsende etwa 120.000 Serben und Montenegriner aus dem Kosovo flüchteten (vgl. Lehmann 2008, 93).

Die Zeit nach Beendigung der Kampfhandlungen ist aber nicht nur dadurch gekennzeichnet, dass sich die interethnischen Spannungen nun vor allem durch Gewalttaten und Akte der Vertreibung an Serben und der restlichen Minderheiten manifestieren und diese Ereignisse eine Aussicht auf eine Aussöhnung der beiden Ethnien bzw. ein Ende der ethnonationalistischen Politik noch in weite Ferne rücken lässt³⁵, sondern auch dadurch, dass die vor und während des Krieges gebildeten politischen und kriminellen Strukturen bzw. auch eine Symbiose aus beidem, diese Zeit nutzten, um ihre gesellschaftlichen und politischen Machtbereiche auszuweiten.

³⁵ Erst jetzt wurden Informationen über ein weiteres mit dem Krieg und den organisierten kriminellen Strukturen bzw. der UÇK in Zusammenhang stehendes, an Grausamkeit kaum zu überbietendes „Geschäft“ bekannt, das während bzw. nach dem Krieg stattgefunden haben soll und ein weiteres Kapitel brutaler Gewalt sowie ein weiteres Hindernis für die Aussöhnung der beiden Ethnien darstellt. Carla del Ponte, ehemalige Chefanklägerin am Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag spricht im April 2008 erschienen Buch „La Caccia“ von vorliegenden Beweisen, die nahe legen, dass 400 Serben, die seit dem Krieg als vermisst gelten, während bzw. nach dem Krieges entführt, nach Albanien transferiert, getötet und deren Organe verkauft worden sein sollen. Derzeit werden diese Vorfälle noch genauer untersucht, der Verdacht scheint sich zu erhärten, Human Right Watch gab bekannt, zusätzliche Informationen – die die Aussagen von Del Ponte stützen sollen – zu besitzen. Die derzeitige Regierung wird angehalten Untersuchungen und Stellungnahmen abzugeben (vgl. UNMIK Media Monitoring 2008).

So übernahmen UÇK-Kommandanten – in erster Linie Hashim Thaçi und Ramush Haradinaj – unmittelbar nach dem Krieg die Kontrolle über Städte und Gemeinden mithilfe der noch bewaffneten UÇK-Einheiten und konnten so ihre Einflussbereiche maßgeblich ausweiten. „The limited UNMIK presence in the regions and municipalities during the early stages of the Mission has allowed parallel local structures to take root in some areas. These structures, mainly affiliated with the former KLA, are competing with UNMIK for interim administration authority through such illegal activities as tax collection and certification.“ (United Nations 1999, 9)

Die Internationale Gemeinschaft stand diesen Entwicklungen – umgekehrte Vertreibung, Machtausweitung von Kräften der UÇK und organisierter Kriminalität – hilflos oder mit geschlossenen Augen gegenüber und sie war maßgeblich mitverantwortlich am Verfestigen der kriminellen Strukturen kurz nach dem Krieg und der dadurch möglichen zunehmenden Symbiose von organisierter Kriminalität und Politik im Kosovo.

Das Ziel der schnellen Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung war nur über legitime politische Vertreter vor Ort möglich, die die Internationalen Kräfte in den neuen sich konstituierenden Parteien und politischen Funktionsträgern fand. Diese rekrutierten sich aber zu einem Großteil aus der noch bis vor kurzem als terroristisch und kriminell eingestuften UÇK, die nun bereits die Macht in einem Großteil der Gemeinden übernommen hatte. „Despite Kosovo’s small size, UNMIK was also discovering that it was impossible to govern the province alone. In part, this was thanks to the fact that in the chaotic days following the ending of the bombing the KLA had seized effective power in much of the province and its people were either governing or appointing people to do so.“ (Judah 2000, 298)

Diese Anerkennung der ehemaligen Freiheitskämpfer ermöglichte diesen einen enormen Machtzuwachs auf politischer Ebene, „(a)ls gewählte Volksvertreter oder neu gekürte Beamte erlangten sie unter internationaler Obhut politische Respektabilität. Ihnen obliegt es jetzt, dafür zu sorgen, dass Rechtsstaatlichkeit einkehrt.“ (Reljic 2008, 15)

Gleichzeitig wurde dadurch das Verhalten der UÇK-Kämpfer während des Krieges legitimiert und über die kriminellen Verwicklungen hinweggesehen, die Verflechtung der politischen mit der kriminellen Sphäre dadurch verstärkt und ein Aufbrechen dieser Strukturen gleich zu Beginn verhindert. „Unter dem Deckmantel der

Etablierung politischer Parteien verfestigten rivalisierende Clans auf diesem Wege ihre damals erst im Aufwachsen begriffenen Machtstrukturen und konnten in Folge mehrerer Wahlen sowie aufgrund der politischen Anerkennung seitens internationaler Institutionen wie UNMIK und KFOR eine bislang unübertroffene Machtfülle erlangen.“ (IEP 2007, 48)

Dieses Vorgehen der internationalen Gemeinschaft ist unter den gegebenen Umständen – es existierten keine wirklichen alternativen politischen Machtkonstellationen – nachvollziehbar und verständlich wird das Vorgehen auch vor dem Hintergrund der personellen Beschaffenheit der internationalen Verwaltung. Denn für ein erfolgreiches Eingreifen gegen organisierte Kriminalität waren die erforderlichen Polizeibeamten vor Ort nicht vorhanden und es konnte nur auf geringe Kapazitäten an international frei verfügbaren Reserven an Polizisten zurückgegriffen werden. Zusätzlich besteht ein grundsätzliches Ausbildungsproblem bei international tätigen Polizisten, denn die wenigsten verfügen über die notwendigen Fremdsprachenkenntnisse. Sie werden für die inneren Angelegenheiten eines bestimmten Staates ausgebildet. So zeigen die Zahlen der stationierten internationalen Polizeibeamten klar, dass ein Vorgehen gegen organisierte Kriminalität zu Beginn der internationalen Verwaltung nur sehr schwer durchzuführen war. So sollten im ersten Schritt 1800 UN-Zivilpolizeibeamte stationiert werden, im August war erst 750 vor Ort von denen nur ca. 200 auf Streife eingesetzt werden konnten (vgl. Eisele 2002, 494).

Insgesamt wären die Probleme, mit denen sich der Kosovo nun konfrontiert sieht – ein großes Ausmaß an Verflechtung zwischen politischer und krimineller Sphäre – zu Beginn der internationalen Verwaltung jedoch leichter zu lösen gewesen, dies war jedoch nicht oberste Priorität und aufgrund der soeben genannten Probleme auch schwierig zu bewerkstelligen.

Der Krieg selbst sowie die Anerkennung der ehemaligen UÇK-Kämpfer durch die Internationale Gemeinschaft haben noch aus einem weiteren Grund zur Ausweitung und Verfestigung der organisierten Kriminalität beigetragen. Die UÇK-Kämpfer – viele davon mutmaßliche „drug lords“ – wurden vom Großteil der Bevölkerung als Helden im Kampf um die Unabhängigkeit gefeiert, was in der Bevölkerung einen Glauben der Unantastbarkeit dieser Personen hervorrief. Die massive Unterstützung der Bevölkerung sowie der Internationalen Gemeinschaft schützte sie in einem

großen Maße vor Strafverfolgung und führte so zu einer Quasi-Immunität der politischen, kriminellen bzw. polikriminellen Akteure (vgl. Teran 2007, 16).

Hinzu kommen die nach wie vor wirkenden kulturellen Spezifika der kosovarischen Gesellschaft und hier vor allem der Clanstruktur wie im Kapitel 3.2.5.3 dargelegt. Auch in der Nachkriegszeit speist sich die Macht der Clans aus diesen – auch eine Schutzfunktion ausübenden – Spezifika, wie z. B. die engen Familienbande, die teils noch wirkenden Regeln des Kanuns – die Bedeutung der Ehre sowie vor allem die Bedeutung der Verschwiegenheit – die quasi ein auf „Omertá basiertes Schweigeregime“ (IEP 2007, x) schafft, das ein Aufbrechen dieser Strukturen oder auch nur einen Einblick in die Tätigkeiten, Zusammenhänge und Machtstrukturen erheblich erschwert.

Ein weiteres Problem am Beginn der Nachkriegszeit war die fehlende Rechtsordnung. Denn die kosovo-albanische Bevölkerung lehnte das noch geltende serbische Strafgesetzbuch ab. Jene Rechtsordnung aus Zeiten der Autonomie musste noch von diskriminierenden Regelungen befreit werden. All dies trug nicht zu einer stabilen Lage bei, da ohne funktionierende Gerichte auch keine Zeichen gesetzt wurden, die zeigten, dass Verbrechen nicht toleriert werden, was den oben erwähnte Glauben an die Straflosigkeit bestimmter Verbrechen bzw. Personen noch verstärkte (vgl. Reuter 2002, 519).

Auch nach Einführung eines strafrechtlichen Normenkorsett – erst 2002 wurde die alten jugoslawischen Gesetze und UNMIK-Übergangsgesetze durch ein neues Strafgesetzbuch ersetzt (vgl. Yannis 2003, 187) – bleibt eine „faktische Recht- und Straflosigkeit“ (IEP 2007, ix) bestehen. Denn ein Vorgehen gegen organisierte Kriminalität wurde durch weitere Bedingungen erschwert: Richter und Anwälte – deren Anzahl nach wie vor noch nicht ausreicht – behandeln keine sensible Fälle wegen einer mittlerweile grassierenden Angst vor Verfolgung und Rache an der eigenen Person und an der Familie. „Intimidation and violence are pervasive in Kosovo public life, with the main target being key officials in the government and judicial system.“ (Teran 2007, 16)

Zusätzlich stellt die geringe Entlohnung der ausführenden Personen im Sicherheitssektor (Richter und Anwälte erhalten z. B. ca. 150 € monatlich) ein Problem dar, da dies wiederum Korruption fördert. Auch gibt es bis dato kein effektives Zeugenschutzprogramm, was dazu führt, dass aus Angst vor

Einschüchterungen und Gewalttaten wenige Zeugen zu einer Aussage bereit sind (vgl. IEP 2007, ix).

Zu den chaotischen und instabilen Bedingungen der Nachkriegszeit, die bereits ein gutes Klima für das Ausbreiten krimineller Betätigungsfelder schuf, wurde diese Situation durch die – im Krieg noch weiter forcierte – desolate wirtschaftliche Lage im Kosovo verschärft. Kosovo konnte zwar in den ersten zwei Nachkriegsjahren durch die massive Unterstützung von Seiten der internationalen Gemeinschaft und der Diaspora kurzfristig ein Boom verzeichnen, danach ging das Wirtschaftswachstum aufgrund der massiven strukturellen Probleme – niedrige Produktivität, schwache industrielle Basis, wenig entwickelte Infrastruktur und externe Abhängigkeit – wieder zurück (vgl. Kramer/Džihic 2006, 123).

Kosovo kämpft weiter mit immens hohen Arbeitslosenraten – Rekordhöhen z. B. über 70% (vgl. Kramer/Džihic 2006, 123) bzw. Jugendarbeitslosigkeit bei 75% (vgl. IEP 2007, 36) – und den damit einhergehenden fehlenden Perspektiven und Alternativen für die vielen jungen Kosovaren und Kosovarinnen. Dies führt zu einer hohen Bereitschaft der jungen kosovarischen Bevölkerung, sich an illegalen Aktivitäten zu beteiligen. „Bereits heute stellt ‚Mafiabos‘ den meistgenannte Berufswunsch von Kindern und Jugendliche dar.“ (IEP 2007, 36)

Die Zeit nach Beendigung des Krieges wurde von den Gruppen der organisierten Kriminalität nicht nur genutzt, um politische Macht zu erlangen, ihr Einfluss wurde durch die Übernahme von ganzen Wirtschaftssektoren entscheidend ausgeweitet. „(...) organized criminal groups suspected of ties to the KLA swiftly took over apartments, real estate, and formerly „socially owned“ economic assets such as petrol stations, hotels, and other commercial premises and started using them for political activities as well as for revenue generation.“ (Yannis 2002, 181).

Andere potentielle Investoren waren durch die instabilen Bedingungen von vornherein abgeschreckt, kriminelle Akteure wurden selbst zu den Hauptinvestoren und sicherten sich so eine „important role in the Kosovo business sector.“ (Teran 2007, 18). All diese Faktoren stärkten den Einfluss der Clans und führen insgesamt zu einer Vermischung des Handels mit legalen und illegalen Waren. Sie trugen einerseits zur Schaffung von „clangesteuerten polikriminellen Netzwerken, die seither maßgeblich die ökonomischen Geschicke des Kosovo kontrollieren.“ (IEP 2007, 48) bei und andererseits gingen der offiziellen Wirtschaft die für den Aufbau

nötigen Gelder verloren, die Schattenökonomie wuchs weiter. 2001 berichtet die UNMIK, dass die Staatseinnahmen nur 50% des möglichen Leistungspotentials ausschöpfen, und ca. 80% dieser fehlenden Einnahmen auf Aktivitäten der organisierten Kriminalität zurückzuführen sind (vgl. Yannis 2003, 181).

All diese Bedingungen – Machtvakuum ohne rechtstaatliche Strukturen, instabile Lage, Anerkennung der Akteure durch die Internationale Gemeinschaft und Bevölkerung, rechtliche, gesellschaftliche und ökonomische Merkmale – trugen maßgeblich zur Verflechtung der illegalen mit der politischen Sphäre bei. „Organized crime, which was spreading almost unhindered, seems to have gradually come to exert great influence over political, economic and social life in Kosovo.“ (Teran 2007, 16)

4.2.1. Lagebild organisierter Kriminalität im Kosovo

Der Drogenschmuggel entlang der Balkanroute blieb weiterhin, so wie vor und während des Krieges, der zentrale Geschäftsbereich der kriminellen Gruppierungen. „In fact, ethnic Albanian heroin trafficking is arguably the single most prominent organised crime problem in Europe today.“ (UNODC 2008c, 13) Allerdings ist eine Einschätzung des realen Ausmaßes der Geschäfte mangels wirklich aussagekräftiger Daten schwierig. Aus Afghanistan gelangen über die Balkanroute nach wie vor ca. 90% des für Westeuropa bestimmten Rauschgifts (vgl. Reljić 2008, 5). Türkische, kurdische und albanische Gruppierungen kontrollieren dabei diesen Markt. In welchem Ausmaß kosovo-albanische Gruppierungen beteiligt sind lässt sich nicht exakt eruieren, nach einem Europol-Bericht sollen 40% des für westeuropäischen Markt bestimmten Heroins durch den Kosovo gehen (vgl. Mappes-Niedik 2002, 13).

Der Handel und Schmuggel von Waffen hat nach dem Krieg an Bedeutung verloren und dürfte eine geringere Rolle einnehmen, da der Bedarf nach Waffen aufgrund der Sättigung des Marktes (ca. 330 bis 460.000 Kleinwaffen sind im Umlauf) nicht mehr so groß ist. Im Gegensatz zum Waffenhandel hat die Bedeutung von dem weniger riskanten und lukrativeren Frauen-, Zigaretten- und Treibstoffhandel zugenommen. Die ehemaligen vor und während des Krieges aufgebauten Schmuggelwege werden nun für diese Geschäfte genutzt (vgl. Teran 2007, 11).

Kosovo ist auch einer der meistgenutzten Orte für das Waschen von illegal lukrierten Geldern. So sagt General Fabio Mini, Ex-KFOR-Kommandeur (2003, 45): "(...) there is no other place in Europe where money laundering is as easy as in Kosovo or the Balkans in general." Zwar wurden 2004 und 2005 Gesetze zur Kontrolle der Geldwäsche eingeführt (UNMIK-Verordnung 2004/2), die jedoch kaum Wirkung zeigen, da die Durchführung der Gesetze wieder auf die oben genannten Schwierigkeiten im Rechts- und Justizbereich stößt, wie Personalnot, Angst sowie Korruption (vgl. Teran 2007,11). Die Geldwäsche läuft meist über legale Geschäftsbereiche im Besitz der Clanchefs. Im Zentrum stehen dabei Restaurants, Tankstellen und die ehemals staatseigenen privatisierten Unternehmen aber auch illegale Baufirmen, die in den letzten Jahren einen Boom erleben und sich zumeist auch im Besitz krimineller Gruppierungen befinden (vgl. Yannis 2003, 181).

Der Frauen- und Mädchenhandel und die darauf aufbauende Sexindustrie im Kosovo ist ein massives Problem. Kosovo ist dabei sowohl Transit- als auch Destinationsland. Zum Wachsen dieser Kriminalitätsform trugen die vor Ort tätigen „Internationals“ maßgeblich bei. So schätzt ein Bericht von Amnesty International (2004), das von 1999-2000 rund 80% der Klienten der zur Prostitution gezwungenen Mädchen und Frauen Mitglieder von internationalen Organisationen waren. Mit der UNMIK-Verordnung 2001/4 über das Verbot des Menschenhandels und der damit einhergehenden Kriminalisierung der Menschenhändler sowie jener Personen, die Dienste der zur Zwangsprostitution gezwungenen Frauen in Anspruch nehmen, wurde der Anteil der „Internationals“ geringer. So wird 2004 der Anteil auf 20% geschätzt, laut Teran (2007, 12) ist der Anteil 2007 weiter auf 10% gesunken. Allerdings generieren die Internationals aufgrund der höheren Preise, die von ihnen verlangt werden, noch immer einen Großteil des Profits dieses Geschäftes.

4.2.2. Verflechtung zwischen organisierter Kriminalität und Politik

Vor diesem Hintergrund zeigt sich der Kosovo heute als ein Land, in dem die Unterscheidung zwischen offizieller legaler und inoffizieller illegaler Sphäre schwer zu treffen ist. Die politischen Entscheidungsträger im Kosovo sind mit den vor Ort dominierenden häufig kriminell agierenden Clans aufs Engste verwoben. Personen, die in beiden Sphären tätig sind, werden von UNMIK und KFOR als „Multifunktionspersonen“ bezeichnet, sie verfolgen politische, wirtschaftliche und kriminelle Interessen (vgl. Reljić 2007, 16). Dadurch bestehen Einflussbereiche in

allen wichtigen Schlüsselpositionen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. „Zusammengenommen sorgt das Ineinandergreifen der unterschiedlichen Machtebenen sowie die geringe Größe und Population des Kosovo somit für eine enorme Konzentration von Macht und gesellschaftlichen Einfluss in den Händen weniger Einzelpersonen und Clans, die zugleich in der Mehrzahl Keimzellen des Organisierten Verbrechens bilden.“ (IEP 2007, 48).

In diesem Zusammenhang werden immer wieder drei Politiker genannt: der ehemalige Ministerpräsident Ramush Haradinaj, der Gründer der UÇK; Vorsitzender der Demokratischen Partei und Ministerpräsident des Kosovo Hashim Thaçi sowie das Präsidiumsmitglied des kosovarischen Parlaments Xhavit Haliti. So bemerkt der BND in einer Studie von 2005: „Über die Key-Player (wie z. B. Haliti, Thaçi, Haradinaj) bestehen engste Verflechtungen zwischen Politik, Wirtschaft und international operierenden OK-Strukturen im Kosovo. Die dahinter stehenden kriminellen Netzwerke fördern dort die politische Instabilität. Sie haben kein Interesse am Aufbau einer funktionierenden staatlichen Ordnung, durch die ihre florierenden Geschäfte beeinträchtigt werden können.“ (Roth 2005)

Die jeweilige Machtverteilung zeigt sich anhand der Kernterritorien der dominierenden Clans, die zugleich die Zentren der Organisierten Kriminalität im Kosovo darstellen. Im Kosovo sollen drei regionale Machtzentren (Drenica-, Dukagjini- und Lab-Region) bestehen, von denen zwei direkt mit den Politikern Thaçi bzw. Haradinaj in Beziehung stehen sollen. Alle Anschuldigungen gegen die Politiker basieren jedoch auf Quellen aus Geheimdienstkreisen, juristisch konnte bislang nichts bewiesen werden (vgl. IEP 2007, 50).

Ramush Haradinaj bzw. direkte Familienmitglieder der Haradinajs sollen die Kronrolle der Dukagjini-Region innehaben, mit dem Drogen- und Waffengeschäften wird die Haradinaj-Familie direkt in Verbindung gebracht. Diese und die weiteren Tätigkeitsbereiche (Handel und Schmuggel von Autos, Treibstoff, und Menschen; Geldwäsche; Schutzgelderpressungen) werden mit den Haradinajs unterstellten Familien und Clans (Elshani, Lluka Kelmendi, Babalijja) arbeitsteilig abgedeckt. Einige der Clans stehen dabei wieder in engen Beziehungen zu den Clans der anderen Regionen. In einem Geheimbericht der KFOR von 2004 wird die Gruppe als „the most powerful criminal organization“ (zit. n. Roth 2005) bezeichnet. Die Haradinajs können dabei auch auf Loyalitätsbeziehungen zu ehemaligen UÇK-Gefolgsleuten zählen, die Führungspositionen im KPS und KPC bekleiden (vgl. Roth 2005 und IEP 2007, 50).

Haradinaj war nach den Wahlen 2004 im Dezember als Ministerpräsident ins Amt gewählt worden, trat aber nach der Anklage durch den Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien im März 2005 von seinem Amt zurück. Von März 2007 bis zu seinem Freispruch im April 2008 stand er vor Gericht. Ihm wurden schwere Verbrechen an Zivilisten zur Last gelegt, die er begangen, befohlen oder geduldet haben soll. Bis zuletzt wurde er von den UNMIK-Spitzen als wichtiger Partner behandelt, so bezeichnete ihn SRSG Jessen-Petersen als engen „Freund“. Als einziger Angeklagter durfte er bis zum Prozessbeginn politisch tätig bleiben und nahm 2007 auch an den Parlamentswahlen teil. Der Prozess lief nicht wie geplant, Zeugen wurden massiv eingeschüchtert und auch ermordet (vgl. Kramer/Džihic 2006, 207-208; Reljić 2007, 16 und Roth 2005).

Hashim Thaçi, dem derzeitigen Ministerpräsident des Kosovo, soll die Drenica-Gruppe – die die gleichnamige Region kontrolliert – „mehr oder weniger direkt unterstellt (sein)“ (IEP 2007, 50). Auch hier stehen der Handel und Schmuggel mit Waffen, Zigaretten, Menschen, Fahrzeugen und Treibstoff im Vordergrund. Thaçi sichert sich die Kontrolle ebenso wie Haradinaj über ein gut funktionierendes Beziehungsnetz zu den dort ansässigen Clans und Familien (Geci, Haliti, Ljushtraku, Jashari, Ldrovci, Seljimi, Sulha), was Thaçi eine starke Machtposition verschafft und wiederum gleichzeitig als Schutz vor strafrechtlicher Verfolgung fungiert (vgl. IEP 2007, 50). Der BND wirft Hashim Thaçi vor, einen Großteil der kriminellen Aktivitäten im Kosovo zu kontrollieren, bereits während des Krieges soll er einen Sicherheitsdienst kontrolliert haben, der im gesamten Kosovo als kriminelles Netzwerk tätig war (vgl. Roth 2005). Nach Jürgen Roth (2005) soll Thaçi neben den Aktivitäten mit den ihm unterstellten Clans direkte Kontakte zur albanischen und tschechischen Mafia aufrechterhalten und zudem gilt er nach Roth (2005) auch als einer der Auftraggeber des Profikillers Afrimi, der mindestens 11 Auftragsmorde verübt haben soll.

Xhavit Haliti nimmt eine Sonderrolle ein, da er ein Beziehungsgefüge zu mehreren Clans aufrecht erhält und keinem direkt unterstellt ist. Haliti ist einerseits eng mit Thaçi verbunden und sitzt für dessen PDK im Präsidium des Parlaments, gleichzeitig steht er in engem Kontakt und Geschäftsbeziehungen zur Haradinaj-Familie. Auch ihm wird vorgeworfen, in Geldwäscheaktivitäten sowie im Frauen-Drogen- und Waffenhandel involviert zu sein. Zudem wird ihm vorgeworfen an der Ermordung von Ahmet Krameti (Gründer der mit der UÇK konkurrierenden

Bewegung FARK, Forcave Armature ë Republikës ë Kosovës) beteiligt zu sein (vgl. Roth 2005 und IEP 2007, 50).

Als Ausdruck dieser Verflechtung der beiden Systeme Politik und Kriminalität kann auch die zumeist undurchsichtige Finanzierung der im Kosovo tätigen Parteien und das große Ausmaß an stattfindender Korruption gesehen werden. Hier wird sichtbar, dass ein großer Teil von Agenden nach wie vor im inoffiziellen, halblegalen und illegalen Bereich geregelt wird. Trotz des mittlerweile bestehenden Rechtssystems verweigert der Großteil der politischen Parteien eine unabhängige Kontrolle ihrer meist intransparenten Finanzierung und Personalrekrutierung. Gleichzeitig unterhalten viele der Parteien nach wie vor verbotene militärische Flügel und Geheimdienste, die im Hintergrund gegen konkurrierende Parteien, Politiker oder sonstige Feinde vorgehen. Relativ häufige Anschläge auf Politiker, die teils auf politische Feindschaften zurückgehen, teils aber Ausdruck alter Clanfehden sind, unterstützen diese Ansicht (vgl. IEP 2007 x). "Political life in Kosovo is generally very violent, with a great number of political murders occurring." (Teran 2007, 16).

Die kriminellen Netzwerke arbeiten nicht in einem Vakuum, sondern Hand in Hand mit öffentlichen Stellen, was sich an der Korruption im Kosovo zeigt, welche die Bevölkerung als eines der Hauptprobleme für Politik und Gesellschaft wahrnimmt. Korruption im Kosovo reicht von normalen Schmiergeldzahlungen über Bestechungs- und Einschüchterungsversuche (systematisch gegen Richter und Staatsanwälte). Die von der Bevölkerung am korruptesten wahrgenommene Institution sind die Kosovo Energy Corporation (KEK), Spitäler und die Zollbehörden, gefolgt von den Regierungsorganisationen und Gemeindeinstitutionen³⁶. Allerdings ist wie bei der organisierten Kriminalität insgesamt auch der Grad an Korruption mangels fehlender Daten schwierig zu messen. So sind zwar 80% der kosovarischen Bevölkerung der Meinung, dass Korruption ein schwerwiegendes Problem Kosovos darstellt, gleichzeitig weisen die Daten über konkrete Korruptionserfahrungen dem Ausmaß an Korruption einen geringeren Stellenwert zu. D. h., die Bevölkerung nimmt – wahrscheinlich aufgrund

³⁶Auch die internationale Verwaltung kam durch Korruptionsfälle in höchsten Kreisen in Verruf, so beispielsweise auch im Zusammenhang mit der KEK. Im Juli 2003 wurde der deutsche UNMIK-Beamte und Direktor der Kosovo-Elektrizitätsgesellschaft (KEK) Jo Trutschler in Deutschland verurteilt, weil er von KEK-Konten 4,3 Millionen Euro internationaler Hilfgelder veruntreut hatte. Seit 1999 waren 400 Millionen Euro an internationaler Hilfe in die KEK geflossen, trotzdem fiel der Strom im Winter (Stand 2003) jeden Tag einige Stunden aus (vgl. Mappes-Niediek/Cufaj 2003). 2007 wurden interne Korruptionsuntersuchungen in der UNMIK selbst gegen SRSG Rücker, seinen Stellvertreter Steven Schook sowie den Leiter der Rechtsabteilung, Alexander Borg-Olivier eingeleitet. Gegen Schook und Borg-Olivier wurde vor allem im Zusammenhang mit ihrer Rolle beim Projekt C (Bau eines neuen Kraftwerkes) ermittelt. Als Konsequenz wurde Schooks UNMIK-Vertrag nicht mehr verlängert und er verließ den Kosovo Ende 2007 (vgl. Džihic/Kramer 2008, 11 und Deda 2008, 320).

von Medienberichterstattungen – das Problem größer wahr, als es in Wirklichkeit ist (vgl. UNDP Kosovo 2004). Allerdings zeigen andere Studien wie z. B. jene der US-Stiftung Freedom House (2006), dass die Einschätzung der Bevölkerung sehr wohl realistisch ist. Unterstrichen wurde das vor allem im Laufe des Jahres 2005, das von Korruptionsskandalen innerhalb der Institutionen des PISG (Minister, Ministerpräsident und Präsident) geprägt war, über die umfangreich in kosovarischen Tageszeitungen berichtet und die vom SRSB bestätigt wurde. Auch im Falle der Korruption, wie auch schon bei der Geldwäsche, dem Drogenhandel und dem Feld der organisierten Kriminalität überhaupt, existieren zwar inzwischen die nötigen Gesetze, um solche Verbrechen auch ahnden zu können, das Vorgehen der internationalen, aber auch der lokalen Institutionen ist im Bereich der Korruption noch zu schwach. „Over the past six years, international police, prosecutors, and intelligence officials have tried--but failed--to go beyond the surface of the corruption problem. The fight is hindered by family or clan solidarity and intimidation of witnesses, law enforcement, and judicial officials. Language problems for international police and inexperienced local law enforcement institutions have contributed to this failure as well.” (Freedom House 2006)

Hinzu kommt die geringe Bereitschaft der Internationalen Gemeinschaft, gegen das Problem vorzugehen, da eine politische Destabilisierung befürchtet wird: „(...) top UN officials, and the major powers working through the Contact Group and the UN Security Council, have not been interested in attacking public corruption aggressively because they fear it would destabilize the political structure. A serious anti-corruption initiative could reduce the effectiveness or actually remove from the scene the most effective and influential political leaders.” (Chicago-Kent College of Law, 2006)

Die Ursachen für die Korruption liegen zum großen Teil in der geringen Entlohnung der öffentlichen Bediensteten sowie im nach wie vor ineffizienten und defizitären Rechts- und Justizsystem. Förderlich für eine Ausweitung der Korruption wirkt zudem die große Anzahl an internationalen und lokalen Akteuren, die in einem komplexen und teils undurchsichtigen System zusammenarbeiten. „Da zahlreiche amtliche Zuständigkeitsbereiche und Aufgaben oftmals nicht eindeutig abgegrenzt sind, lassen sich gegen ‚Aufpreis‘ durchaus bestimmte Leistungen zusätzlich erwerben“. (IEP 2007, 43)

Ein konkreter Einblick in die Machtstrukturen und die genauen Beziehungen wird durch den sozio-kulturellen Aufbau der Clans und der Gesellschaft deutlich erschwert. Zum einen werden die Machtstrukturen durch die internationale und gesellschaftliche Akzeptanz legitimiert, zum anderen machen das Schweigegebot und das Klima der Angst eine Informationsgewinnung über die Aktivitäten der kriminellen Organisationen, Clans und Gruppierungen fast unmöglich. Weiters bietet das während des Krieges aufgebautes System der Loyalitäten und des Klientelismus durch den Aufstieg vieler EX-UÇK-Kämpfer in hohe Positionen von KPS und KPC Schutz vor effektiver Strafverfolgung. Der Aufbau der rechtstaatlichen Strukturen und des Sicherheitsapparates ist noch nicht abgeschlossen und im Bewusstsein der politischen Verantwortlichen und der Bevölkerung zu wenig verankert.

4.2.3. Ausblick

Dieses Vermächtnis des Krieges und der Nachkriegszeit hat nicht abschätzbare Folgen für die kosovarische Gesellschaft und wirkt destabilisierend auf den gesamten Westbalkan. Die interethnischen Spannungen sind durch diese Ereignisse auf eine neue Stufe gehoben worden und auch mit der einseitigen Erklärung der Unabhängigkeit nicht gelöst. Nach wie vor ist das Verhältnis der Kosovo-Serben und Kosovo-Albaner weit von einem multiethnischen Miteinander entfernt³⁷, eine Eskalation scheint aber aufgrund der nach wie vor präsenten Internationalen Gemeinschaft bis auf weiteres gebannt (vgl. Martens 2008, 136). Unmittelbarer auf die kosovarische Gesellschaft wirkt die im Krieg und der Nachkriegszeit begründeten Symbiose von politischer, krimineller und sozioökonomischer Macht, die das Herausbilden gesunder rechtstaatlicher und zivilgesellschaftlicher Kräfte maßgeblich erschwert.

Gerade weil die Internationale Gemeinschaft wie dargestellt maßgeblich mitverantwortlich an der Machtakkumulation krimineller Strukturen ist, müsste in Zukunft auch sie diese Strukturen bekämpfen und entscheidende

³⁷ Der Konflikt verlagert sich mittlerweile auf einen verkleinerten Territorialkonflikt um das nördliche mehrheitlich von Serben bewohnte Hinterland der ethnisch geteilten Stadt Mitrovicë/Mitrovica. Dort hatten die Unruhen von 2004 und auch die Ausschreitungen nach Erklärung der Unabhängigkeit ihren Ausgang. Die Serben lehnen die Unabhängigkeit des Kosovo vehement ab. Das Verhältnis zwischen dem Kosovo und Serbien wird noch längere Zeit politisch und diplomatisch turbulent bleiben. Allerdings ist durch die Aussicht auf europäische Integration und die Übernahme der Mission durch die EU ein neuer Krieg für Serbien für die Reintegration Kosovos äußerst unwahrscheinlich, auch würden für ein solches Vorgehen die notwendigen Mittel und die gesellschaftliche Bereitschaft fehlen (vgl. Clewing 2008, 113 und Martens 2008, 136).

Gegenmaßnahmen setzen. „Der Auf- und Ausbau von funktionsfähigen Sicherheitsstrukturen im Kosovo steht und fällt mit der Entschlossenheit der Internationalen Gemeinschaft, die in der Region parasitär wuchernde und eng mit dem politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen System verbundene Organisierte Kriminalität offensiv und nachhaltig zu bekämpfen.“ (IEP 2007, ix)

Erst politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität entzieht den Gruppen organisierter Kriminalität auch die Grundlage. Politische Instabilität im Kosovo und insgesamt am Westbalkan ist für diese Gruppen vorteilhaft. Durch die Symbiose mit dem politischen System oder dem Einfluss bzw. der Kontrolle staatlicher Strukturen durch Korruption und klientelistische Beziehungsgeflechte wird eine tatsächliche Bekämpfung organisierter Kriminalität verhindert. „Funktionierende Verwaltungsstrukturen, nicht korrupte Institutionen der Justiz und wirtschaftliche Entwicklung können nicht im Interesse von Verbrechenssyndikaten sein.“ (Reljić 2007, 18).

Unter diesen Bedingungen beginnt die EU ihre Rechtsstaatsmission EULEX, deren Hauptaufgabe der weitere Aufbau rechtstaatlicher Strukturen und die Stärkung der Sicherheit im Kosovo und der weiteren Region ist. Ob diese Mission aufgrund ihrer weitreichenden Kompetenzen auch gegen die „polikriminellen“ Netzwerke vorgehen wird oder ob die Quasiimmunität der Akteure durch politische Macht, die große Unterstützung der Bevölkerung und die Verbindungen zu den Sicherheitskräften – wie bereits bei den Tätigkeiten der UNMIK – aufrecht bleibt, ist ungewiss. Je nach dem ob EULEX sich an der Mission in Bosnien und Herzegowina orientiert und ihre exekutiven Kompetenzen nutzt, auch gegen legitim gewählte aber kompromittierte und korrupte Politiker vorzugehen, oder ob sie „wie meistens bisher in Kosovo beide Augen zudrücken, um die Nachgiebigkeit und die Folgebereitschaft ihrer lokalen Partner sicherzustellen“ (Reljić 2007, 18) wird die weitere Geschichte des Kosovo zeigen.

Ein künftig starkes und einheitliches Vorgehen der Internationalen Gemeinschaft wäre vor allem auch im Hinblick auf die Entwicklung der Zivilgesellschaft im Kosovo hilfreich, denn auch hier zeigen die Erfahrungen etwa aus Bosnien-Herzegowina, dass die Anklagen gegen hohe Politiker wegen Korruption und organisierter Kriminalität eine lebendige Diskussion in allen Medien und der Zivilgesellschaft zur Folge haben können, eine Diskussion, die maßgeblich zur Stärkung der demokratischen Fundamente beitrug und beiträgt. (vgl. Reljić 2007, 18).

Da Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit die Kernpunkte der EU-Mission bilden, ist zu hoffen, dass die Toleranz, die den Strukturen (auch aus Angst) entgegengebracht wurde, abnimmt; auch der (in den Augen der meisten EU-Länder) geregelte Status könnte dazu beitragen. Die Internationale Gemeinschaft wird sich mit diesen Strukturen, die sich in neun Jahren entwickelt haben, offensiv auseinandersetzen müssen. „Es wird durch die tiefe Verankerung dieser Strukturen vielleicht schwieriger als in anderen Ländern, aber die Eliten, die in diesen Strukturen groß geworden sind, werden sich adaptieren müssen.“ (Gespräch Pedrag Jurekovic) Auch Norbert Mappes-Niediek ist der Ansicht, dass die politisch Verantwortlichen in den Parteien ein starkes Interesse daran haben, sich aus Abhängigkeiten und Erpressbarkeiten und somit auch von der kriminellen Sphäre zu lösen. „Überall in den kosovarischen Parteien findet man Leute, die ein sehr ehrliches politisches Interesse haben, ihr Land vorwärts zu bringen, sie wissen vielleicht manchmal nicht ,wie man dies macht, aber sie sind in keiner Weise kriminell motiviert. Und das ist ein Potential, das man zurzeit nutzt und nutzen kann.“ (Gespräch Mappes-Niediek³⁸)

Eine solche optimistische Einschätzung trifft auch der neueste Bericht der UNODC (2008c). Zwar verweist auch dieser Bericht darauf, dass - hervorgerufen durch die politischen Transition der Gesellschaften sowie durch die Bürgerkriege am Westbalkan – Machtbereiche organisierter krimineller Strukturen bestehen, allerdings zeigt sich in den letzten Jahren doch eine positive Veränderung der Lage. So ist z. B. der Anteil von albanischen Gruppierungen am Drogenschmuggel gesunken. Auch dieser Bericht geht davon aus, dass die Vermischung der kriminellen und politischen Sphäre weiterhin ein Problem darstellen wird, gleichzeitig nennt er den Kosovo als gutes Beispiel, in dem die Verstärkung rechtstaatlicher Regeln ein Hindernis für Kriminalität darstellt: „(t)he more that social and political conditions normalise, the more that criminal groups will lose their grip on Kosovo.“ (UNODC 2008c, 20).

³⁸ Gespräch geführt am 24.07.2008

5. Conclusio

Diese Arbeit hat versucht aufzuzeigen, welchen Anteil organisierte Kriminalität an der Entstehung und am Ausbruch des Krieges im Kosovo hatte. Angelehnt an die Methode des historischen Narrativs von Suganami und der anschließenden Analyse der Ursachen des Konfliktes wurde gezeigt, dass in erster Linie die zunehmende Verschlechterung der Situation für die Kosovo-Albaner (politischer, öffentlicher Ausschluss und Unterdrückung der Albaner unter Milošević und die ökonomisch miserable Lage), der endgültige Übergang zum bewaffneten Kampf durch die UÇK und das brutale Vorgehen der serbischen Kräfte, sowie die Wahl des militärischen Lösungsweges auf Seiten der NATO als primäre Faktoren für den Kriegsausbruch bezeichnet werden können. Dass diese eskalierend wirkenden Faktoren wirksam wurden, ist aber erst vor einem bereits kriegsbegünstigendem Hintergrund möglich, der hauptsächlich durch die starke Verschiebung der Bevölkerungsanteile zugunsten der Albaner, die Vorfälle der jüngeren Geschichte, die zunehmend eskalierende Gewaltspirale und die Auswirkungen auf die Strategie des friedlichen Widerstand Rugovas durch das Ausblenden der Kosovo-Thematik im Friedensabkommen von Dayton genährt wurde. Dieser Hintergrund wurde aber erst durch die Perzeption und Interpretation der früheren Geschichte, aus der die Rechtsansprüche auf das Territorium sowie die Legitimation für politisches Handeln abgeleitet wurden, geschaffen und wirkte in die Richtung einer politischen Instrumentalisierung für die zunehmende nationalistische Politik und die ethnische Mobilisierung.

Organisierte Kriminalität, so das Ergebnis der Arbeit, ist als sekundärer Faktor der Konflikteskalation einzuschätzen. Sie ist zwar nicht direkt für die Eskalation verantwortlich, aber erst durch Verbindungen zu kriminellen Strukturen konnten die nötigen Mittel und die Waffen für den Kampf beschafft werden. Durch die zusätzliche Finanzierung über Drogengelder neben den Geldern aus der Diaspora machte es der UÇK möglich, zu einer starken bewaffneten Bewegung zu werden. D. h., die Rolle der organisierten Kriminalität in der Konflikteskalation ist die der indirekten unterstützenden (Mit)Verursachung.

Dass auf diese Strukturen zurückgegriffen werden konnte, wurde durch die instabile Lage der gesamten Region ermöglicht, die sich aus der politischen Transition durch den Fall des Kommunismus und der fast zeitgleich entsetzenden kriegerischen

Konflikte ergab. Diese destabilisierte Situation bildete den idealen oder sogar „natürlichen“ Nährboden für organisierte Kriminalität, erst dadurch konnten organisierte kriminelle Strukturen jene Macht erlangen, die sie zum ernstzunehmenden Akteur in den Konflikten im ehemaligen Jugoslawien und eben auch im Kosovo werden ließ. Bemerkenswert und mitbedacht werden muss in diesem Zusammenhang, dass solche kriminellen Strukturen auch gesellschaftliche Funktionen in der Krisensituation übernehmen, da sie teilweise das Überleben der Menschen sichern und die Finanzierung lokaler und sozialer Infrastruktur ermöglichen.

Im Kosovo spielen für die Machtakkumulation krimineller Gruppierungen vor und während des Krieges aber auch noch andere Faktoren eine Rolle. Zum einen begann die Grenze zwischen legal und illegal durch den Rückzug in die Parallelinstitutionen von Rugova zunehmend zu verschwimmen, zum anderen gewannen die alten Clanstrukturen zunehmend an Macht, da sie vermehrt die Schutz- und Ordnungsfunktion statt und gegenüber der verfeindeten und terrorisierenden serbischen Staatsmacht übernahmen.

Für ähnlich gelagerte Konflikte können von den Ergebnissen der vorliegenden Untersuchung folgende Schlüsse gezogen werden: Wenn auf bestehende kriminelle Netzwerke zurückgegriffen werden kann, ist die Eskalation eines Konfliktes vor einem bereits kriegsfördernden Hintergrund sehr wahrscheinlich. D. h. um effektive Maßnahmen und Strategien in der Konfliktprävention und -lösung planen und einsetzen zu können, müssen diese kriminellen Akteure, Strukturen und Mechanismen berücksichtigt werden, um ein vollständiges Bild zu erhalten.

Vor allem in der Konfliktbeilegung im Kosovo zeigt sich, dass die Internationale Gemeinschaft diesem Phänomenen wegen verschiedener – teils auch verständlicher – Gründe zu wenig Beachtung geschenkt hat, was dazu geführt hat, dass in der unmittelbar auf den Krieg folgenden rechtlosen Phase die kriminellen Strukturen ihre Macht- und Einflussbereiche massiv ausweiten konnten. Diese Phase des Machtvakuum brachte auch den ethnischen Konflikt zwischen Albanern und Serben auf eine neue Stufe, da durch diese nun einsetzende umgekehrte Vertreibung die Gräben zwischen den zwei Ethnien noch weiter vertieft wurden und ein multiethnisches Kosovo bis auf weiteres als Utopie erscheinen mag.

Insgesamt zeigt sich der Kosovo als Land, in dem eine enge Verflechtung zwischen Politik, Wirtschaft und den organisierten kriminellen Strukturen besteht, was sich negativ auf das Herausbilden gesunder rechtstaatlicher und zivilgesellschaftlicher Kräfte auswirken kann.

Nach Ansicht einiger Experten zeigen sich aber in dieser negativen Entwicklung bereits positive Signale, da eine Bereitschaft sowohl der politisch Verantwortlichen als auch der Bevölkerung erkennbar ist, diese Machtstrukturen aufzubrechen. Die zunehmende Einführung und Verstärkung rechtstaatlicher Regeln und der nunmehr (fast) geregelte Status des Kosovo sind Anzeichen für eine größere Stabilität. Diese politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität bildet den Kern, um kriminellen Strukturen die Grundlage zu entziehen.

Es bleibt zu hoffen, dass – sofern der Übergang von UNMIK zu EULEX funktioniert – die EU-Mission ihren Auftrag zur Sicherung der Rechtstaatlichkeit und Sicherheit ernst nimmt und mit mehr Einsatz und Härte gegen diese Strukturen vorgeht, um die Macht- und Einflussbereiche dieser Gruppen und Personen einzuschränken. Wirtschaftliche und politische Erfolge auf dem Weg nach Europa sind der Schlüssel, um eine neue Politik – ohne die Abhängigkeiten von kriminellen Netzwerken – möglich zu machen.

Abkürzungsverzeichnis:

AAK	Aleanca për Ardhmërinë e Kosovës, Allianz für die Zukunft des Kosovo
BND	Bundesnachrichtendienst
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EULEX	Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo
IAC	Interim Administrative Council
IR	International Relations
JIAS	Joint Interim Administrative Structure
KFOR	Kosovo Force
KLA	Kosovo Liberation Army
KPC	Kosovo Protection Corps
KTC	Kosovo Transitional Council
KPS	Kosovo Police Service
KVM	Kosovo Verification Mission
LDK	Lidhja Demokratike e Kosovës, Demokratische Liga des Kosovo
LPK	Lëvizja Popullore e Kosovës, Volksbewegung Kosovas
OK	Organisierte Kriminalität
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PDK	Partia Demokratike e Kosovës, Demokratische Partei des Kosovo
PISG	Provisional Institutions of Self-Government
PKK	Partiya Karkerên Kurdistan, Arbeiterpartei Kurdistans
SRS	Special Representative of the Secretary-General
UÇK	Ushtria Çlirimtare e Kosovës, Kosovo-Befreiungsarmee
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNMIK	United Nations Mission in Kosovo
UNO	United Nations Organizations
UNODC	United Nations Office on Drugs and Crime

Literaturverzeichnis:

Albrecht, Ulrich u. a. (Hg.) (2002): Das Kosovo-Dilemma. Schwache Staaten und Neue Kriege als Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Münster.

Amnesty International: (2004): Kosovo: Facts and figures on trafficking of women and girls for forced prostitution in Kosovo. Media Briefing 6 May 2004. <http://www.amnesty.org/en/library/asset/EUR70/013/2004/en/dom-EUR700132004en.html> 15.05.2008

Andreas, Peter (2004a): Criminalized Legacies of War. The Clandestine Political Economy of the Western Balkans. In: Problems of Post-Communism, Jg. 51, Nr. 3, 3-9.

Andreas, Peter (2004b): The Clandestine Political Economy of War and Peace in Bosnia. In: International Studies Quarterly, Jg. 48, Nr. 1, 29–51.

AKUF Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (2008a): Kriegsdefinition und Typologie. http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege_aktuell.htm#Def 02.04.2008.

AKUF Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (2008b): Jugoslawien (Kosovo). http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/216_jugoslawien.htm 02.04.2008.

Azzelini, Dario/Kanzleiter, Boris (Hg.) (2003): Das Unternehmen Krieg. Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der Neuen Kriegsordnung. Berlin.

Ballentine, Karen/Sherman, Jake (Hg.) (2003): The Political Economy of Armed Conflict: Beyond Greed and Grievance. Boulder.

Bareis, Sven Bernhard/Klein, Paul (Hg.) (2004): Handbuch Militär und Sozialwissenschaft. Wiesbaden.

Berdal, Mats/Malone, David M. (Hg.) (2000): Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil Wars. London.

Bessozzi, Claudio (1997): Organisierte Kriminalität und empirische Forschung. Zürich.

Calic, Marie-Janine (2000): Die internationale Gemeinschaft und der Wiederaufbau Kosovos. In: Reuter, Jens/Clewing, Konrad (2000): Der Kosovo Konflikt. Ursachen – Verlauf – Perspektiven. Klagenfurt/Celovec. 523-538.

Chiari, Bernhard/ Kesselring, Agilolf (Hg.) (2008): Kosovo. Wegweiser zur Geschichte. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes. Paderborn.

Chicago-Kent College of Law/Illinois Institute of Technology (Hg.) (2006): Combating Corruption in Kosovo. A Report by Operation Kosovo. <http://operationkosovo.kentlaw.edu> 14.06.2008

Clausewitz, Carl von (2000): Vom Kriege. München.

Clewing, Konrad (2000): Mythen und Fakten zur Ethnostruktur in Kosovo – Ein geschichtlicher Überblick. In: Reuter, Jens/Clewing, Konrad (2000): Der Kosovo Konflikt. Ursachen – Verlauf – Perspektiven. Klagenfurt/Celovec. 17 – 63.

Clewing, Konrad (2008): Zur Kontinuität des Kosovo-Konfliktes. 1878 bis 2008. In: Chiari, Bernhard/ Kesselring, Agilolf (Hg.) (2008): Kosovo. Wegweiser zur Geschichte. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes. Paderborn. 113-124.

Chojnacki, Sven (2004): Neue Kriege oder substaatliche Kriege? Gewaltakteure und Gewaltmärkte. Wandel der Kriegsformen. In: Der Bürger im Staat. Jg. 54, Nr. 4. In: Der Bürger im Staat. Jg. 54, Nr. 4. 197-204.

www.friedenspaedagogik.de/content/download/1816/8780/file/chojnacki.pdf
12.02.2008

Collier, Paul/Hoeffler, Anke (1998): On Economic Causes of Civil War. In: Oxford Economic Papers 50, 563-73.

Collier, Paul/Hoeffler, Anke (2001): Greed and Grievance in Civil War. Washington, DC.

Conflict Database (2008): Mediterranean: Yugoslavia (Kosovo). Conflict Summary. <http://www.pcr.uu.se/database/conflictSummary.php?bclD=175> 20.03.2008

Debiel, Tobias (2007): Erweiterte versus menschliche Sicherheit? Zur Notwendigkeit eines integrierten Sicherheitskonzepts. In: Gunda-Werner-Institut der Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2007): Human Security = Women's Security? Schriftenreihe des Gunda-Werner-Instituts Band 2 (vormals Feministisches Institut). Berlin. http://www.glow-boell.de/media/de/txt_rubrik_3/Debiel_authorized.pdf 12.04.2008

Deda, Ilir (2008): Kosovo/UNMIK-administrated. Nations in Transit 2008. In: Freedom House (Hg.) (2008): Nations in Transit. Freedom House. New York. 303-321

Džihić, Vedran/Kramer, Helmut (2008): Der Kosovo nach der Unabhängigkeit. Hehre Ziele, enttäuschte Hoffnungen und die Rolle der internationalen Gemeinschaft. Internationale Politikanalyse. Friedrich Ebert Stiftung. <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/05695.pdf>

Edelbacher Maximilian (Hg.) (1998): Organisierte Kriminalität in Europa: Die Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität. Wien.

Elbirt, Carlos (2001): Albania under the Shadow of the Pyramids. Transition Newsletter. The World Bank Group. <http://www.worldbank.org/html/prddr/trans/so97/albania2.htm> 16.05.2008

Elsie, Robert (Hg.) (2001): Der Kanun. Das albanische Gewohnheitsrecht nach dem sogenannten Kanun des Lekë Dukagjini. Peja.

Enßlen, Michael (Hg.) (2006): Zur Logik des modernen Krieges. Politische Strukturen und verborgene Motive. Gießen.

Ferdowsi, Mir A. (1996): Kriege seit dem Zweiten Weltkrieg – Dimensionen – Ursachen – Perspektiven, in: Manfred Knapp/Gert Krell (Hg) (1996): Einführung in die Internationale Politik. Studienbuch. München/Wien. 305-333.

Fijnaut, Cyrille/Paoli, Letizia (Hg.) (2004): Organised Crime in Europe. Concepts Patterns and the Control Policies in the European Union and Beyond. Dordrecht.

Filzmaier, Peter u. a. (2006): Internationale Politik. Wien.

Foertsch, Volker/Lange, Klaus (Hrsg.) (2007): Rauschgift, Organisierte Kriminalität und Terrorismus. Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen, 56. Hans Seidel Stiftung. München. www.hss.de/downloads/AMZ56-Drogen.pdf 18.02.08

Folscheid, Alex (2001): Terrorismus oder Guerilla. Versuch einer Begriffsklärung. Diskussionspaper 02/01. Ethik Internationaler Konflikte. Saarbrücken.. URL: <http://www.uni-saarland.de/fak3/fr31/pdf/Unterscheidungsmerkmale.pdf> 10.05.2008

Freedom House (2006): Country Report. Kosovo (Serbia and Montenegro). <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=47&nit=401&year=2006> 01.01.2008

Fulvetti, Gianluca (2004): The Mafia and the 'Problem of the Mafia': Organised Crime in Italy, 1820-1970. In: Fijnaut, Cyrille/Paoli, Letizia (Hg.) (2004): Organised Crime in Europe. Concepts Patterns and the Control Policies in the European Union and Beyond. Dordrecht. 47-76.

Gärtner, Heinz (2005): Internationale Sicherheit. Definitionen von A-Z. Wiener Schriften zur Internationalen Politik. Band 9. Baden Baden.

Geis, Anna: (2006). Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse. In: Geis, Anna (Hg.) (2006): Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse. Schriftenreihe der DVPW-Sektion Politische Theorien und Ideengeschichte. Baden-Baden, 9-43.

Gesellschaft für bedrohte Völker (1998): Kosovo: Krieg, Vertreibung, Massaker. <http://www.bndlg.de/~wplarre/gfbv-03.htm> 14.08.2008

Glenny, Misha (2008): McMafia: a journey through the global criminal underworld. New York.

Graf, Wilfried (2000): Rambouillet: Warum es keine Friedensverhandlungen gab. In: Bilek, Anita/Graf, Wilfried/Kramer, Helmut (Hg.) (2000): Welcher Friede? Lehren aus dem Krieg um Kosovo. Münster. 83-88.

Gustenau, Gustav/Feichtinger, Walter (2000): Der Krieg in und um Kosovo 1998/99 – Politisch-strategische Zielsetzungen und operative Merkmale. IN: Reuter, Jens/Clewing, Konrad (Hg.) (2000): Der Kosovo-Konflikt. Ursachen – Verlauf – Perspektiven, Klagenfurt/Celovec, 467-484.

Harders, Cilja (2004): Krieg und Frieden in den Internationalen Beziehungen. In: Rosenberger, Sieglinde K; Sauer, Birgit (Hg.) (2004): Politikwissenschaft und Geschlecht. Wien. 229-251.

Heinemann-Grüder, Andreas/Paes, Wolf-Christian (2001): Wag the dog. The Mobilization and Demobilization of the Kosovo Liberation army. brief20. BICC. Bonn <http://www.bicc.de/publications/briefs/brief20/content.php> 23.04.2008

Hensell, Stephan (2003): Makedonien. Bewaffneter Konflikt.: http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/275_mazedonien.htm 10.04.2008

Hensell, Stephan (2008): Jugoslawien (Kosovo) http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/216bk_jugoslawien.htm 02.04.2008

Hess, Henner (1986): Mafia: Zentrale Herrschaft und lokale Gegenmacht. Tübingen.

Heupel, Monika (2006) Friedenskonsolidierung im Zeitalter der „neuen Kriege“. Der Wandel der Gewaltökonomien als Herausforderung. Wiesbaden.

HIK Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (1998, 1999, 2006): Konfliktbarometer 1998. 1999 und 2006. <http://www.hiik.de/de/konfliktbarometer/index.html> 03.02.2008

Hislope, Robert (2001): The Calm before the Storm? The Influence of Cross-Border Networks, Corruption and Contraband on Macedonian Stability and Regional Security. New York.

Horowitz, Donald L. (1990) Making Moderation Pay: The Comparative Politics of Ethnic Conflict Management. In: Montville, Joseph V. (Hg.) (1990): Conflict and Peacemaking in Multiethnic Societies. Lexington/Toronto. 451-476.

Hysi, Vasilika (2004): Organised Crime in Albania: The Ugly Site of Capitalism and Democracy. IN: Fijnaut, Cyrille/Paoli, Letizia (Hg.) (2004): Organised Crime in Europe. Concepts Patterns and the Control Policies in the European Union and Beyond. Dordrecht. 537-562.

IEP Institut für Europäische Politik (2007): Operationalisierung von Security Sector Reform (SSR) auf dem Westlichen Balkan - intelligente/kreative Ansätze für eine langfristig positive Gestaltung dieser Region. Berlin.

Imbusch, Peter/Zoll, Karl (Hg.)(2006): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung. Opladen.

ICG International Crisis Group (2008): Conflict History Kosovo. http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?action=conflict_search&l=1&t=1&c_country=58 02.04.2008

Interpol (2008): <http://www.interpol.int/Public/Drugs/heroin/default.asp> 12.06.2008

Jean, Francois/Rufin Jean-Christophe (Hg.)(1999): Ökonomie der Bürgerkriege. Hamburg.

Judah, Tim (2000): Kosovo. War and Revenge. New Haven.

Jureković, Predrag (2000): Die politische Dimension des Krieges im Kosovo und in der BR Jugoslawien:Konfliktentwicklung, politische Initiativen der Staatengemeinschaft, Auswirkungen auf das Umfeld. In: Reiter, Erich (Hg.) (2000): Der Krieg um das Kosovo 1998/99. Mainz. http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/05_kk_04_jure.pdf 12.04.2008

Kaldor, Mary (2000): Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung. Frankfurt am Main.

Kaser, Karl (2000): Die Kosovo-Friedensverhandlungen von Rambouillet und Paris. In: Bilek, Anita/Graf, Wilfried/Kramer, Helmut (Hg.) (2000): Welcher Friede? Lehren aus dem Krieg um Kosovo. Münster. 76-82.

Kaser, Karl (2005): Klientelismus: Positive Potenziale und Risiken eines traditionellen Modells sozialer Beziehungen. In: Daxner, Michael u.a.(Hg.)(2005): Bilanz Balkan. Wien.

Kramer, Helmut (2002): Zum „State of the Art“ der Disziplin „Internationale Politik“. Einleitende Bemerkungen zur Lehrveranstaltung „Einführung in die internationale Politik. Wien. <http://homepage.univie.ac.at/helmut.kramer/texte.html> 16.03.2008

Kramer, Helmut/Džihic, Vedran (2006): Die Kosovo-Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft? Wien.

Kreisky, Eva (Ohne Datum): Männlichkeit regiert die Welt. Ein Exemplarischer Rückblick: der Krieg im Kosovo als Arena von Männlichkeiten. Zur Relevanz der Dekodierung von Geschlechtlichkeit.
http://evakreisky.at/onlinetexte/maennlichkeit_kreisky.php

Kurtenbach, Sabine/Lock, Peter (Hg.) (2004): Kriege als (Über)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität. Bonn.
Lange, Klaus (1997).

Kux, Stephan (1996): Ursachen und Lösungsansätze des Balkankonflikts: Folgerungen für das Abkommen von Dayton. Basler Schriften zur europäischen Integration Nr. 16.

Lange, Klaus (1997): Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK). Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen erfolgreicher Bekämpfung. In: Hanns-Seidel-Stiftung, Akademie für Politik und Zeitgeschehen (Hg.): Aktuelle Analysen, Nr. 9. München.

Lehmann, Kai (2008): Der Luftkrieg der NATO und die deutsche Beteiligung am Einmarsch in das Kosovo 1999 In: Chiari, Bernhard/ Kesselring, Agilolf (Hg.) (2008): Kosovo. Wegweiser zur Geschichte. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes. Paderborn. 85-94.

Lehmkuhl, Ursula (2001): Theorien internationaler Politik: Einführung und Texte. München.

Lupo, Salvatore (2002): Die Geschichte der Mafia. Düsseldorf.

Maliqi, Shkëlzen (1999): Die politische Geschichte des Kosovo. In: Melčić, Dunja (Hg.)(1999): Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen. Opladen, Wiesbaden. 120-134.

Mappes-Niediek, Norbert (2002): Der Geschmack von Freiheit und Anarchie. In: Zeit Online 46/2002.

http://www.zeit.de/2002/46/Der_Geschmack_von_Freiheit_und_Anarchie
16.05.2008

Mappes-Niediek, Norbert (2003a): Balkan-Mafia. Staaten in der Hand des Verbrechens – Eine Gefahr für Europa. Berlin.

Mappes-Niediek, Norbert (2003b): Kleine Chronik einer Blutspur. In: Zeit Online 12/2003 http://www.zeit.de/2003/12/Kasten_2 12.05.2008

Mappes-Niediek, Norbert/Cufaj, Beqë (2003): Kosovo. Ende einer unmöglichen Mission. Zeit Online 29/2003

<http://www.zeit.de/2003/29/Kosovo-Haupttext> 14.06.2008

Marcuse, Peter (2003): Die Manipulation der Kriminalitätsangst. Anti-Terrorismus als Verlagerung der Unsicherheit nach dem 11. September. In: Nissen, Sylke (Hg.)(2003) Kriminalität und Sicherheitspolitik. Analysen aus London, Paris, Berlin und New York. Opladen. 89-102

Martens, Michael (2008): Perspektiven für das unabhängige Kosovo. In: Chiari, Bernhard/ Kesselring, Agilolf (Hg.) (2008): Kosovo. Wegweiser zur Geschichte. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes. Paderborn. 125-136.

Matthies, Volker (1994): Friedensursachenforschung – Ein vernachlässigtes Forschungsfeld. In: W&F Wissenschaft und Frieden. Jg. 12, Nr. 2.

<http://www.uni-muenster.de/PeaCon/wuf/wf-94/9420701m.htm> 16.06.2008

Matthies, Volker (2004): Der vernachlässigte Blick auf den Frieden. Eine Welt voller neuer Kriege? In: Der Bürger im Staat. Jg. 54, Nr. 4. 185-190.

www.friedenspaedagogik.de/content/download/1814/8774/file/matthies.pdf

12.02.2008

Melčić, Dunja (Hg.) (1999): Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen. Opladen, Wiesbaden.

Mini, Fabio (2003): The Role of the Military in Combating Organized Crime. In: ZIF, Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (2003): Organized Crime as an Obstacle to Successful Peacebuilding. Lessons Learned from the Balkans, Afghanistan and West Afrika. Report, 7th International Berlin Workshop, Berlin. 41-46.

Müller, Peter (1990): Die Mafia in der Politik. München.

Münkler, Herfried (2004): Die neuen Kriege. Reinbek bei Hamburg.

Münkler, Herfried (2006): Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Assymetrie. Weilerswist.

Mutschke, Ralf (2000): The Threat Posed by the Convergence of Organized Crime, Drugs Trafficking and Terrorism. Written Testimony.

http://www.globalsecurity.org/security/library/congress/2000_h/001213-mutschke.htm 15.04.2008

Nietsch, Julia (2008): Kosovo.

http://www.eurotopics.net/de/magazin/magazin_aktuell/kosovo-2008-03/artike-nietsch-kosovo/ 08.04.2008

Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hg.) (2002a): Lexikon der Politikwissenschaft: Theorien, Methoden, Begriffe. München. A – M.

Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hg.) (2002b): Lexikon der Politikwissenschaft: Theorien, Methoden, Begriffe. München. N – Z.

Oberloher, Robert F. (2000): Das transnational organisierte Verbrechen und seine Bekämpfung. Diplomarbeit, Universität Wien.

Office for Drug Control and Crime Prevention (1999): Global studies on organized crime. www.uncjin.org/CICP/gsoc_e.pdf 12.01.2008

Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hg.)(2006): Die Weltunordnung von Ökonomie und Krieg. Von den gesellschaftlichen Verwerfungen der neoliberalen Globalisierung zu den weltumspannenden politischen Ansätzen jenseits des Casinokapitalismus. Wien.

Petritsch, Wolfgang/Kaser, Wolfgang/Pichler, Robert (1999): Kosovo-Kosova. Mythen, Daten und Fakten. Klagenfurt/Celovec.

Petritsch, Wolfgang/Pichler, Robert (2005): Kosovo-Kosova. Der lange Weg zum Frieden. Klagenfurt/Celovec.

Pettifer, James (2000): Wirtschaft und Gesellschaft in Kosovo von 1945 bis heute. In: Reuter, Jens/Clewing, Konrad (Hg.) (2000): Der Kosovo-Konflikt. Ursachen – Verlauf – Perspektiven, Klagenfurt. 89-104

Pradetto, August (2004): Neue Kriege. In: Bareis, Sven Bernhard/Klein, Paul (Hg.) (2004): Handbuch Militär und Sozialwissenschaft. Wiesbaden. 192-202.

Pugh, Michael (2005): Crime and Capitalism in Kosovo's Transformation. Paper presented at ISA Conference, March 2005. Hawaii.

Reljić, Dušan (2007): Die Balkan-Mafia. Organisierte Kriminalität und kriminalisierter Staat im Westlichen Balkan. SWP Diskussionpapier FG2. http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4575&PHPSESSID=3055ec3359138af56d6e40e55601e065. 02.05.2008

Reljić, Dušan (2008): Der Staat der Mafia. Organisierte Kriminalität im Kosovo. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Jg. 53, Nr. 4, 83-93.

Reuter, Jens/Clewing, Konrad (Hg.)(2000): Der Kosovo-Konflikt. Ursachen – Verlauf – Perspektiven, Klagenfurt.

Reuter, Jens (2002): Zur Geschichte der UÇK . In: Reuter, Jens/Clewing, Konrad (Hg.)(2000): Der Kosovo-Konflikt. Ursachen – Verlauf – Perspektiven, Klagenfurt. 171-186.

Ringmar, Erik (1997): Book Review Essay. On the Causes of War. Hidemi Suganami (1996). In: Cooperation and Conflict. vol 32(2):223-230. London.

Rossbacher, Dina (2004): Friedenssicherung - am Beispiel der Interimsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK): die Zivilverwaltung als neue Form der Friedenssicherung. Hamburg.

Roth, Jürgen (2001): Netzwerke des Terrors. Hamburg.

Roth, Jürgen/Frey, Marc (1992): Die Verbrecherholding. München.

Roth, Jürgen (2005): Rechtstaat? Lieber nicht. Das Kosovo auf dem Weg in die Unabhängigkeit. In: Die Weltwoche, 43/05. <http://www.weltwoche.ch/artikel/?AssetID=12373&CategoryID=73> 25.04.2008

Rüb, Matthias (1999): Kosovo, Ursachen und Folgen eines Krieges in Europa. München.

Safran, William (1991): Diasporas in Modern Societies. Myths of Homeland and Return, In: Diaspora Jg. 1, Nr. 1. 83-89

SOK, Statistical Office of Kosovo (2008): Demographic changes of the Kosovo population 1948-2006.

<http://www.ks-gov.net/ESK/> 08.04.2008

SOK, Statistical Office of Kosovo (2003): Kosovo and its Population. <http://www.ks-gov.net/ESK/> 08.04.2008

Steinweg, Reiner (Red.)(1987): Kriegsursachen. Frankfurt am Main.

Sterling, Claire (1990): Die Mafia: der Griff nach der Macht. Bern. Wien

Suganami, Hidemi (1996): On the Causes of War. Oxford.

Sundhaussen, Holm (2000): Kosovo: Eine Konfliktgeschichte.

Reuter, Jens/Clewing, Konrad (Hg.)(2000): Der Kosovo-Konflikt. Ursachen – Verlauf – Perspektiven, Klagenfurt. 65-88.

Teran, Nika Stražičar (2007): Peacebuilding and Organized Crime
The Cases of Kosovo and Liberia. Working Paper 1/2007. Swiss Peace. Bern.

Todorova, Maria (1999): Die Erfindung des Balkans: Europas bequemes Vorurteil. Darmstadt.

UNHCR EVALUATION AND POLICY ANALYSIS UNIT (2000): The Kosovo refugee crisis. An independent evaluation of UNHCR's emergency preparedness and response.

www.unhcr.org/cgi-in/texis/vtx/home/opendoc.pdf?tbl=RESEARCH&id=3ba0bbeb4

UNMIK Media Monitoring (2008): Local Media Monitoring Report. 6.; 7.; 8. und 15. Mai 2008. <http://www.unmikonline.org/dpi/localmed.nsf/f0300?OpenForm>
20.05.2008

United Nations (1999): Report of the Secretary-General on the United Nations Interim Administration Mission in Kosovo. S/1999/1250. 23 December 1999.

<http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N99/387/03/IMG/N9938703.pdf?OpenElement>

UNODC (2008a): Convention against Transnational Crime: <http://www.unodc.org/unodc/en/treaties/CTOC/index.html#Fulltext> 12.02.2008

UNODC (2008b): <http://www.unodc.org/unodc/en/organized-crime/index.html>,
05.02.2008

UNODC (2008c): Crime and its impact on the Balkans and affected countries. <http://www.unodc.org/unodc/en/data-and-analysis/Studies-on-Drugs-and-Crime.html>
01.06.2008

Vetter, Matthias/Melčić, Dunja (1999): Synopse zu Opfern, Schäden und Flüchtlingen. In: Melčić, Dunja (1999): Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen. Opladen, Wiesbaden. 524-531.

Vetter, Matthias (1999): Vom Kosovo zum Kosovo. Chronik 1989-1999. In: Melčić, Dunja (Hg.)(1999): Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen. Opladen, Wiesbaden. 542-568.

Warnecke, Andrea/Brethfeld, Julie/Franke, Volker (2007): Die Rolle der afrikanischen Diaspora im Konfliktgeschehen. Konzeptpapier. BICC. Bonn.
http://www.bicc.de/publications/concept_papers/diaspora/diaspora_konzeptpapier.pdf 12.06.2008

Wittgenstein, Ludwig (1953): Philosophische Untersuchungen. Oxford.

Yannis, Alexandros (2003): Kosovo: The Political Economy of Conflict and Peacbuilding. In: Ballentine, Karen/Sherman, Jake (Hg.)(2003): The Political Economy of Armed Conflict: Beyond Greed and Grievance. Boulder. 167-196.

ZIF, Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (2003): Organized Crime as an Obstacle to Successful Peacbuilding. Lessons Learned form the Balkans, Afghanistan and West Afrika. Report, 7th International Berlin Workshop, Berlin.

Zeitungsartikel:

FAZ.NET Frankfurter Allgemeine Zeitung (2007): Mafia-Fehde erreicht Deutschland. Morde in San Luca, Rache in Duisburg. 16. August 2007.
<http://www.faz.net/s/Rub77CAECAE94D7431F9EACD163751D4CFD/Doc~EB00709CBACE941BE93216C03BC0D287A~ATpl~Ecommon~Sspezial.html> 16.06.2008

FAZ.NET Frankfurter Allgemeine Zeitung (2008) Neapel. Stadt, Müll und Mafia. 07. Jänner 2008.
<http://www.faz.net/s/Rub117C535CDF414415BB243B181B8B60AE/Doc~E5EA28B3EDCF14084A5C804A200EDC3C6~ATpl~Ecommon~Scontent.html> 16.06.2008

Fokus (2007): Menschenhandel. 25 Dollar für ein Leben. Fokus Nr. 49 2007.

Süddeutsche Zeitung (2007): UN-Drogenbericht. Afghanistan wird größter Drogenlieferant der Welt.
<http://www.sueddeutsche.de/gesundheit/artikel/498/120347/> 16.06.2008

Expertengespräche:

Mag. Predrag Jureković: Leiter des Referats Konfliktanalyse im Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie.
Gespräch geführt am 23.06.2008

Norbert Mappes-Niediek: Autor des Buches „Balkan Mafia“ (2003).
Seit 1991 freier Südosteuropa-Korrespondent für zahlreiche deutschsprachige Zeitungen (Frankfurter Rundschau, Berliner Zeitung, Der Standard u. a.)
Langjährige Mitarbeit für Die Zeit und den Deutschlandfunk.
Gespräch geführt am 24.07.2008

Birgit Rauch

Die Rolle organisierter Kriminalität im Kosovo-Konflikt

Diese Arbeit hat versucht aufzuzeigen welcher Anteil der organisierten Kriminalität an der Entstehung und am Ausbruch des Krieges im Kosovo zuzuschreiben ist und welche Auswirkungen der Krieg und dessen Beendigung auf die kriminellen Strukturen im Kosovo hatte. Angelehnt an die Methode des historischen Narrativs von Hidemi Suganami und der anschließenden Analyse der Ursachen des Konfliktes wurde gezeigt, dass organisierte Kriminalität als sekundärer Faktor der Konflikteskalation einzuschätzen ist. Sie ist zwar nicht direkt für die Eskalation verantwortlich, aber erst durch Verbindungen zu kriminellen Strukturen konnten die nötigen Mittel und die Waffen für den Kampf generiert werden. Die Rolle der organisierten Kriminalität in der Konflikteskalation ist also die der indirekten unterstützenden (Mit)Verursachung. Die Analyse des Krieges sowie der Post-Kriegs-Zeit zeigt, dass für die Planung und den Einsatz effektiver Maßnahmen und Strategien in der Konfliktprävention und -lösung kriminelle Akteure, Strukturen und Mechanismen mitberücksichtigt werden müssen. Diesen Phänomenen wurde im Kosovo durch die Internationale Gemeinschaft zu wenig Beachtung geschenkt, was mit dazu geführt hat, dass in der auf den Krieg folgenden rechtlosen Phase die kriminellen Strukturen ihre Macht- und Einflussbereiche massiv ausweiten konnten. Erste positive Tendenzen zum Aufbrechen dieser Strukturen sind aber in Ansätzen bereits sichtbar.

Curriculum Vitae

Birgit Rauch
Große Neugasse 14/16
A-1040 Wien
birgitrauch@hotmail.com

Geburtsdaten: 12.02.1975 in Bruneck, Südtirol
Staatsbürgerschaft: Italienisch
Muttersprache: Deutsch

Ausbildung

1994 - 2008 Studium der Politikwissenschaft und der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Universität Wien
1989 - 1994 Kaufmännische Lehranstalt Josef Ferrari, Bruneck
1986 - 1989 Mittelschule Dr. Josef Röd, Bruneck
1981 - 1986 Grundschule Josef Bachlechner, Bruneck

Berufserfahrung

2004 - 2007 M.Services Marketingberatungsges.m.b.H

- Projektleitung „Wiener Töchertag“ im Auftrag der Frauenabteilung der Stadt Wien; MA 57
- Assistentin der Geschäftsführung
- Projektassistentin Kulturtourismusmanagement (Vienna Experts Club, Mystery Visitor Control, Cultour Austria, Markenkernanalyse Stift Klosterneuburg, u.v.a)

2001 – 2004 MuseumShopManagement Handels- und Betriebsges.m.b.H

- Sales-Managerin LeopoldmuseumShop
- Sales-Managerin Shop Museum Moderner Kunst, Stiftung Ludwig

2001 - 2003 Museum Services MarketingberatungsGes.m.b.H

- Ticketverkauf Außenstellen Schönbrunn
- Assistentin bei Veranstaltungen, Schloss Schönbrunn

2000 Dr. G. Gottlob, Institut für Informationssysteme, Technische Universität Wien

- Bibliothekserstellung, Katalogisierung und Aufbewahrung

1994 - 2000 Diverse Ferialjobs und studienbegleitende Tätigkeiten: Museumsaufsicht, Sekretärin, Übersetzerin, Schreibkraft, Servicekraft, Promotorin, Kuvertiererin, Aushilfstätigkeiten u.v.a.

Sonstige Kenntnisse

Fremdsprachen Italienisch und Englisch in Wort und Schrift
EDV MS OFFICE-Paket (Word, Excel, Powerpoint, Access etc.)
Internet (HTML-Basis Programmierung)